

# böllthema

Dialog: Barbara Unmüßig und  
Carla Reemtsma - was trennt,  
was verbindet?

Überblick: 50 Jahre Umwelt-  
politik - was gelang, was  
muss besser werden?

22-2

Appell: Plastik überall -  
was richten wir an, wie  
werden wir es los?



## Wie werden wir besser?

### 50 Jahre internationale Umweltpolitik

Mitten im Vernichtungskrieg Russlands gegen die Ukraine ein Böll.Thema zu 50 Jahre globaler Umwelt- und Entwicklungspolitik? Das mag Unverständnis auslösen. Mit Blick aber auf die zahlreichen Formate, in denen sich die Stiftung mit den Folgen dieses brutalen Krieges befasst und den Menschen dort eine Stimme gibt, haben wir uns so entschieden.

Wie sich der Krieg auf das multilaterale System, auf die internationalen Kräfteverhältnisse auswirkt, wissen wir noch nicht. Die ohnehin laufenden geökonomischen und geopolitischen Umbrüche werden durch ihn jedenfalls grell beleuchtet. Demokratische vs. autokratische politische Systeme – wie wird die multilaterale Kooperation in Zukunft aussehen, die wir für die großen Menschheitsfragen wie den Klimawandel, Verlust der Biodiversität und den wachsenden Hunger so dringend brauchen? Auch das wissen wir noch nicht.

Geplant haben wir dieses Heft im vergangenen Dezember. In Stockholm wird im Juni unter dem Motto «Ein gesunder Planet für den Wohlstand aller» eine Jubiläumskonferenz stattfinden, die nicht nur zurück, sondern auch nach vorne blickt. Das versuchen wir auch mit dieser Ausgabe. Was können wir schnell besser machen, damit die notwendige Transformation noch gelingt?

Es ist das letzte Böll.Thema, das ich als Vorstand verantworte. Für mich schließt sich damit ein großer politischer Lebensbogen. Die ökologischen Herausforderungen, die Auseinandersetzung mit den Ursachen einer ungleichen Welt haben mich angetrieben und motiviert, mit vielen Mitstreiter\*innen für eine «bessere Welt» zu kämpfen. Die Aufgaben sind gewaltig. Sie brauchen die globale Zusammenarbeit mehr denn je.

Ihre Barbara Unmüßig



Barbara Unmüßig  
Vorstand der  
Heinrich-Böll-Stiftung

## Editorial

1 Von Barbara UnmüBig

## Wo wir stehen

3 Zwischen Scheitern und Erfolgen: Globale Umweltpolitik – 50 Jahre nach Stockholm 1972  
Von Barbara UnmüBig

## Essay

6 Die neue menschliche Umwelt «Multilateralismus as usual» wird nicht reichen, wenn wir die Krisen in den Griff bekommen wollen.  
Von Alexander Müller

## Dossier

8 Zeit der internationalen Umweltpolitik  
Artschwund, Erderhitzung, Ozonloch – in den vergangenen 50 Jahren hat die Menschheit große Probleme in Angriff genommen. Nur wie?  
Von Hanna Gersmann

## Statement

14 «Regierungen dürfen nicht nur die Kunststoffkrise betrachten.»  
Ein Plädoyer von Jane Patton

## Großes Interview

16 «Sich regelmäßig neu zu erfinden, das ist die Stärke von sozialen Bewegungen.»  
Die Klimaaktivistin Carla Reemtsma (Fridays for Future) im Gespräch mit Barbara UnmüBig

## Hintergrund

22 «Von der Hoffnung zum Frust – vom Frust zur Hoffnung»  
Der Geist von Rio war allzu lange in Bedrängnis durch das Regime Bolsonaro. Das Wahljahr 2022 könnte nun für Brasilien zum Wendepunkt werden.  
Von Marilene de Paula, Marcelo Montenegro und Annette von Schönfeld

## In Bildern (23, 32, 41, 42)

«Nie müde, die Welt zu retten»  
Sechs Porträts von mit Preisen ausgezeichneten Umweltaktivist\*innen.  
Texte: Daniela Zinser  
Illustrationen: Tanya Teibtner

## Bilanz

24 «Ein eigener Platz am Tisch»  
Ein feministischer Blick auf 50 Jahre Umweltpolitik der Vereinten Nationen.  
Von Sascha Gabizon

## Analyse

26 Natur als Quelle von Profit?  
Der Umwelt einen Preis zu geben, degradiert Pflanzen, Tiere und Ökosysteme zu Dienstleistern.  
Von Thomas Fatheuer

## Essay

28 «Allesfresser und Habenichtse»  
Wie verteilen wir Verantwortung für unseren Planeten auf alle Schultern?  
Von Wolfgang Sachs

## Essay

30 «Wie kommen menschliches Wohlergehen und ökologische Nachhaltigkeit zusammen?»  
Von Imme Scholz

## Standpunkt

33 «Demokratisch und inklusiv»  
Fortschrittliche Umweltpolitik braucht demokratische und friedliche Bedingungen.  
Von Steffi Lemke

## Aufruf

34 «Für ein gutes Leben für alle, für eine Erde für alle»  
Die internationalen Handelsregeln bedürfen unserer Aufmerksamkeit, wenn wir Gerechtigkeit wollen.  
Von Anna Cavazzini

## Perspektive

36 «Was wachsen darf, was schrumpfen muss»  
Wie die Große Transformation gelingen kann.  
Von Jörg Haas

## Wegweiser

38 «Warum Klimapolitik mehr sein muss als die Bepreisung von Kohlenstoff»  
Nur eine staatliche Industriepolitik kann zum Ziel führen.  
Von Danny Cullenward und David G. Victor

## Klartext

40 «Blinder Glaube»  
Warum neue Technologien alleine die Welt nicht retten können.  
Ein Text der ETC Group

## Das letzte Wort

44 «Werden wir der Natur dieses Mal gerecht»  
Ein Aufruf von Sunita Narain

# Zwischen Scheitern und Erfolgen

Globale Umweltpolitik – 50 Jahre nach Stockholm 1972



Text: Barbara UnmüBig

Die internationale Umweltpolitik wird 50. Die Stockholmer Konferenz (UN Conference on Human Environment) von 1972 gilt als ihre Geburtsstunde im Rahmen der UNO. Dort wurde auch mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen der Grundstein für institutionalisierte Umweltpolitik auf internationaler Ebene geschaffen. Die schwedische Regierung lädt im Juni dieses Jahres gemeinsam mit Kenia, dem Sitz von UNEP, zum 50. Geburtstag ein.

Grund zum Feiern? Auf 50 Jahre zurückzublicken ist hier unmöglich. Es sind viele Facetten und komplexe Faktoren, die für Erfolge und Scheitern der UN-Umwelt- und Entwicklungspolitik der vergangenen 50 Jahre relevant sind, die im Folgenden nicht

alle analysiert werden können – zum Beispiel, wie sich macht- und geopolitische Einflussphären und die Interessen mächtiger Wirtschaftslobbys durchgesetzt haben.

Dass «wir» es viel, viel besser hätten machen müssen, wissen wir: Die Klimakatastrophe ist für Abermillionen Menschen real. Alle UN-Berichte zum Zustand des Klimas, der Meere, der Böden, der Wälder, der Gewässer, der biologischen Vielfalt zeigen, wie sehr wir die Natur, die Ökosysteme übernutzen oder zerstören. Im Rückblick geht es nicht um einen moralischen Fingerzeig oder um Besserwisseri. Menschen haben sich immer gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen zur Wehr gesetzt, die ersten Anfänge auch grenzüberschreitender Umweltbewegungen lassen sich auf die 60 und 70er Jahre zurückdatieren. Menschen haben rund um den Globus gegen die Atomkraft, die Klimaerhitzung, die Zerstörung von Wäldern, für den Erhalt von Ökosystemen und damit unseren Lebensgrundlagen (livelihoods), für Frieden, gegen Hunger und Armut in der Welt demonstriert, getagt, publiziert, lobbyiert und dabei auch über die Jahre hinweg die eine oder andere Hoffnung auf UN-Konferenzen und multilaterale Verabredungen gesetzt.

Was lernen wir aus den letzten 50 Jahren? Es ist wichtig, wenigstens einige wesentliche Gründe in Erinnerung zu rufen, um zu verstehen, warum wir von der Großen Transformation noch weit entfernt sind, warum wir immer mehr den multiplen Krisen hinterherlaufen, anstatt ihnen vorzubeugen. Was waren wichtige Meilensteine globaler Umweltpolitik, und an welchen entscheidenden Stationen sind die politischen Entscheidungsträger\*innen und ökonomischen und Funktionseleiten einem «Weiter so» gefolgt – allen wissenschaftlichen Erkenntnissen, alternativen Lösungsansätzen und Mahnungen in wesentlichen Punkten zum Trotz? Dieser kurze Rückblick kann höchstens ein paar Muster, Narrative und politikökonomische Weichenstellungen der vergangenen Jahrzehnte aufzeigen. Vielleicht ein Lernfeld.

#### **Umweltschutz ja – der Globale Süden aber wollte Entwicklung durch Industrialisierung nachholen.**

Mitte der 60er Jahre war die Welt noch stark in harte Gegensätze und Blöcke – Ost-West und Nord-Süd – aufgeteilt. Gleichwohl entwickelte sich ein Bewusstsein dafür, dass Umwelt- und Naturzerstörung vor den nationalen Grenzen nicht haltmacht. Die skandinavischen Länder waren zum Beispiel massiv vom sauren Regen, also der Umweltlast aus anderen Regionen Europas, betroffen. Insektizide wie DDT, seit den 40er Jahren eingesetzt, reicherten sich grenzüberschreitend in Nahrungsketten an und töteten viele Arten («Stummer Frühling»). Smog in Ballungszentren wie London, Tokio, New York oder den Städten des Ruhrgebiets (Krupphusten), schwere Tankerunglücke mit verheerenden Ölpesten, verschmutzte Flüsse wie der Rhein, die zu Abwasserkanälen wurden, zeigten die Umwelt- und Gesundheitsfolgen ungebremster Industrialisierung. Es gab erste Studien und Berichte; der wirkungsmächtigste mit großer Resonanz war sicherlich der erste Bericht des Club of Rome («Die Grenzen des Wachstums») 1972. Er prognostizierte zusätzlich zur Umweltverschmutzung vor allem eine Verknappung von Ressourcen. Verschmutzung und Verknappung (und damit einhergehende Verteilungskämpfe) – das wurde allmählich sogar als Gefährdung des nördlichen Produktionsmodells erkannt. Der Norden hatte also vor allem Interesse an grenzüberschreitenden Verabredungen zum Umweltschutz und besserem Ressourcenmanagement, ohne daraus Wettbewerbsnachteile zu ziehen.

Die UNO – bislang in Umweltfragen nicht wirklich aktiv – sollte für das globale Umweltthema als Akteurin gewonnen werden. Das implizierte, dass alle Länder des damaligen Ostblocks (in Stockholm waren sie nicht durchgängig vertreten) und die Länder des globalen Südens einbezogen werden mussten. Die Interessens- und Ausgangslagen waren damit sehr verschieden. Für die Länder des globalen Südens stand die Bekämpfung der Armut auf der Prioritätenliste. Stockholm 1972 war somit nicht nur die Geburtsstunde globaler Umweltverhandlungen, sondern auch eine neue Etappe der Verhandlungen um Entwicklung und – so hatte es den Anschein – auch um gerechtere Verteilung der Zugänge zu Geld und Ressourcen.

Um die industrielle Umweltverschmutzung zu begrenzen, waren für die Industrieländer technischer Umweltschutz, Ressourcenmanagement für ökonomisch wichtige Ökosysteme (Gewässer und Wälder) und eine bessere Datenerhebung (z. B. erste Umweltsatelliten) die Mittel der Wahl. Zu dieser ersten Etappe der nationalen wie internationalen Umweltpolitik gehörten staatliche Regulierungen und Gesetzesinitiativen, Grenzwerte und Verbote. Die 70er Jahre zählen zum Beispiel in den USA zu den erfolgreichsten Jahren staatlicher Umweltpolitik. Verbote und die Begrenzung verschiedenster Emissionen (Gifte, Abwässer, Müll, Schwefeldioxid) oder auf globaler Ebene (Verbot des Handels mit gefährdeten Arten, später von Fluorkohlenwasserstoffen) erzielten wirksame und sichtbare Erfolge in der Umweltpolitik. Die Luft wurde besser, Flüsse (auf den ersten Blick) sauberer.

Der globale Süden hat die Armutsbekämpfung, Arbeitsplätze, Gesundheit und Bildung ins Zentrum gerückt. Hier zählte vor allem der Wunsch, die Entwicklung durch Industrialisierung nachzuholen. Umweltschutz wurde damals schon als Oktroi des Westens und als Entwicklungshemmnis betrachtet. Die Ostblockstaaten glaubten geschlossen daran, dass die Umweltzerstörung ein Problem des Kapitalismus sei (was ja stimmt, aber eben nicht nur), und wollten nichts damit zu tun haben. Die «unverbrauchte Natur» und Umwelt des globalen Südens wurde gar «als komparativer ökonomischer Vorteil» betrachtet. Verschmutzung sei ein Zeichen des Fortschritts, und Indira Gandis Aussage im Jahr 1972 «Armut ist die größte Umweltverschmutzung» hat zu einigen Missverständnissen geführt. Stockholm '72 hat den Grundstein dafür gelegt, dass nachholende, industrialisierte Entwicklung endgültig das «weltpolitische Programm der postkolonialen Ära» (Wolfgang Sachs) wurde. Industrialisierung, globale Arbeitsteilung (billige Arbeitskräfte im globalen Süden) und Wachstum führen aus der Armut, und hohe Wachstumsraten sind die Voraussetzung für (soziale) Umverteilung. Das war das Mantra.

Keiner der «Verhandlungsblöcke» stellte die Verheißungen des nördlichen Industrialisierungs- und Konsummodells infrage. Mehr Umweltschutz, ja. Mehr Wachstum auf jeden Fall, nur so lässt sich umverteilen und Umweltschutz bezahlen. Entsprechend verhandelte der Süden fortan in allen UN-Konferenzen vor allem über Finanz- und Technologietransfers.

Ohne Zweifel gab es durch alle globalen Umwelt-, Klima- und Entwicklungsverhandlungen hindurch politische scharfe Nord-Süd-Gegensätze. Zu Recht hat der «Süden» darauf gepocht, dass der Norden seine Emissionen massiv reduzieren muss, damit dort noch Spielraum bleibt. Die politischen und Funktionseleiten des Nordens und des Südens waren sich zudem uneinig, wie eine gerechte Weltwirtschaftsordnung aussehen sollte. Mit der Wende zum Neoliberalismus Anfang der 80er Jahre (Reagan-Ära) drückte der industrialisierte Norden seine Vorstellungen von globaler Marktliberalisierung über von ihm bis dato dominierte Organisationen wie den IWF, der Weltbank und später der WTO durch. Bei allen Differenzen drehten sie sich wesentlich um den Anteil am jeweiligen Kuchen, aber nicht um die ökonomische Leittheorie kapitalistischer Produktionsweise mit ihren verheerenden ökologischen und sozialen Folgen. Die wurden verdrängt. Umweltpolitik war der Weltwirtschaftspolitik absolut nachgeordnet, sie war Sektor- und nicht Querschnittspolitik, Umweltschutz wurde darüber hinaus vor allem als technologische Aufgabe verstanden. Konzepte wie Eco-Development oder die Befreiungstheologien, die vor allem Rechte für die Armen und die Befriedigung der Grundbedürfnisse auf eigener Ressourcenbasis forderten, Ernst F. Schumachers (1972) Plädoyer für die Rückkehr zum menschlichen Maß und seine Kritik an der zunehmenden Machtkonzentration in der Ökonomie oder Konzepte ökologischer Ökonomik, sie alle wurden in die Nische abgedrängt, nicht politisch aufgegriffen, zum Teil belächelt und mit Häme überzogen.

#### **Das Problem ist größer – aber die Weichen wurden nicht gestellt**

Die 80er Jahre sind voller widersprüchlicher Entwicklungen. Das Wissen um die globalen Bedrohungen wächst, und gleichzeitig bricht das Zeitalter der neoliberalen Globalisierung an. Die ersten globalen Berichte einer sich anbahnenden Klimakatastrophe (Global 2000)

# »Noch einmal 50 Jahre haben wir nicht.«

werden veröffentlicht, Handlungsbedarf identifiziert: Die UN-Weltkommission für Umwelt und Entwicklung wird gegründet (1983). Und zwischen der Entdeckung des Ozonlochs und der Verabschiedung des Montrealer Protokolls mit einem Fahrplan zum Ausstieg aus den verursachenden Fluorkohlenwasserstoffen verging nur ganz wenig Zeit.

«In den Industrieländern müssen wir schnellstmöglich unsere Produktions- und Konsumstile verändern. Nicht nur, aber vor allem unser Energieverbrauch erscheint aus globaler Perspektive unverantwortlich. Wir sind unzweifelhaft die Hauptverursacher der sich bereits andeutenden Klimakatastrophe», so Willy Brandt 1989.

Diese Erkenntnis Willy Brandts steht paradigmatisch für alle, die wussten oder ahnten, dass es eine wirkliche Kehrtwende in der Art des Wirtschaftens und des Konsumierens brauchte. Im Deutschen Bundestag wurde 1987 eine Enquete-Kommission zum Schutz der Erdatmosphäre eingesetzt. 1988 gründete sich der Weltklimarat, es wurde eine UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung beschlossen, die dann 1992 in Rio de Janeiro stattfand.

Es bestand Hoffnung, dass es mit dem Ende des Ost-West-Konflikts einen Aufbruch für einen neuen Typus globaler Zusammenarbeit zu den großen Menschheitsthemen geben könnte. Manche träumten gar von einem Paradigmenwechsel in der Weltwirtschaftsordnung. Bemerkenswerterweise hat der industrialisierte Norden in Rio tatsächlich seine historische Hauptverantwortung für die ökologischen Krisen anerkannt; in der Rio-Erklärung wurde festgehalten, dass das nördliche Modell nicht globalisierbar sei und es keinen Planeten B gebe. Das Verursacher- und Vorsorgeprinzip wurde verankert und mit der Agenda 21 ein Handlungsleitfaden für Umwelt- und Entwicklungspolitik verabredet, der durchaus viele wichtige Forderungen von NGOs und sozialen Bewegungen aufgriff.

Das schien wie ein programmatischer Durchbruch. Doch das neoliberale Dogma – massiv von der US-Regierung vertreten – hat seine tiefen und folgenreichen Spuren hinterlassen. US-Präsident Bush verkündete, dass der amerikanische Way of Life nicht verhandelbar sei, was sich deutlich in der in Rio verabschiedeten Klimarahmenkonvention niederschlug. Die USA setzten alles daran, jede klare Aussage zu CO<sub>2</sub>-Reduktionen aus dem Text zu streichen, drohten, andernfalls nicht zu unterzeichnen. Die Hegemonialmacht jener Zeit setzte sich durch. Die Konvention zur biologischen Vielfalt haben die USA erst gar nicht unterzeichnet, weil sie den Interessen US-amerikanischer Konzerne in der Biotechnologie und Pharmazie zuwiderliefen.

Die (Nicht-)Verabredungen im UN-Klimaregime der Jahre nach 1992 sind sicher die folgenschwersten. Mit klaren Reduktionszielen und zeitlichen Vorgaben wären Anreize geschaffen worden für einen systematischen Ausbau von erneuerbaren Energien und einer Kreislaufwirtschaft, die den Namen verdient. Folgeschwer auch die Verabredungen zum Kyoto-Protokoll 1997, das fatalerweise nicht für alle Länder eine differenzierte Klimaschutzverpflichtung vorsah. Damit ging nicht nur, aber vor allem China weiter auf dem Pfad Richtung fossile statt erneuerbarer Energien. Der große Erfolg der Gruppe der Entwicklungsländer (G77) in Kyoto wurde zu einem Pyrrhussieg.

Der historisch für den Klimawandel verantwortliche Westen hat gleichzeitig versagt und sich voll und ganz den Versprechen der neoliberalen Globalisierung verschrieben. Die ökonomischen Interessen der Finanzindustrie, der fossilen und Agrarmultis waren die Treiber der großen neoliberalen Wende, die keine Verbote, Grenzwerte und staatliche Regulierungen wollten. Mit Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) 1994, die zum Sinnbild der weiteren Liberalisierung, Privatisierung und Finanzialisierung, der Sicherung geistiger Eigentumsrechte wurde, haben sich Staaten mehrheitlich aus einer regulierenden, dem Allgemeinwohl verpflichteten Umweltpolitik verabschiedet. Marrakesch (Ort der WTO-Gründung) schlägt Rio. Emissionshandel, Bepreisung von CO<sub>2</sub>, Finanzialisierung der Natur, technologische Innovation – ausschließlich ökonomische Instrumente wurden die Kernelemente der grünen Ökonomie, wie sie vor allem 2012 beim letzten UN-Rio-Gipfel ins Zentrum der Lösungen und Antworten auf die sich zuspitzenden Krisen rückten.

Das Pariser Klimaabkommen von 2015, die Verständigung darauf, die mittlere Erderwärmung möglichst bei 1,5 Grad zu halten, ist gleichwohl ein Meilenstein globaler Klima- und Umweltpolitik. Mehr denn je kommt es nun aufs Tempo und natürlich auch auf das Wie in allen Politikbereichen an. Klimapolitik ist jetzt eine Querschnittsaufgabe der Ampelkoalition: Das ist ein großer paradigmatischer Wechsel. Das könnte und müsste Vorbild für nationales und multilaterales Regierungshandeln sein. Soll es wirklich eine Transformation und keine Disruption beim Umbau unseres Produktions- und Zivilisationsmodells werden, dann müssen wir schnell handeln. Noch mal 50 Jahre haben wir nicht.

---

Barbara Unmüßig war bis zum April 2022  
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

Essay: Alexander Müller

# Die neue menschliche Umwelt

Klima, Corona, kriegerische Konflikte und Hunger:  
«Multilateralismus as usual» wird nicht reichen, wenn wir  
diese Krisen in den Griff bekommen wollen

Bislang ist die Jubiläumskonferenz Stockholm+50 im Juni 2022 in klassischer UN-Manier geplant: Das multilaterale System solle seine wichtige Rolle in der Bekämpfung der dreifachen Klima-, Natur- und Verschmutzungskrise darstellen und ein «Booster» sein für die Beschleunigung der Implementierung der seit vielen Jahren beschlossenen ambitionierten Nachhaltigkeitsziele. Der brutale Krieg in der Ukraine, die neuen geopolitischen Unsicherheiten und die beginnende Krise der Welternährung stellen diese Konferenz nun in ein verändertes politisches Umfeld. Dabei war schon lange vor dem Beginn des Krieges in der Ukraine klar, dass die international vereinbarten Nachhaltigkeitsziele bei diesem Tempo der Implementierung nicht erreicht werden können – die sich überlagernden (Umwelt-)Krisen waren alles andere als gestoppt.

Durch den Krieg in der Ukraine könnte eine weltweite Lebensmittelkrise unbekanntes Ausmaßes ausgelöst werden. Der globale Lebensmittelpreisindex der FAO steht auf einem Rekordniveau, dem Welternährungsprogramm gehen Geld und Lebensmittel für humanitäre Hilfe aus. Die Ernährungssicherheit vulnerabler Menschen hat sich schon heute drastisch verschlechtert. Durch den Krieg entfallen 33 Millionen Tonnen Weizenexporte aus Russland und 20 Millionen aus der Ukraine, zusammen circa 25 Prozent der globalen Weizenexporte. Ägypten zum Beispiel importiert jährlich circa 13 Millionen Tonnen Weizen aus den beiden Ländern. Woher kommt Ersatz, und wie wird die Versorgung sichergestellt? Hinzu kommt: Das System der Welternährung ist bisher auf dem massiven Gebrauch von Düngemitteln aufgebaut – und Russland war einer der Hauptlieferanten.

Was bedeutet diese neue Lage und insbesondere die drohende Ernährungskrise für Stockholm+50? Mit dem zentralen Begriff der Konferenz von 1972, dem «Human Environment», sollen der geopolitische Rahmen und die Lage der natürlichen Umwelt im Jahr 2022 kurz beschrieben werden. Dabei ist darauf zu achten, dass «menschliche Umwelt» nicht nur aus Sicht der Industrieländer und des Kriegs in der Ukraine zu fassen ist. Erinnern wir uns: Die wesentliche Debatte in der Vorbereitung der Konferenz 1972 drehte sich um die Frage, ob es sich um eine Umwelt- oder eine Entwicklungskonferenz handeln sollte und inwieweit Umweltpolitik als ein Anliegen der industrialisierten Länder die Länder des globalen Südens in ihrer Entwicklung hindern würde. Der Begriff «menschliche Umwelt» war die Klammer, mit der Umwelt und Entwicklung verbunden werden sollten. Dies muss auch im Jahr 2022 (wieder) sichergestellt werden.

## Die geopolitische Unübersichtlichkeit im Jahr 2022

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die internationale Ordnung sind bisher nur in Ansätzen erkennbar. Der mit den Stimmen von 141 Mitgliedstaaten der UN gefasste Beschluss zur Verurteilung des russischen Angriffs kann nur als ein erstes Lagebild verstanden werden. Die 35 Enthaltungen (darunter Indien, China, Pakistan, Südafrika, Vietnam) und die 11 Stimmen von Mitgliedstaaten, die der Abstimmung fernblieben, müssen mit in Betracht gezogen werden. Bei einer Addition der Zahl der repräsentierten Menschen hat die Mehrheit den russischen Angriff nicht verurteilt. Ist dies ein erstes Vorzeichen für die Veränderung der globalen (Nachhaltigkeits-)Governance?

1972 wurde politisch von der sogenannten Blockkonfrontation zwischen dem «Westen» und dem «Osten» sowie der Nord-Süd-Debatte und der Frage Umwelt versus Entwicklung dominiert. Heute, über 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, haben wir es immer noch mit dem Herausbildungsprozess einer multipolaren Welt, neuen geopolitischen Risiken und Unwägbarkeiten zu tun. Und seit dem 24. Februar wieder mit einem Krieg in Europa, dessen weiterer Verlauf beim Abfassen dieser Betrachtung nicht absehbar ist. Die offene Drohung Russlands, Atomwaffen einzusetzen, und die entsetzlichen Verbrechen in der Ukraine kennzeichnen eine neue «menschliche Umwelt».

«Der globale Norden muss vorbereitet sein, seine Getreidevorräte mit den Hungernden zu teilen.»

Die durch den Krieg erfolgte teilweise Unterbrechung der globalen Handelswege insbesondere für Lebensmittel und die mögliche krisenhafte Zuspitzung der Welternährungslage drohen zu einem Lackmustest für das globale System zu werden. Die Frage ist, wie und von wem diese Krise gemanagt werden soll. Es darf an dieser Stelle auch nicht vergessen werden, dass der reiche globale Norden die Länder des Südens in der immer noch andauernden Coronapandemie nicht ausreichend mit Impfstoffen unterstützt hat. Dies muss doch im globalen Süden zu der Erkenntnis geführt haben, dass die «Eine-Welt-Rhetorik» im Krisenfall nicht der Realität entspricht. Wird es jetzt bei der Ernährungskrise eine ähnliche Lage geben?

Die Frage nach der adäquaten globalen Governance stellt sich aber noch viel grundsätzlicher: Ist das heutige multilaterale System unter diesen Bedingungen in der Lage, die kombinierte Krise aus Klima, Corona, kriegerischen Konflikten und Armut ernsthaft anzugehen? «Multilateralismus as usual» während Stockholm+50 könnte verheerende Auswirkungen haben. Um hier kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Es bedarf für die Bewältigung der vielfältigen globalen Herausforderungen der internationalen Kooperation. Das UN-System wurde genau zu dem Zweck gegründet, Aufgaben, für deren Erledigung einzelne Staaten zu klein sind – und seien diese Staaten auch noch so groß – durch gezielte Kooperation und Interessenausgleich anzugehen und damit einen Mehrwert für alle zu schaffen. Aber der bloße Verweis auf diese Notwendigkeit von Veränderungen ist schon seit langem nicht mehr ausreichend. Das multilaterale System hat unter Beweis gestellt, dass es möglich ist, Mitgliedstaaten, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und zunehmend Wirtschaft in internationalen Verhandlungen zu einer gemeinsamen Problemanalyse und zu langfristigen globalen Zielbeschreibungen zusammenzuführen. Aber die «Achillesferse» dieses Systems ist die viel zu langsame oder gar ausbleibende Implementierung der Beschlüsse durch die Vertragsparteien und die sonstigen Stakeholder. Probleme wurden erkannt und beschrieben, aber in der Realität nicht gelöst.

An den Beschlüssen und wissenschaftlichen Analysen der Probleme hat es also nicht gelegen. Vielmehr wurde den Bedingungen der Umsetzung zu wenig Beachtung geschenkt. Wie kann Entwicklung – nicht nur im globalen Süden, sondern auch eine veränderte wirtschaftliche Entwicklung im Norden – zur Lösung von globalen Umweltproblemen führen? Wie können politische Mehrheiten in demokratischen Gesellschaften zur Umsetzung der vereinbarten Ziele erreicht werden? Es ist nicht trivial, demokratische Mehrheiten für – oftmals tiefgreifende – Transformationen zu gewinnen und auf Dauer sicherzustellen. Und die festgefühten ökonomischen Rahmenbedingungen mit ihrer Profitlogik und das auf Wachstum ausgerichtete System wurden weitgehend außer Acht gelassen. Es war und ist weiterhin möglich, durch das Externalisieren von Umwelt- und Sozialkosten private Profite einzufahren.

Nun steht aktuell die Frage im Raum, wie in den nächsten Jahren eine ausreichende Ernte unter den Bedingungen eines gestörten Welthandelssystems gesichert werden kann. Und wie gleichzeitig die notwendige Transformation des globalen Ernährungssystems eingeleitet werden kann. Der wissenschaftliche Befund ist eindeutig: Das jetzige System ist wesentlich für die Zerstörung der menschlichen Umwelt verantwortlich, ohne alle Menschen gesund zu ernähren. Aber ist das UN-System unter den neuen geopolitischen Bedingungen handlungsfähig genug, um eine globale Krise abzuwenden? Oder müssen spätestens jetzt die Industrieländer das Verwenden Hunderter von Millionen Tonnen Getreide für die industrielle Tiermast und für Agrartreibstoffe beenden?

Zugegebenermaßen ist die weitere Entwicklung der Welternährung unklar. Aber es gibt genügend Anzeichen, dass es zu einer schweren Störung der globalen Lieferketten kommen kann. Stockholm+50 muss sich dieser Aufgabe stellen! Es gibt hier zwei Alternativen: Entweder kann das multilaterale System in einem Kraftakt die Hungerkrise abwenden, oder die G7 müssen gemeinsam mit den akut vom Hunger bedrohten Ländern eine neue Allianz zur Bekämpfung des Hungers gründen. Ohne eine wirkungsvolle Initiative zur Lösung der drohenden Hungerkrise wird nicht nur die Glaubwürdigkeit des Nordens weiter geschwächt. Der globale Norden muss jetzt vorbereitet sein, im Falle einer Disruption der Lebensmittelversorgung seine Getreidevorräte mit den Hungernden zu teilen! Das Drama der nicht geteilten Impfstoffe darf sich nicht wiederholen. Eine solche Aktion kann auch einen Neustart in der gemeinsamen Implementierung der erforderlichen Maßnahmen zum Schutz des Klimas unterstützen.

Alexander Müller, Diplom-Soziologe, ist Leiter einer globalen Studie des UN-Umweltprogramms «The Economics of Ecosystems and Biodiversity for Agriculture and Food» und Geschäftsführer von TMG – Töpfer, Müller, Gaßner GmbH, Think Tank for Sustainability.



Dossier: Hanna Gersmann

# Zeit der internationalen Umweltpolitik

Artenschwund, Erderhitzung, Ozonloch – in den vergangenen 50 Jahren hat die Menschheit große Probleme in Angriff genommen. Nur wie?

→ 1972

In der schwedischen Hauptstadt, in Stockholm, treffen sich vom 5. bis zum 16. Juni mehr als 1200 Vertreter:innen aus 113 Staaten – es war die Zeit des Kalten Krieges, die meisten Ostblockländer waren bei dem ersten Umweltgipfel der Vereinten Nationen nicht dabei.

Die UN-Konferenz über die menschliche Umwelt, Motto: «Nur eine Erde», gilt als Start der internationalen Umweltpolitik. Nur wenige Wochen zuvor, am 2. März 1972, hatte der Club of Rome, ein weltweiter Verbund von Expert:innen verschiedener Disziplinen, die sich um den Zustand des Planeten sorgten, «**The Limits To Growth**» veröffentlicht, also «Die Grenzen des Wachstums». Es war ein unscheinbares Taschenbuch, keine 200 Seiten, hatte es aber in sich. Rasches Handeln sei erforderlich, mahnten die Autor:innen. Denn wenn, so stand darin, «die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht.» Das rüttelte viele auf. In Stockholm verabschiedete die Konferenz 26 Prinzipien für Umwelt und Entwicklung. Viele Länder gründeten in der Folge Umweltbehörden. Und in Kenia, in der Hauptstadt Nairobi, wurde das UN-Umweltprogramm, kurz: UNEP, geschaffen. Der Grundstein für eine aktive UNO-Rolle auch im globalen Umweltschutz war gelegt.

1973

Das «Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen» (CITES) wird beschlossen, im Deutschen auch Washingtoner Artenschutzübereinkommen genannt.

Ging es anfangs viel um Tiger, Elefanten, Nashörner, die vor Trophäenjäger:innen und Wilderern geschützt werden müssen, werden durch CITES, dem 95 Prozent aller Staaten der Welt angehören, mittlerweile 37 000 Tier- und Pflanzenarten durch Handelskontrollen und -beschränkungen vor Übernutzung geschützt. Der Artenschwund, der viel mit dem Verlust von Lebensräumen zu tun hat, ist dadurch zwar nicht gestoppt. Immerhin gibt es aber ein sehr wirksames internationales Instrument gegen die kommerzielle Nutzung geschützter Arten.

→ 1973

Das teure Öl setzt die Industrieländer unter Schock.

Nach dem Jom-Kippur-Krieg gegen Israel drosseln die arabischen Erdölexporteure ihre Lieferungen und setzen die Industrieländer unter Schock, die gewöhnt waren, dass das Öl billig und scheinbar unbegrenzt aus dem Mittleren Osten fließt. Die Preise schnellen nach oben. Der Lerneffekt? Die Suche nach Alternativen beginnt, die nach Solar- und Windkraft zaghaft, zunächst vor allem nach Atomkraft und neuen Öl-, Gas- und Kohlequellen andernorts.

→ 1977

Wangari Maathai gründet in Kenia die Green-Belt-Bewegung.

Der Grüne Gürtel ist die erste grüne, überwiegend von Frauen getragene NGO in Afrika – und eine Massenkampagne zum Pflanzen von Bäumen, für besseren Umweltschutz und mehr Rechte für Bäuerinnen. Maathai ist Petra-Kelly-Preisträgerin der Heinrich-Böll-Stiftung und hat 2004 den Friedensnobelpreis bekommen, sie sagte: «Man kann die Umwelt nur schützen, wenn man den Menschen Macht gibt, wenn man sie informiert, wenn man ihnen hilft, zu verstehen, dass diese Ressourcen die ihren sind und dass sie sie schützen müssen.»

1979

Die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) lädt zur ersten Weltklimakonferenz nach Genf.

Es kommen Wissenschaftler:innen, Politiker:innen und Behördenvertreter:innen aus 53 Nationen. In ihrer Erklärung heißt es: «Die fortdauernde Ausrichtung der Menschheit auf fossile Brennstoffe als wichtigster Energiequelle wird wahrscheinlich zusammen mit der fortgesetzten Waldvernichtung in den kommenden Jahrzehnten und Jahrhunderten zu einem massiven Anstieg der atmosphärischen Kohlendioxid-Konzentration führen (...) Unser gegenwärtiges Verständnis klimatischer Vorgänge lässt es durchaus als möglich erscheinen, dass diese Kohlendioxid-Zunahme bedeutende, eventuell auch gravierende langfristige Veränderungen des globalen Klimas verursacht.» Das Heute gibt ihnen recht.

→ 1982

Die internationale Walfangkommission verbietet den kommerziellen Walfang.

Der Schutz der Wale ist eine der großen Erfolgsgeschichten von Tier- und Artenschützer\*innen weltweit. Allerdings wird er von Ländern wie Japan immer wieder unterlaufen.

1983

Die «Weltkommission für Umwelt und Entwicklung» wird ins Leben gerufen.

Die Vereinten Nationen rufen die «Weltkommission für Umwelt und Entwicklung» ins Leben. Den Vorsitz hat die damalige norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland. Der Auftrag lautet, zu erarbeiten, wie eine langfristig tragfähige weltweite Entwicklung aussehen kann. Vier Jahre später, 1987, liegt der Bericht «Our Common Future» (Unsere gemeinsame Zukunft) vor. Die erste Botschaft ist, dass die globale Umweltkrise eine Bedrohung für die gesamte Menschheit ist. Die zweite: Eine neue Qualität von Wachstum sei vonnöten, die die Grenzen des Planeten anerkennt. Es gelte, «die Bedürfnisse der Gegenwart zu befriedigen, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können». «Nachhaltige Entwicklung» als Schlüsselbegriff wurde aber leider nicht prägnanter definiert, der Begriff wurde zum «Alleskleber» für ganz verschiedene Ziele.

## 1986

Der vierte Reaktor des Atomkraftwerks in Tschernobyl explodiert.

Die Welt schaut auf den bis dahin größten atomaren Unfall. Die radioaktive Strahlung zeigt eindrücklich: Umweltbelastungen kennen keine Grenzen. In Deutschland führt dies zur Gründung des Umweltministeriums.

## 1987

Ozonkiller wie FCKW werden verboten.

Die Ozonschicht ist für Menschen überlebenswichtig, weil sie vor schädigender Sonnenstrahlung schützt. Als Wissenschaftler:innen über der Antarktis dort ein gigantisches Loch entdeckten und ihre Ergebnisse im Mai 1985 veröffentlichten, erschrak die Welt. Es zeigte sich, was möglich ist, wenn die Weltgemeinschaft eine Gefahr erkennt und gemeinsam reagiert: Sie beschloss – mit dem Wiener Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht, aus dem zwei Jahre später das Montrealer Protokoll hervorging – Fluorchlorkohlenwasserstoffe, FCKW, und andere Ozon zerstörende Stoffe in den meisten Industrieländern zu verbieten. Seitdem ist FCKW so gut wie aus allen Kühlschränken, Schaumstoffen und Spraydosen verschwunden. Die Ozonschicht erholt sich, auch wenn es Rückschläge gibt. So erfolgreich war kein anderes Umweltabkommen bisher.

## 1988

Der Weltklimarat (IPCC) entsteht.

«Die Erderwärmung hat begonnen» titelt die *New York Times*. Die Klimaerwärmung wird in den Medien zum Thema, die Wissenschaft warnt. Im November 1988 gründen das Umweltprogramm der Vereinten Nationen und die Weltorganisation für Meteorologie den **Weltklimarat IPCC**, das Intergovernmental Panel on Climate Change. Für ihn arbeiten Hunderte Wissenschaftler:innen. In Teams beugen sie sich über Studien aus ganz verschiedenen Fachgebieten, fassen immer wieder den aktuellen Wissensstand über die Erderhitzung und ihre Ursachen, die Folgen wie Hitzewellen, Dürren, Starkregen, Eisschmelze, Krankheiten zusammen, analysieren akribisch neue Forschungsergebnisse, wie sich an welcher Stelle bremsen lässt, wo es ohne Anpassung nicht mehr gehen wird. Die Ergebnisse stellen sie in Sachstands- und Sonderberichten zusammen, um Regierungsvertreter:innen Klarheit zu verschaffen. 2007 erhielt der IPCC dafür zusammen mit dem ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore den Friedensnobelpreis. Doch die Treibhausgasemissionen nehmen nicht ab. 2022 stellt der IPCC in seinem sechsten Report unmissverständlich klar, dass nur ein schneller und vollständiger Ausstieg aus allen fossilen Rohstoffen (Kohle, Öl und Gas) das totale Klimachaos verhindern kann. Allerdings halten die dem IPCC-Bericht zugrunde liegenden Szenarien an hohen ökonomischen Wachstumsraten fest und befördern die Hoffnung auf unerprobte Technologien.

## 1991

Ein globaler Finanzmechanismus (GEF) wird entwickelt.

Die Industrieländer, die den Klimawandel, den Verlust der Biodiversität, die Belastung von Gewässern, den Verlust an fruchtbaren Böden verantworten, geben Geld, um Entwicklungsländer



dabei zu unterstützen, Umweltprobleme zu lösen. Diese Idee von **Umwelt- und Klimagerechtigkeit** steckt hinter dem bei der Weltbank angesiedelten internationalen Finanzierungsmechanismus, der sich Global Environment Facility nennt (GEF). Er wurde 1991 ins Leben gerufen, heute sind 179 Staaten dabei.

## 1991

Antarktis-Vertragsstaaten beschließen Abkommen zum Schutz vor Ausbeutung.

Noch nie zuvor wurde international ein so umfangreiches Regelwerk für eine Region der Erde erarbeitet: Die Antarktis-Vertragsstaaten beschließen das Umweltschutzabkommen zum Antarktis-Vertrag, mit dem der kommerzielle Abbau von Rohstoffen für mindestens 50 Jahre verboten wird. Allerdings haben auch heute einige Regierungen ein Auge auf die Rohstoffe der Antarktis geworfen, deren Ausbeutung für sie mit abschmelzendem Eis immer attraktiver erscheint.

## 1992

Auf dem «Erdgipfel», auch «Rio-Konferenz» genannt, treffen sich 10000 Delegierte aus 178 Ländern und so viele nichtstaatliche Akteur:innen wie nie zuvor in der UN-Geschichte.

Der Zustand der Erde stand noch nie so im Mittelpunkt der Weltpolitik wie in jenem Juni: Bei der **UN-Konferenz** über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro, Brasilien, streiten 178 Staaten darüber, wie sich Hunger, Armut, Umweltzerstörung oder die wachsende soziale Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bekämpfen lassen. Verabschiedet wird die Rio-Deklaration, die erstmals das Recht auf nachhaltige Entwicklung weltweit verankert. Sie bekennen sich auch zum **Vorsorgeprinzip**, nach dem frühzeitig und vorausschauend zu handeln ist, um Umweltbelastungen gar nicht erst entstehen zu lassen. Sie vereinbaren Konventionen zum Klimaschutz, zur biologischen Vielfalt (CBD) und zur Bekämpfung von Wüstenbildung. Und sie verabschieden den «Aktionsplan 21. Jahrhundert» – die Agenda 21, mit der etwa der nachhaltige Konsum als Ziel festgelegt wird. Der Folgeprozess zur Agenda 21 versendet nach Jahren. Die Konventionen zu Klima und Biodiversität sind die wirkungsmächtigsten Ergebnisse.

Fotografie: S. & Yutaka Nagata/UN Photo (oben links), David Levine/Alf (unten links), Warren K. Leffler/Imago (unten rechts), Radu Sigel/Reuters (oben rechts), S.10111, picture-alliance/dpa (oben links), Ex-Press Fotoagentur / Süddeutsche Zeitung Photo (unten links), Frank Leuther/UN Photo (rechts)



## 1994

Der ökologische Fußabdruck wird vermessen. Er zeigt: Der Mensch überlastet den Planeten enorm.

Das Global Footprint Network berechnet jedes Jahr den **ökologischen Fußabdruck**. Dafür werfen die Wissenschaftler:innen alles zusammen, was der Mensch zum Leben braucht: Fleisch und Meeresfrüchte, Holz und Textilien, Energieträger und Infrastruktur. Sie berechnen, wie er durch den Verbrauch dieser Ressourcen die Erde belastet. Heraus kommt am Ende die Fläche auf der Erde, die notwendig ist, um den Lebensstil der Menschen dauerhaft zu ermöglichen. Das Konzept wird 1994 von Mathis Wackernagel und William Rees entwickelt. Sie zeigen: Der Mensch überlastet den Planeten enorm. Genauer: Würden zum Beispiel die Menschen überall so leben wie in Deutschland, wären derzeit drei Erden nötig, um den Ressourcenverbrauch nachhaltig zu decken. Praktisch für die ressourcenfressenden Großkonzerne: Die Schuld wird bei den Verbraucher:innen gesucht. Klar ist: Eine Trendwende ist nötig. Deswegen ist viel von **Effizienz** die Rede, davon, diese mit technischen Lösungen zu steigern. Fortschritte werden aber oft dadurch zunichtegemacht, dass die Produkte größer, leistungsstärker werden wie etwa Autos. **Rebound-Effekt** nennen das Expert:innen. Ein entscheidender Schritt wäre indes die **Suffizienz**, bei der es um eine absolute Senkung des Ressourcenverbrauchs beim Wirtschaften geht. Den Begriff brachte der Kultur- und Sozialwissenschaftler Wolfgang Sachs in Deutschland 1993 erstmals ein. Einfach gesagt: Statt zum Beispiel Autos spritsparender zu machen, fährt man sie weniger oder steigt ganz auf andere Verkehrsmittel um.

Die Welthandelsorganisation (WTO) wird gegründet.

Die wird zum Sinnbild der weiteren neoliberalen Globalisierung, Liberalisierung, Privatisierung und Finanzialisierung. Die Sicherung geistiger Eigentumsrechte sind die Grundsätze, nicht die Begrenzung aller Arten von Emissionen oder des Einsatzes von Ressourcen. Marrakesch (Ort der Gründung der WTO) schlägt Rio. Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz werden dem Globalisierungsdiktum untergeordnet.

## 1997

Das Kyoto-Protokoll zum globalen Klimaschutz wird verabschiedet.

Es verpflichtet erstmals die für den Treibhausgasausstoß wichtigsten Industriestaaten zu absoluten Emissionsminderungen. Allerdings fehlten zum Beispiel die USA – ein großes Manko. Die Entwicklungsländer wurden zu keinerlei Reduktionen verpflichtet. Der Ausstieg bzw. der Nichteinstieg in die fossile Energie wurde nicht

wirklich angegangen, stattdessen Marktmechanismen für den Handel mit Verschmutzungszertifikaten geschaffen – mit verheerenden Folgen des Anstiegs der Treibhausgase in den Folgejahren.

## 2000

Die neue Erdpoche: das Anthropozän.

Das Meer mit Plastik vermüllt, die Atmosphäre aufgeheizt, der Stickstoffkreislauf verändert – der Mensch hat den Planeten in kurzer Zeit gravierend verändert. Warum dann nicht auch das Zeitalter nach ihm benennen? Der niederländische Chemiker, Atmosphärenforscher und Nobelpreisträger Paul Crutzen prägt im Jahr 2002 gemeinsam mit dem amerikanischen Biologen Eugene Stoermer den Begriff **Anthropozän**, die Menschenzeit als geologische Erdpoche. 2016 ruft eine Arbeitsgruppe von Wissenschaftler:innen auf einem Internationalen Geologischen Kongress im südafrikanischen Kapstadt diese auch aus. Das letzte Wort hat nun die International Union of Geological Sciences, IUGS. Ihre Entscheidung steht noch aus. Kritiker:innen des Anthropozän-Begriffs prangern an, dass er die Ungleichheit zwischen Menschen und Staaten sowie das kapitalistische Wirtschaftssystem als Ursache der Umweltkrisen verschleierte.

## 2001

DDT wird verboten.

Auf der Stockholm-Konferenz über das Verbot langlebiger Giftstoffe unterzeichnen Vertreter:innen von mehr als 120 UN-Mitgliedstaaten eine Konvention zum Verbot der als **«dreckiges Dutzend»** bezeichneten Substanzen, darunter Pflanzenschutzmittel wie DDT.

Im brasilianischen Porto Alegre findet das erste Weltsozialforum statt.

Motto: «Eine andere Welt ist möglich», 12 000 Menschen aus 1 000 Organisationen nehmen teil. Es wird zum Symbol für die globalisierungskritische Bewegung.

Internationale Organisationen des fairen Handels einigen sich auf eine Definition.

«Der **Faire Handel** ist eine Handelspartnerschaft, die auf Dialog, Transparenz und Respekt beruht und nach mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel strebt. Durch bessere Handelsbedingungen und die Sicherung sozialer Rechte für benachteiligte Produzent\*innen und Arbeiter\*innen – insbesondere in den Ländern des Südens – leistet der Faire Handel einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung. Fair-Handels-Organisationen engagieren sich (gemeinsam mit Verbraucher\*innen) für die Unterstützung der Produzent\*innen, die Bewusstseinsbildung sowie die Kampagnenarbeit zur Veränderung der Regeln und der Praxis des konventionellen Welthandels.»

## 2002

Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung tagt im südafrikanischen Johannesburg.

191 Staats- und Regierungschef:innen verpflichten sich unter anderem dazu, die Zahl der Menschen ohne Zugang zu Trink- und Abwasser bis 2015 zu halbieren.

## 2005

Millennium Ecosystem Account entdeckt, dass 15 von 24 untersuchten Schlüssel-Ökosystemleistungen nicht mehr intakt sind.

Fachleute sprechen von **externalisiert**. Damit rücken z. B. das Bienensterben und damit verbundene Ernteverluste auch in die Debatte um den Erhalt von Biodiversität und damit ins öffentliche Licht und auf die politische Agenda.

## 2007

Die Bepreisung von CO<sub>2</sub> wird zum neuen Paradigma der Klima- und Naturschutzpolitik.

In Deutschland, in Heiligendamm, einigen sich die reichen Industrienationen, damals mit Russland noch G8, nicht nur auf ein Klima-Kommuniqué, mit dem sie versprechen, die Halbierung ihrer CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2050 «ernsthaft zu erwägen». Sie beauftragen auch den indischen Ökonomen Pavan Sukhdev, früherer Deutsche-Bank-Mitarbeiter, den **volkswirtschaftlichen Wert** von Tieren, Pflanzen und Ökosystemen zu errechnen. Das Projekt: TEEB, «The Economics of Ecosystems and Biodiversity». Das Versagen beim Klimaschutz und beim Erhalt der biologischen Vielfalt sollte nun überwunden werden, indem CO<sub>2</sub> oder die Leistungen der Natur und Ökosysteme einen monetären Wert bekommen sollen. (Zur Kritik siehe Thomas Fatheuer auf S.26.) **Nicholas Stern** hatte zum Klimaversagen der Politik und den damit verbundenen volkswirtschaftlichen Kosten erklärt: Klimaschutz kostet weniger als Nichtstun.

## 2008

Der US-amerikanische Autor und Umweltaktivist Bill McKibben gründet die weltweite Klimaschutzorganisation 350.org.

Der Name greift den Gehalt von CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre auf, der nicht überschritten werden darf, soll das 2-Grad-Ziel erreicht werden. Derzeit liegt er drüber – bei 400 Teilchen CO<sub>2</sub> pro Millionen anderer.

## 2009

Der Klimagipfel in Kopenhagen scheitert. Einer der wenigen Lichtblicke: Der Green Climate Fund (GCF) wird gegründet.

Künftig soll ein «REDD+» genannter Mechanismus (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) die Wälder besser schützen. Er steht aber von Anfang an aufgrund seiner Fixierung auf Marktmechanismen und der Nichtbeachtung von Rechten lokaler und indigener Gruppen in der Kritik.

Der Klimagipfel selber brachte ansonsten nur vage Vereinbarungen und ein Versprechen, das bis heute nicht eingelöst wurde: Damit auch ärmere Staaten Klimaschutz, Anpassung und Waldschutz betreiben können, sagen die Industriestaaten den Entwicklungsländern zu, sie finanziell mit immer größeren Beträgen zu unterstützen, ab 2020 dann jedes Jahr mit 100 Milliarden Dollar. So kam es nicht. Das 100-Milliarden-Ziel wird frühestens 2023 eingehalten und vor allem immer wieder durch die Einbeziehung privater Gelder schön-gerechnet. Einer der wenigen Lichtblicke des Weltklimagipfels von Kopenhagen 2009 war allerdings der Beschluss, den Green Climate Fund (GCF) zu gründen. Als multilateraler Fonds ist er ein zentraler Baustein in der internationalen Klimafinanzierungsarchitektur und für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens essentiell.



## 2010

Bei der Weltnaturschutzkonferenz im japanischen Nagoya wird ein globales Abkommen gegen Biopiraterie verabschiedet.

Unternehmen, die sich Heil- und Nutzpflanzen aus Entwicklungsländern holen, auch traditionelles Wissen nutzen, um dann Heilmittel oder andere Produkte herzustellen, die sie weltweit verkaufen, sollen ihren Profit mit den Heimatländern der profitablen Pflanzen künftig «fair» teilen. Ein Beispiel ist der Rooibostee aus Südafrika. Ob es funktioniert? Unklar. Es kommt auf die nationale Umsetzung an. Und oft werden die entsprechenden Verträge nicht öffentlich gemacht. Das größere Problem:

Heute wird dieses Wissen als «digital sequence information» geteilt und unterläuft damit das Nagoya-Protokoll – das ganze System wurde also durch die Digitalisierung überholt. Verhandlungen um Access and Benefit Sharing genetischer Information in digitaler Form (DSI) sind einer der Knackpunkte, die die Verhandlungen um ein Global Biodiversity Framework in Kunming 2022 noch scheitern lassen könnten.

## → 2011

Der atomare GAU in Fukushima.

Im Atomkraftwerk Fukushima Daiichi in Japan schmilzt am 11. März in drei Reaktoren Kernmaterial nach einem Erdbeben und Tsunami. Deutschland steigt endgültig aus der Atomenergie aus – andere Länder nicht.

## 2012

Der Umweltgipfel Rio+20 soll eine weltweite Agenda für Nachhaltigkeit entwickeln.

«Die Zukunft, die wir wollen» lautet der Titel des rund 50-seitigen Abschlussdokuments des Nachhaltigkeitsgipfels «Rio+20», der UN Conference on Sustainable Development, die wieder in Rio stattfindet und von der ein Auftrag ausgeht: eine weltweite Agenda für Nachhaltigkeit zu entwickeln.

Fortan soll die «**Green Economy**» als ein Baustein gelten, eine grüne Wirtschaft, bei der über wirtschaftliche Wachstumsbemühungen nicht die ökologischen Gefahren vergessen werden. Eine Frage seither: Ist es wirklich möglich, das Wirtschaftswachstum von Ressourcenverbrauch und Treibhausgasausstoß zu entkoppeln? Oder muss, wer beides ernsthaft stoppen will, das Wirtschaften des «Immer mehr» infrage stellen?

## 2013

Die Minamata-Konvention will den Ausstoß von Quecksilber eindämmen.

Quecksilber ist hochgiftig, kann zu Lähmungen, Missbildungen, Nervenschäden, auch zum Tod führen.

140 Staaten einigen sich auf die Minamata-Konvention, mit der der Ausstoß des Schwermetalls eingedämmt werden soll.



## 2015

193 Staaten beschließen auf dem UN-Gipfel die Agenda 2030 und die 17 Entwicklungsziele (SDGs).

Es ist ein Fahrplan für eine friedliche Welt, in der extreme Armut und Hunger beendet, Umweltprobleme gelöst, Ungleichheit und Ungerechtigkeit bekämpft und der Klimawandel gestoppt sind. Sie setzen sich dafür **17 Entwicklungsziele**, die Sustainable Development Goals, SDGs. Diese lösten die «Millennium Development Goals» ab, die sich die Vereinten Nationen schon im Jahr 2000 gaben. Die SDGs setzen bisher heute einen Maßstab, sind aber nicht verpflichtend und nicht rechtlich durchsetzbar.

Das Pariser Abkommen steht. Alle Staaten setzen sich eigene Klimaziele, die völkerrechtlich verpflichtend werden.

Im Konferenzgebäude auf dem Pariser Flughafen Le Bourget einigen sich 195 Staaten, die Erderwärmung bis 2100 auf deutlich unter zwei Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen, besser noch auf 1,5 Grad. Alle Staaten setzen sich dafür eigene, nationale Klimaziele, die «National Determined Contributions», NDCs. Sie werden für jedes Land völkerrechtlich verpflichtend. Wie groß die Zusagen sind, ist aber Sache jedes Staates selbst, sonst hätten sich Länder wie China oder die USA nicht darauf eingelassen. Und: In der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts soll die Summe der Treibhausgasemissionen nicht mehr ansteigen, die Staaten wollen gemeinsam nicht mehr produzieren, als das Ökosystem aufnehmen kann, also «**Net-Zero-Emissions**», auch «**Treibhausgasneutralität**» genannt. Weniger Öl, Gas, Kohle verfeuern, weniger Rinder halten, weniger Moore trockenlegen. Wälder sollen aufgeforstet und Moore renaturiert werden. Solche «Nature Based Solutions» sind in der Theorie eine gute Sache, werden aber leider zu häufig mit Kompensationsleistungen und technischen Lösungen kombiniert.

Die Idee von «Netto-null-Emissionen» beflügelt auch diejenigen, die das Klimaproblem mit riskanten und unerprobten Technologien des Geoengineering in den Griff bekommen wollen.

## 2017

Der Gender-Aktionsplan wird beschlossen.

Frauen essen weniger Fleisch als Männer. Sie fliegen seltener auf Dienstreisen. Sie fahren weniger und seltener protzige Autos. Frauen tragen weniger zu den Treibhausgasen bei. Die Arbeit von Frauen wird schwerer, etwa wenn durch Dürren die Wege zum Wasserholen länger werden. Frauen sind oft stärker auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen, die Verkehrswende weg vom Auto hin zu Bus und Bahn kommt aber wenig voran. Männer und Frauen sind nicht gleichberechtigt, in der Klimapolitik schon gar nicht. Klimapläne

werden nicht daraufhin abgeklopft, wer profitiert. Frauen haben bei den internationalen Verhandlungen weniger zu sagen als Männer. Darauf weist das internationale Frauennetzwerk Gender CC – Women für Climate Justice immer wieder hin. 2017 wird dann ein **Gender-Aktionsplan** zu der Konvention zum Klima, auf die sich der Erdgipfel 1992 geeinigt hatte, verabschiedet. Auch nach dem Pariser Klimaabkommen sollen die «Gleichstellung der Geschlechter, die Stärkung der Rolle der Frau und die Gerechtigkeit zwischen den Generationen» geachtet werden. Frauenanteil in den Gremien zum Beispiel auf der Weltklimakonferenz 2019: im Schnitt 33 Prozent und damit sogar unter dem Niveau der Verhandlungen ein Jahr zuvor.

## → 2018

Greta Thunberg beginnt ihren Streik.

Die Schwedin – sie ist 15 Jahre alt – setzt sich vor den Reichstag in Stockholm, allein mit einem Schild: «Skolstrejk för klimatet». Aus ihrem «Schulstreik für das Klima» entsteht **Fridays for Future**: Weltweit lassen Schüler:innen freitags die Schule ausfallen, um mehr Klimaschutz einzufordern. Der Druck auf Regierungen nimmt zu.

## 2021

Klimaklagen haben Erfolg.

Der Ölkonzern Shell wird in Den Haag dazu verurteilt, seinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2030 im Vergleich zu 2019 um 45 Prozent zu verringern. Geklagt hatten Umweltschützer:innen. Sechs Jahre zuvor hatte ein Gericht erstmals mehr Engagement für Klimaschutz per Urteil verlangt – von der niederländischen Regierung. Damals hatte die Umweltinitiative Urgenda geklagt.

## 2022

Vertreter:innen aus aller Welt einigen sich im März bei einer UN-Umweltkonferenz im kenianischen Nairobi, den Plastikmüll an Land und in den Meeren zu bekämpfen.

Innerhalb der nächsten zwei Jahre soll dazu ein rechtsverbindliches internationales Abkommen ausgehandelt werden – ähnlich dem Pariser Klimaabkommen mit nationalen Aktionsplänen und einem Mechanismus zur finanziellen Unterstützung von Staaten, die Hilfe bei der Eindämmung der **Plastikverschmutzung** brauchen. Das Problem hat Gewicht. 35 000 Eiffeltürme würden genauso viel wiegen wie aller Plastikmüll, der allein 2019 in der Welt produziert wurde, rechnet die Industrieländerorganisation OECD vor – 353 Millionen Tonnen. Damit hat sich der Plastikmüll innerhalb von nur 20 Jahren verdoppelt. Und nur der geringste Teil des Plastikmülls wird recycelt: 9 Prozent. Der Rest kommt auf Deponien, wird verbrannt oder landet irgendwo und treibt über Flüsse in die Meere.

Die Weltgemeinschaft will ein neues globales Abkommen zum Schutz von Biodiversität verabschieden.

Das sogenannte Global Biodiversity Framework (GBF) soll die Aichi-Ziele ablösen und bei der COP 15 in Kunming beschlossen werden. Aufgrund der Pandemie wurde die Konferenz aber schon mehrere Male verschoben. Der Auftakt fand im Oktober 2021 in Kunming statt – aber unter Ausschluss der breiteren internationalen Öffentlichkeit. Seit März 2021 laufen die Verhandlungen um das GBF wieder mit physischen Treffen. Der Ausgang ist ungewiss.

«Regierungen dürfen nicht nur die Kunststoffkrise betrachten. Sie müssen vor allem die Zusammenhänge zwischen Kunststoffen, Klimakatastrophe und Gesundheitsschutz für Mensch und Tier angemessen einordnen.»



Jane Patton



Erstickt, stranguliert, verhungert: Über eine Million Tiere sterben jährlich an Plastikmüll im Meer

## Warum Plastik mit seinem globalen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck die Kohle bald in den Schatten stellen wird

Text: Jane Patton

Kunststoffe sind giftige Schadstoffe, die aus den Abfällen und Nebenprodukten der Öl- und Gasindustrie hergestellt werden. Wie ihre fossilen Ausgangsstoffe haben auch Kunststoffe eine belastete Geschichte, die auf einem schmerzhaften Erbe von Kolonialismus, Ausbeutung und Umweltzerstörung beruht. Erst letzten Monat haben die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen einen wichtigen Schritt unternommen, um koordiniert gegen die Plastikverschmutzung vorzugehen.

Nach Jahrzehnten des Rohstoffabbaus und der Industrialisierung kam die Welt im Jahr 1972 in Stockholm und dann noch einmal 20 Jahre später in Rio zusammen, um die negativen Auswirkungen der menschlichen Entwicklung auf unsere gemeinsame Umwelt zu erörtern. Auch wenn in den Ergebnisdokumenten dieser Zusammenkünfte das Thema Plastik kaum erwähnt wird, enthielten sie doch bereits die Grundlagen für den künftigen Umgang mit dem Kunststoffproblem: Es war ein Aufruf, die grenzüberschreitenden Abfallströme zu beenden, den Gerechtigkeitsaspekt beim Kampf gegen die Verschmutzung zu beachten und den Schutz der Umwelt vor dem menschlichen Fortschritt global zu koordinieren.

In der Zwischenzeit ist die jährliche weltweite Kunststoffproduktion von 50 Millionen Tonnen in den 1970er Jahren auf fast 400 Millionen Tonnen angestiegen. Fast die Hälfte dieser Produktion entfällt auf Verpackungen, ein Großteil davon für Logistik und Transport, die Verbraucher\*innen nie zu Gesicht bekommen. Trotz jahrzehntelanger Marketingbemühungen der Kunststoffindustrie, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die richtige Entsorgung gebrauchter Kunststoffe zu lenken, gelingt Kunststoffrecycling nicht wirklich.

Es gibt immer mehr Nachweise für die toxischen Auswirkungen von Kunststoffen auf die menschliche Gesundheit, während sich Plastikmüll und Plastikgranulat weiterhin in der Umwelt ansammeln. Inzwischen ist bekannt, dass der globale CO<sub>2</sub>-Fußabdruck des Lebenszyklus von Plastik den von Kohle bald in den Schatten stellen wird. Chemikalien, die das Hormonsystem schädigen, und «ewige Chemikalien» in recycelten Kunststoffen drohen den Mythos des Kreislaufwesens von Kunststoffen zu entlarven.

Doch noch ist Zeit, der Plastikverschmutzung und ihren toxischen Auswirkungen ein Ende zu setzen. Im März einigten sich Regierungen und Interessengruppen darauf, über die nächsten zwei Jahre ein neues rechtsverbindliches Abkommen über Kunststoffe auszuhandeln. In den kommenden Monaten werden hierzu wichtige Entscheidungen fallen, einschließlich einer Definition des zu lösenden Problems. Denn entscheidend ist hier, dass Regierungen nicht nur die Kunststoffkrise betrachten, sondern dass in dem neuen Vertragswerk vor allem auch die Zusammenhänge zwischen Kunststoffen, Klimakatastrophe und Gesundheitsschutz für Mensch und Tier angemessen eingeordnet werden. Aufbauend auf den Erfahrungen des Pariser Abkommens müssen wir dafür sorgen, dass die wesentlichen Bestimmungen des neuen Vertrags verbindlich sind und dass die Länder gemeinsam darauf hinarbeiten.

Denn wir haben weder Zeit noch Ressourcen zu vergeuden.

Jane Patton ist Kampagnenmanagerin für Kunststoffe und Petrochemikalien beim Center for International Environmental Law.



Barbara Unmüßig, lange Jahre Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, und Carla Reemtsma, Klimaaktivistin und Sprecherin von Fridays vor Future, treffen sich in Berlin zum Gespräch. Barbara Unmüßig war vor 30 Jahren Beobachterin der Rio-Konferenz und leitete die Gruppe der aus Deutschland nach Rio angereisten Nichtregierungsorganisationen. 30 Jahre später stellen Barbara Unmüßig und Carla Reemtsma sich gegenseitig Fragen. Umweltbewegungen, wie waren sie damals, am Beginn des Rio-Prozesses, und wie sind sie heute? Ein Gespräch auch über Zeiten, in denen es täglich neue Kriegsoffer gibt, und die Abhängigkeit von Rohstoffen, die der Politik das Handeln diktiert.

«Sich regelmäßig neu zu erfinden, das ist die Stärke von sozialen Bewegungen.»

Carla Reemtsma



Fotografie: Stephan Röhl

**Barbara Unmüßig:** Für mich sind die Bilder der Zerstörung, der Gewalt und der Brutalität kaum auszuhalten. Mich haben auch schon die Bilder aus Syrien total verstört. Heute weiß ich, dass mit diesem Krieg in der Ukraine unsere Illusion von einer europäischen Friedensordnung passé ist. Putin geht mit diesem Angriffskrieg gnadenlos gegen die Zivilbevölkerung vor. Und was natürlich auch deutlich wird, ist, dass Putin seine Militärmaschinerie und seine Kriegskasse, auch die laufende, auffüllt, indem er fossile Energien verkauft. Vor allem auch an uns, an Deutschland. Carla, das geht auch Fridays vor Future an: Wie geht ihr mit diesem Thema um?

Carla Reemtsma: Für uns war es ein Schock! Da ist ein Krieg! Der ist sehr, sehr nahe und beherrscht alles. Und klar stellen wir uns die Frage: Wie kann man überhaupt noch über Klima sprechen in Zeiten eines Krieges mitten in Europa? Das beschäftigt uns sehr. Aktivist\*innen und Aktivistinnen aus der Ukraine haben uns, Fridays for Future, gebeten, weltweit Proteste zu organisieren. Wir haben den Aufruf der Aktivist\*innen aus der Ukraine ernst genommen, um klarzumachen: Dieser Krieg muss enden! Aber auch in diesen Zeiten, in denen man natürlich immer zuerst an die Menschen denkt, die von dem Krieg vor Ort betroffen sind, die auf der Flucht sind, in diesen Zeiten ist es trotzdem richtig, auch die energiepolitische, die energiewirtschaftliche Dimension dieses Krieges mit aufzuzeigen. Nicht nur diesem Krieg in der Ukraine, sondern auch anderen kriegerischen Auseinandersetzungen lag und liegt Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zugrunde. Das müssen wir aufzeigen, und darüber müssen wir sprechen. Wenn wir jetzt wieder auf die Straße gehen, dann gehen wir auf die Straße für eine konsequente 1,5-Grad-Politik,

aber auch für eine Politik, die ein Ende dieses Krieges bedeutet, die auch ein Ende der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, insbesondere aus Russland, bedeutet.

**Mir gefällt, dass ihr den Zusammenhang herstellt: wie sehr fossile Energien schon immer auch Ursache von Krieg und Konflikten waren. Ich finde es sehr gut, dass ihr konsequent sagt: Frieden und Klimagerechtigkeit gehören zusammen. Dieser Konflikt, der Krieg jetzt, die Abhängigkeit, macht überdeutlich, dass die radikale Antwort sein muss: beschleunigter Ausbau erneuerbarer Energien und weniger Verbrauch insgesamt. Fridays for Future zeigt den Zusammenhang auf: Was haben Rohstoffe und fossile Rohstoffe mit Gerechtigkeit und Frieden zu tun?**

Ich glaube, dass Klimaschutz nicht nur heißt: Wir ersetzen die eine Technologie durch eine andere, sondern dass Klimagerechtigkeit auch immer bedeutet, Menschen vor solche Profite, vor solche Machtansprüche zu stellen.

**Als 1992 die Rio-Konferenz stattfand, war der Ost-West-Konflikt fast am Ende. Der Eiserner Vorhang war gerade gefallen, und die UNO selbst hat mit großem Selbstbewusstsein für sich den Anspruch erhoben: Jetzt wenden wir uns endlich den großen globalen, sozialen und ökologischen Aufgaben zu. Da stand natürlich schon die Zerstörung der Umwelt und Armut und wie wir sie bekämpfen stark im Vordergrund. Die Konferenz in Rio war der Auftakt für weitere große UN-Konferenzen zu sozialer Gerechtigkeit, Menschen- und Frauenrechten. Alle hofften auf die Friedensdividende. Zum ersten Mal waren diese Themen nicht mehr durch den Ost-West-Konflikt gestört, Zusammenarbeit sollte im Zentrum stehen. Das war die große Hoffnung**

Wie sind Sie damals überhaupt dazu gekommen?

# «Ich bleibe optimistisch. Solange wir auf die Straße gehen und kämpfen können, werden wir auch etwas verändern.»

Barbara Unmüßig

Ich habe schon während des Studiums begonnen, mich mit Nord-Süd-Gerechtigkeit, mit internationalen Themen wie Armut und Gerechtigkeit auseinanderzusetzen. Ich bin Repräsentantin einer neueren Internationalismusbewegung, die sich mehr mit strukturellen Ursachen von Armut und Umweltzerstörung auseinandergesetzt hat und sehr kritisch gegenüber klassischer Entwicklungshilfe war. Warum gibt es Armut? Warum gibt es Hunger? Was konstituiert Ungleichheit im globalen Maßstab? Da bin ich sehr schnell und sehr früh auch bei Fragen der Weltwirtschaft gelandet. Wie sind wir als reicher Norden mitverantwortlich für die Ausbeutung menschlicher und natürlicher Ressourcen? Deswegen habe ich schon Mitte der 80er Jahre begonnen, mich mit Umweltgerechtigkeit und Fragen der Klimagerechtigkeit auseinanderzusetzen. Daher war für mich eigentlich klar: Diese Rio-Konferenz, die Umwelt und Entwicklung zusammen denkt, ist für mich der Ort, wo ich vernetzen möchte, wo ich Perspektiven aus dem globalen Süden zu uns bringen will, wo ich mich vor allem auch mit dem Gerechtigkeitsthema im Umweltkontext und mit Alternativen zur damals stark neoliberal orientierten Weltwirtschaft auseinandersetzen wollte.

Das finde ich superspannend. Heute reden wir nach langer Zeit wieder mehr über Klimagerechtigkeit, nicht mehr nur über Klimaschutz. Da finde ich, als viel jüngere Person, es spannend zu hören, dass vor vielen Jahren dieser globale, klima- und umweltpolitische Gerechtigkeitsaspekt, über den wir heute als Aktivist\*innen vielleicht reden, der aber in unserem gesamtpolitischen Spektrum eher weniger vorkommt, schon im Zentrum stand. Wie ist es dazu gekommen?

In Rio haben die Industrieländer die Hauptverantwortung für die damals deutlich erkennbare globale Umweltzerstörung übernommen. In der verabschiedeten Rio-Erklärung gab es den Hinweis,

dass unser Konsum- und Produktionsmodell nicht globalisierbar sei. Das Verursacher- und Vorsorgeprinzip wurde dort verankert. Nach Rio stellte sich heraus, dass auf der einen Seite viel über Nachhaltigkeit geredet wurde und auf der anderen Seite aber die ökonomische Globalisierung weiter vorangetrieben wurde. Sinnbild dafür ist die Gründung der Welthandelsorganisation WTO 1994/95. Diese neoliberale Globalisierung mit weiterer Entfesselung der Finanzmärkte, mit weiterer Liberalisierung hat letztlich das Gegenteil von Nachhaltigkeit entstehen lassen. Gesiegt hat eine kurzfristige, profitorientierte, auf Geschäftemacherei ausgerichtete Ökonomie.

Die Folge: Trotz in Rio verabschiedeter Klimarahmenkonvention sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen drastisch angestiegen. Zum globalen Süden muss ich sagen, dass wir erlebt haben, dass es eine Art Interessenidentität der globalen Eliten gab. Die ökonomischen, die politischen Eliten des globalen Südens wollten eigentlich nichts anderes, als auch ein Stück des großen globalen ökonomischen Kuchens haben. Dieses Nachdenken darüber, was dieses Wirtschaftsmodell mit unserem Planeten macht, ist abgedrängt worden. Es wurde zu kosmetischem Umweltschutz, zu technischem Umweltschutz. Das grundsätzliche Nachdenken darüber, was dieses Wirtschaftsmodell mit unserem Planeten macht, ist fast verschwunden. Es gab Geld und Technologietransfers für den globalen Süden, und bei uns hat sich die Hoffnung, alleine technischer Umweltschutz wird es richten, ziemlich breitgemacht. Unser Ansatz war immer: Der Norden muss abgeben, damit im globalen Süden Menschen in Würde leben und gut leben. Armut bekämpfen ja, aber nicht mit der gleichen Industrialisierungspolitik wie bei uns.

**Weißt du, Carla, das ist für mich bitter: Ich habe Jahrzehnte diesen Satz gehört. Die, die den Klimawandel nicht verursacht haben, werden am meisten unter ihm leiden, unter den Stürmen, unter den Überflutungen usw. Carla, was bedeuten euch eigentlich überhaupt noch Konferenzen und Rahmenkonventionen?**

Das ist tatsächlich eine große Herausforderung für uns als Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten, wie gehen wir mit Klimakonferenzen und Konventionen um? Gerade die Weltklimakonferenz im vergangenen Herbst in Glasgow war ein gutes Beispiel dafür. Es war eigentlich ein ganz wichtiger Teil, dass Menschen aus den am stärksten betroffenen Regionen dort sein konnten, dass Vertreter indigener Gruppen auch anwesend waren und ihre Perspektive und ihre Stimme erhoben haben. Viele unserer Aktivist\*innen aber waren fast traumatisiert nach der Konferenz. Sie haben sich die Frage gestellt: Können wir eigentlich jemals wieder zu so einer Konferenz gehen, wenn immer noch Menschen ausgeschlossen werden von den relevanten Verhandlungen, wenn weiße Aktivist\*innen einen Raum bekommen, aber gerade diejenigen, die am meisten betroffen sind, nicht. In der Berichterstattung im Nachgang zu dieser Konferenz wurde beispielsweise gesagt: Wir haben doch das und das erreicht, und es wurde überhaupt nicht thematisiert, dass das weit vom eigenen Anspruch entfernt war und ist. Beispielsweise von der Frage: Wie machen wir gerechte 1,5-Grad-Politik? Wir haben bis heute keine vernünftigen Finanzierungsinstrumente, die die Länder des globalen Südens unterstützen in dem Moment, wo sie die Folgen der Klimakrise spüren.

Das ist unser Dilemma:

Die Konferenzen sind politische Orte, hier werden wichtige Dinge besprochen, wichtige Dinge entschieden. Sich all diesen institutionellen Prozessen zu entziehen, weil man das Gefühl hat, sie sind falsch, löst das Problem auch nicht. Am Ende sitzen wir nur in unserer WG-Küche und nichts ändert sich. Glauben Sie, dass man aus Rio, aber auch aus den Prozessen, die Sie danach beobachtet haben, etwas mitnehmen kann, um Fragen der Gerechtigkeit wieder mehr ins Zentrum zu stellen?

**Aus meiner Sicht haben die Industrieländer überhaupt nicht umgesteuert und die Länder des globalen Südens stark an ihren Vorstellungen festgehalten: Wir müssen uns erst entwickeln dürfen, damit wir mit unseren Wachstumsraten, mit unserer Entwicklung irgendwie genug zum Umverteilen haben, um danach Leute aus der Armut zu holen. Das ist nicht mein Denkmodell, weil es andere Wege gibt, Menschen aus der Armut zu holen, als das nördliche Industriemodell zu kopieren. Das hat letztlich verhindert, grundsätzlicher und substanzieller gemeinsam und in einem globalen Kontext darüber nachzudenken, dassw «Weiter-so», wie es der Norden praktiziert, eben nicht globalisierbar ist. Deswegen sitzen wir jetzt auch in dieser dicken, fetten Falle, auf eine 3- bis 4-Grad-Welt zuzusteuern, wenn wir nicht komplett aussteigen aus den Fossilien. Das grundsätzliche Nachdenken über ein anderes Wirtschaften hat nicht stattgefunden. Stattdessen waren die Leitlinien: Wir schaffen das mit Technologie – Wir schaffen es mit Umweltschutz – Wir schaffen es mit Finanztransfers. Das ist einfach bitter, denn in den Dokumenten stand ganz klar: Wir können so nicht weitermachen.**



Fotografie: Stephan Röhl



**Ich habe erlebt, wie sich soziale Bewegungen, auch die Anti-AKW-Bewegung und die Umweltbewegung in Deutschland, stark verändert haben. Sie wurden zu NGOs; sie professionalisierten sich. Das ist ja nichts Schlechtes, hat aber auch einen Preis. Mich würde interessieren, was deine Vorstellungen sind, was eine Bewegung ausmacht, und an welchem Punkt ihr jetzt steht mit Fridays?**

Ich glaube, das ist eine der grundsätzlichen Herausforderungen sozialer Bewegungen: Wie kann man auf Veränderungen hinarbeiten und auch noch langfristig den Druck hochhalten.

Es ist richtig, dass es bestimmte NGOs gibt, die aus der Umweltbewegung entstanden sind. Das kann eine soziale Bewegung niemals leisten, die Leute arbeiten ehrenamtlich in ihrer Freizeit. Da kann sich niemand tage-, wochenlang mit z.B. Moorschutzstrategien auseinandersetzen. Das funktioniert gar nicht.

Fridays for Future ist nicht die Klimagerechtigkeitsbewegung an sich. Bei uns etablieren sich immer wieder neue Akteurinnen und Akteure. Das kann im Braunkohletagebau sein, Aktivist\*innen, die Bagger besetzen, das kann Extinction Rebellion sein, der Aufstand der letzten Generation, aber auch Klimalist\*innen, Kleinstparteien. 2018 gingen die ersten Leute bei Klimastreiks mit Fridays For Future auf die Straße. Heute gibt es ein viel größeres gesellschaftliches Bewusstsein für Klimapolitik als noch vor einigen Jahren. Im Bundestagswahlkampf haben sich alle demokratischen Parteien zum 1,5-Grad-Ziel bekannt. Da braucht es vielleicht neue Akteure, die andere Antworten geben können. Sich regelmäßig neu zu erfinden, ist die Stärke von sozialen Bewegungen.

**Seid ihr von Fridays for Future darauf schon vorbereitet? Ihr habt ein Büro. Ihr habt Leute, die sprechen.**

Wir haben kein Büro.

**Wo arbeitest du?**

In meinem WG-Zimmer.

**Aber ihr habt doch Strukturen, innerhalb derer ihr euch absprecht? In irgendeiner Form müsst ihr euch doch auch darum kümmern: Für wen sprecht ihr? Wie lautet eure Botschaft?**

Natürlich haben wir Strukturen. Wir sind basisdemokratisch organisiert. Wir haben mehrere hundert Ortsgruppen in Deutschland. Die treffen sich meistens einmal pro Woche. Wir organisieren einerseits die Proteste für die globalen Klimastreiks und auch lokale Projekte. Gleichzeitig gibt es bundesweite Strukturen, die in Arbeitsgruppen organisiert sind. Da kann grundsätzlich jeder mitmachen. Aber wir haben zum Beispiel eine Finanzarbeitsgruppe, eine Pressearbeitsgruppe. In der Pressearbeitsgruppe wird auch über Botschaften gesprochen. Was sagen wir beim nächsten Klimastreik? Wie gehen wir ganz akut mit dem Krieg in der Ukraine um?

**Was macht ihr, wenn es ganz konträre und widersprüchliche Positionierungen gibt?**

Es gibt natürlich immer Dissens. Das ist ganz normal. Es gibt Dinge, über die einfach abgestimmt wird. Wir sind eine breite soziale Bewegung. Leute, die zu unseren Protesten kommen oder sich bei uns organisieren, sind teilweise Mitglieder bei der Jungen Union und andere sind bei der Links-Jugend. Das Meinungsspektrum geht sehr weit. Da ist es manchmal eine echte Herausforderung, sich auf eine Botschaft zu einigen.

**«Da ist wieder dieser krasse Mechanismus, ein riesiges politisches Problem zu individualisieren und zu entpolitisieren.»**

Carla Reemtsma

Fotografie: Stephan Röhl

**Fridays for Future ist stark geworden durch die Schüler\*innen-Mobilisierung. Die, die ihr 2018 mobilisiert habt, die haben jetzt ihr Abi schon in der Tasche. Wie schafft ihr es, die Mobilisierung aufrechtzuerhalten? Weiterhin über die Schulen, oder macht ihr das nicht mehr?**

Wir mobilisieren immer noch stark in den Schulen, dort ist immer noch ein Hauptteil der Aktivist\*innen, die bei uns organisiert sind. Es sind noch viele Schülerinnen und Schüler, die zu den Protesten kommen. Gleichzeitig sehen wir aber auch, dass sich – das hat schon 2019 angefangen – das Spektrum der Menschen, die zu den Protesten kommen, deutlich verbreitert hat. Im September 2019 haben wir weltweit gestreikt. Motto des Protestes war: Alle fürs Klima. Natürlich stehen Schülerinnen und Schüler im Vordergrund. Gleichzeitig ist klar: Wir brauchen alle auf den Straßen. Wir hatten ein ganz großes Unterstützer\*innenbündnis, teilweise mit Gewerkschaften zusammen, mit Wohlfahrtsverbänden, nicht nur den klassischen Umweltorganisationen. Man hat gemerkt: Die Zusammensetzung bei den Protesten hat sich verändert. Es sind mehr erwachsene Menschen dabei, wir sind auch in der Breite gewachsen. Für junge Menschen ist es schwierig, Orte zu finden, wo man politisch aktiv sein kann. Deswegen ist für uns klar, dass die Proteste weiter vor allen Dingen von jungen Leuten getragen werden.

**Nun sind die Grünen wieder Teil der Regierung, und für sie ist vor allem der Umgang, auch als ursprünglich pazifistische Partei, mit einem Krieg sehr schwierig. Dieser Krieg muss so schnell wie möglich beendet werden. Aber ich habe auch Hoffnung, dass dieser Krieg die Augen öffnet, dass man sich niemals mehr so von einzelnen Regimen abhängig machen darf für die Lieferung so spezifischer Rohstoffe wie Gas und Öl und Kohle. Öl und Kohle sind zu ersetzen, das sagen alle. Wie schnell das mit dem Gas geht, weiß ich nicht. Ich hoffe wirklich, dass in der Bevölkerung dieses Bewusstsein massiv gewachsen ist, dass wir diesen Einstieg in die Erneuerbaren brauchen. Vielleicht dämmert es auch, dass wir aus diesen Mehrfachkrisen nur herauskommen, wenn wir nicht mehr so im Wohlstand schwelgen wie bisher. Es muss auch mit weniger gehen.**

Das wirkt auf eine gewisse Art skurril bis hilflos, weil es zeigt: Wir sind in dieser Situation, weil wir es vor Jahrzehnten nicht geschafft haben, die Situation zu verändern. In dem Moment, wo die Grünen in die Regierung gekommen sind, sind sie ein Rädchen im System geworden. Aber eigentlich müsste man sich gegen so vieles sträuben, müsste Dinge infrage stellen, was man aber in den Prozessen, in denen man plötzlich steckt, gar nicht kann. Das ist ja auch der größte Vorwurf, der gerade von klimabewegten Menschen an die Grünen geht, dass sie es schaffen, ganz viel als Erfolg zu verkaufen und zu sagen: Wir lösen jetzt die Dinge. Ein Beispiel:

Thema Importstopp: Hier wird die Debatte total rückschrittlich geführt. Der Aufruf lautet: Dreht alle eure Heizung runter und duscht kalt gegen Putin, obwohl doch klar ist: Das ist keine langfristige Lösung. Wenn wir über Energie einsparen reden, müssen wir auch über energieintensive Industrien reden: Was wollen wir eigentlich noch produzieren? Welche Sachen sind gerade nicht grundsätzlich notwendig in unserer Gesellschaft? Damit es am Ende nicht wieder bei allen Bürgerinnen und Bürgern ausgetragen wird, gerade bei Menschen mit geringem Einkommen, die am stärksten unter den Preissteigerungen leiden. Da ist wieder dieser krasse Mechanismus, ein riesiges politisches Problem zu individualisieren und zu entpolitisieren.

**Für mich sind dabei drei Dinge wichtig: Wenn es um Umverteilung geht oder um Kompensation für diejenigen, die sozial von Preissteigerungen im Energie- und Lebensmittelbereich am stärksten betroffen sind, dann muss bei denjenigen das Geld auch ankommen, die es dringend brauchen. Diese Ampelkoalition ist eine schwierige Konstellation. Da muss man sich aber auch in dieser Koalition hinstellen und sagen: Mit uns geht das nicht. Wir möchten ein Klimageld oder ein Bürger\*innengeld, das nicht wie die Gießkanne funktioniert, sondern die, die es am meisten brauchen, begünstigt. Das Zweite ist, so schnell wie möglich raus aus den Fossilen und Ausbau der Erneuerbaren. Die große dritte Herausforderung ist der Umgang mit dem Hoffnungsträger Wasserstoff. Ich würde mir sehr wünschen, dass auch ihr das Thema Wasserstoff im Fokus habt. Wir werden diesen Wasserstoff aus Nordafrika holen, aus Lateinamerika. Es muss unsere gemeinsame Aufgabe sein, dafür Sorge zu tragen, dass das unter Bedingungen geschieht, die sozial gerecht und ökologisch verträglich sind. Wasserstoff braucht massive Wassermengen. Die Erneuerbaren brauchen Rohstoffe ohne Ende. Wir reden hier auch über Seltene Erden. Wir reden über Lithium. Wir sind zu über 90 Prozent von Seltenen Erden aus China abhängig. In welche neuen Abhängigkeiten geraten wir denn da?! Transformation ist per se nicht sozial. Sie ist auch per se nicht ökologisch. Auch ein Transformationsprozess muss sozial und ökologisch gestaltet werden.**

Ich glaube, das bewegt auch viele junge Menschen gerade. Diese Systemfragen stellen sich bei uns viel deutlicher als früher. Können Sie jungen politischen Menschen einen Ratschlag mitgeben?

**Wer sich mit Ökologie und sozialer Gerechtigkeit auseinandersetzt, kommt gar nicht drum herum, kritische Fragen an die kapitalistische Produktionsweise zu stellen. Ich habe nie aufgehört, mir diese Fragen zu stellen. Ich habe dann vor allem versucht, pragmatische Antworten zu finden: Wir müssen jetzt, hier und heute Fehlentwicklungen verhindern und dramatische Ungerechtigkeiten vermeiden. Ich bleibe aber optimistisch, weil, wie du sagst, Carla, es immer wieder neue Bewegungen geben wird. Solange es Spielräume für demokratische Artikulation gibt, solange wir auf die Straße gehen und kämpfen können, werden wir auch etwas verändern. Jede Gesellschaft braucht Leute, die sosehr der politische Kompromiss notwendig ist, ihn auch immer wieder infrage stellen. Das finde ich gut an euch.**

Barbara Unmüßig war bis zum April 2022 Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

Carla Reemtsma ist Klimaschutzaktivistin und Mitorganisatorin des Schulstreiks Fridays for Future in Deutschland. Als Sprecherin vertritt sie die Bewegung bundesweit und in der medialen Öffentlichkeit.

Das Gespräch moderierte Dagmar Seitzer, ehemalige Hörfunk- und TV-Journalistin. Heute arbeitet sie als Politikberaterin und Coach in Berlin.

## Von der Hoffnung zum Frust – vom Frust zur Hoffnung

Nach Rio 92 erstarkten zivilgesellschaftliche Organisationen auch in Brasilien in einem nie da gewesenen Ausmaß. Die rechtsextreme Regierung Bolsonaro erklärte sie wieder zum Feind, marginalisierte und kriminalisierte sie. Doch das Wahljahr 2022 könnte eine Wendung bringen und Themen wie Umwelt, Klima und Biodiversität wieder auf die politische Agenda setzen.

**Text: Marilene de Paula, Marcelo Montenegro, Annette von Schönfeld**

1992: Brasilien hatte die Militärdiktatur gerade hinter sich gelassen, massive Demonstrationen hatten zu Direktwahlen im Jahr 1989 und schließlich zu einer neuen, fortschrittlichen Verfassung geführt: Dieses Brasilien, das Land mit dem größten zusammenhängenden Regenwaldgebiet der Welt, Amazonien, war Gastgeber der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung.

In Europa war die Berliner Mauer gefallen. Umweltbewegungen gewannen weltweit an Bedeutung, erste grüne Parteien entstanden. In den Ländern des globalen Südens gründeten sich zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, die nicht länger assistentialistisch, sondern menschenrechtsorientiert und an strukturellen Veränderungen arbeiten wollten, finanziert im Rahmen internationaler Solidarität von nichtstaatlichen Akteur\*innen im Norden.

Die Rio-Konferenz 92 zu Umwelt und Entwicklung war in der UNO der Auftakt für eine völlig neue Beteiligung der Zivilgesellschaft. 1400 Nichtregierungsorganisationen nahmen teil, beim alternativen Treffen der zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen, dem Globalen Forum, arbeiteten 7000 an alternativen «Verträgen»; zum ersten Mal nahmen NGOs Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung verabschiedeter Dokumente. Ähnlich prominent war die Zivilgesellschaft auch beim Weltsozialgipfel in Kopenhagen vertreten, ebenso bei der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 und der Konferenz gegen Rassismus und Intoleranz in Durban 2001.

Die Zivilgesellschaft kritisierte vor allem die Auswirkungen der Austeritätspolitik auf die Menschenrechte und für die Folgen für die Umwelt. Sie wollte der neoliberalen Logik und der Merkantilisierung des Lebens alternative Vorstellungen von Entwicklung entgegensetzen. So organisierte die brasilianische Zivilgesellschaft 2001 das erste Weltsozialforum in Porto Alegre unter dem Motto «Eine andere Welt ist möglich.» Es kamen 20000 Menschen aus 117 Ländern –

Aktivist\*innen, Intellektuelle, Künstler\*innen und Politiker\*innen. Diskutiert wurden kollektive Auswege aus der neoliberalen Globalisierung und Lösungen, um soziale Ungleichheit und Armut zu bekämpfen. Das Forum war ein Riesenerfolg. Sein Motto wurde zum Slogan der globalisierungskritischen Bewegung weltweit. Zeitgleich kamen in vielen lateinamerikanischen Ländern Mitte-links-Regierungen an die Macht, unter ihnen, 2002, Lula in Brasilien. Die Zivilgesellschaft hatte seine Wahl stark unterstützt. Sie griff die Anliegen der Schwarzen, der Landlosen, der Frauen, der Indigenen sowie der Umweltorganisationen auf und trug sie an die neue Regierung heran. Die Entwaldung in Amazonien zu reduzieren, wurde ein zentrales Ziel der Umweltpolitik. Zahlreiche Vertreter\*innen aus NGOs und sozialen Bewegungen wechselten nach 2002 in die Regierung, andere arbeiteten eng mit ihr zusammen.

### Der Geist von Rio sollte auf der Konferenz Rio+20 noch einmal aufleben

Unter dem Vorwand, das Land sei nicht anders zu regieren, weigerte sich die Lula-Regierung allerdings, die Ursachen der Ungleichheit strukturell anzugehen. Gleichzeitig bildeten sich Gruppen und Netzwerke einer erstarkenden, zum Teil extremen Rechten. Im Kontext dieser neuen politischen Konjunktur fand 2012 die UN-Konferenz Rio+20 statt. Der Geist von Rio 92 sollte noch einmal aufleben, aber die Veranstaltung erreichte nicht annähernd dieselbe Relevanz.

Inzwischen hatten sich neue Formen der Kommunikation, Organisation und Mobilisierung entwickelt. Bewegungen wie Occupy waren entstanden. Die traditionellen NGOs, die Erben von Rio 92, taten sich schwer, verpassten den Anschluss an die neuen sozialen Bewegungen. Die neue Zivilgesellschaft, in der unter anderem Kollektive und Bewegungen von Jugendlichen, Schwarzen und Feministinnen stark waren, forderte eine Demokratie, die auch die Peripherie, Rassismus und Ungleichheit in den Blick nahm. Gleichzeitig war sie fragmentierter, weniger organisiert.

Im Juli 2013 gingen in Brasilien Hunderttausende auf die Straße und forderten ihre Rechte ein. Viele Vertreter\*innen von NGOs und traditionellen Bewegungen verfolgten ungläubig die Massenproteste im Fernsehen und fragten sich, warum sie nicht dabei waren. Die Welt hatte sich verändert. Menschen, die sich nicht als links definierten, waren auf der Straße und vernetzten sich.

Die extreme Rechte konnte einen Teil der Unzufriedenen auf ihre Seite ziehen und die durch Korruptionsskandale erodierte Regierung entmachten. Sie regiert in Brasilien seit 2019, demokratisch gewählt. Die kritische Zivilbevölkerung wurde zu ihrem Feind, ihre Möglichkeiten, sich zu beteiligen, systematisch gekappt. Ebenso die Umweltagenda, die bis dahin eine Politik der Anerkennung von Diversität und Respekt gegenüber den traditionellen Völkern gestärkt sowie eine andere Logik der Landnutzung vertreten hatte.

2022 ist Wahljahr in Brasilien. Altpäsident Lula wird gegen den rechtsextremen Amtsinhaber Bolsonaro antreten. Sollte Lula gewinnen, wird es zumindest wieder Raum geben, die Themen von Rio 92, Umwelt, Klima und Biodiversität, zu verteidigen. Ein anderes Ergebnis könnte die Zivilgesellschaft noch stärker kriminalisieren und zersplittern. Die Auseinandersetzung ist noch nicht verloren.

**Marilene de Paula ist Programmkoordinatorin für Demokratie und Menschenrechte im Büro Rio de Janeiro der Heinrich-Böll-Stiftung.**

**Marcelo Montenegro ist Programmkoordinator für Umweltthemen im Büro Rio de Janeiro der Heinrich-Böll-Stiftung.**

**Annette von Schönfeld ist Büroleiterin des Büros Rio de Janeiro der Heinrich-Böll-Stiftung.**

# Nie müde, die Welt zu retten

Einen Wandel können wir nur gemeinsam erreichen, doch es sind immer wieder einzelne Persönlichkeiten, die den Schutz der Umwelt voran treiben. Porträts von sechs besonders Ausgezeichneten.

Texte: Daniela Zinser Illustrationen: Tanya Teibtner



Sie war die Symbolfigur der weltweiten Anti-Atom- und Friedensbewegung und der frühen Grünen, der Partei, die Petra Kelly (1947-1992) mitgegründet hat. Ihr Charisma und ihre emotionalen Reden rissen mit, ihr bedingungsloses Eintreten für Menschenrechte beeindruckte viele. 1980 wurde Kelly in den ersten Bundesvorstand gewählt, ab 1983 war sie Teil der ersten Grünen-Bundestagsfraktion.

Kelly hat ihre Jugend in den USA verbracht und die dortige Bürgerbewegung hat sie geprägt. Auch als Abgeordnete arbeitete sie eng mit internationalen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen zusammen. «Ich bin der festen Überzeugung, dass Menschen grundsätzlich gut sein können und sich ändern werden, wenn sie alle wichtigen Informationen erhalten und in eine Lage versetzt werden, die es ihnen erlaubt, Widerstand zu leisten», sagte die Politikerin. Für ihr Engagement wurde sie 1982 mit dem Alternativen Nobelpreis geehrt. Der Politikalltag im Bundestag jedoch lag ihr nicht. Sie verlangte Sonderrechte, lehnte das Rotationsprinzip ab und überwarf sich mit der eigenen Partei.

1992 wurde Petra Kelly von ihrem Lebensgefährten Gert Bastian erschossen. Die genauen Umstände liegen bis heute im Dunkeln.

# Ein eigener Platz am Tisch

Ein feministischer Blick auf 50 Jahre Umweltpolitik der Vereinten Nationen

Text: Sascha Gabizon

Ich bin ein Kind der 60er Jahre. Das war die Zeit des Vietnamkriegs, als das Pestizid Agent Orange als Kriegswaffe eingesetzt wurde, Böden und Gewässer verseuchte und Kindern irreversible Geburtsschäden zufügte. Es herrschte der Kalte Krieg, eine Zeit der weltweiten nuklearen Aufrüstung, die die nackte Existenz der Menschheit bedrohte. In Indien war es die Zeit der «Grünen Revolution», die endlich die Befreiung von den Fesseln des Kolonialismus brachte. Und zugleich den intensiven Einsatz von Pestiziden und die damit einhergehenden Probleme wie chemische Verschmutzung und Gesundheitsrisiken, wovon Rachel Carlson in ihrem Buch «The Silent Spring» warnte.

Die UN-Konferenz über die Umwelt des Menschen von 1972 in Stockholm ebnete den Weg dafür, dass sich Regierungen endlich mit der menschlichen Gesundheit und den globalen Dimensionen der Umweltverschmutzung befassten. Für die Zivilgesellschaft bot sie die historische Möglichkeit, sich erstmalig in einem parallelen Forum zu engagieren. Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsbewegungen fanden hier wirklich zueinander. Die Konferenz führte zur Schaffung erster umweltpolitischer Maßnahmen der Europäischen Union und zur Einrichtung von Umweltministerien. Einige Jahre später wurde in Deutschland die erste «Grüne Partei» gegründet, unter anderem mit der führenden Ökofeministin Petra Kelly. Auf der nächsten Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (Erdgipfel) 1992 in Rio de Janeiro nahmen nicht nur mehr Regierungen als je zuvor an einer UN-Konferenz teil, sondern es war auch die Zivilgesellschaft zahlreich vertreten. Das «Global Forum» war ein riesiges Strandzeltlager im Flamengo-Park mit Tausenden regierungsunabhängigen Teilnehmenden – ich gehörte zu den wenigen weiblichen Teilnehmerinnen aus Europa, darunter Marie Kranendonk von der WECF, auf Einladung von Planeta Femina (dem Frauenzelt), einer Gruppe von Feministinnen unter

der Leitung von Wangari Maathai (Kenia), Vandana Shiva (Indien), Thais Corral (Brasilien), Chief Bisi Ogunleye (Nigeria) und Bella Abzug (USA). Wir Ökofeministinnen hatten unser eigenes Zelt, wo wir Tag und Nacht an unseren Beiträgen zu den von den Regierungen verhandelten Texten arbeiteten. Bella Abzug (WEDO), selbst Anwältin, hatte zuvor während des Women's Forum for a Healthy Planet in Miami ein «Volkstribunal» organisiert, bei dem Aktivistinnen gegen Umweltverschmutzung und -zerstörung als Angriff auf ihre Menschenrechte «Prozess führten». Es war das erste Mal, dass Menschenrechte und Gleichstellung der Geschlechter zu einer Priorität der Umweltpolitik erklärt wurden (Wendy Harcourt, Irene Dankelman). Der Druck des «Global Forum» trug dazu bei, dass die UN-Konferenz von Rio 92 greifbare Ergebnisse brachte: die Rio-Erklärung mit ihren 27 Grundsätzen, darunter Grundsatz 20 über die uneingeschränkte Beteiligung von Frauen, die Agenda 2021 und die Schaffung der Übereinkommen über Klimawandel und biologische Vielfalt.



↑ Aldo Galeana aus Paraguay ist fünf Jahre alt – und hat Probleme mit seinen Beinen und Hüften. Seine Eltern vermuten, dass seine Erkrankung mit dem Pestizideinsatz auf den umliegenden Feldern zusammenhängt.

← Tacuapy, Guazi, Paraguay: Der Einsatz von Pestiziden auf einem Sojafeld erfüllt die Nachbarschaft mit Sorge.

Fotografie: Jordi Ruiz Cienra / laif

«Das «Global Forum» war ein riesiges Strandzeltlager im Flamengo-Park – ich gehörte zu den wenigen weiblichen Teilnehmerinnen aus Europa»

Zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen wurde die Zivilgesellschaft in ihrer Vielfalt als Gruppe wichtiger Akteure (Major Groups) für die Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklung anerkannt. Planeta Femina hatte sich nachdrücklich dafür eingesetzt, dass Frauen in ihrer ganzen Vielfalt einen eigenen Platz am Tisch bekommen, was zur Anerkennung der Women's Major Group sowie acht weiterer zivilgesellschaftlicher Gruppierungen führte. Planeta Femina leistete auch einen Beitrag zum Kapitel 24 der Agenda 21. Darin geht es um die Rolle der Frauen in der nachhaltigen Entwicklung und die Notwendigkeit, Diskriminierung gegen Frauen in Form von Gesetzen und traditionellen Geschlechterrollen zu beseitigen. Insgesamt enthält die Agenda 21 über 145 Verweise auf die Prioritäten und Rechte von Frauen im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung.

Damals im Jahr 1972 wurde in Stockholm vor allem über das Bevölkerungswachstum und dessen Umweltauswirkungen diskutiert. In Rio 1992 mussten wir hart darum kämpfen, um genau dieses Argument zu entkräften, denn es diente Regierungen als Rechtfertigung drakonischer Maßnahmen zur Kontrolle der reproduktiven Rechte von Frauen, auch in Brasilien selbst, wo Frauen aus indigenen und einkommensschwachen Gemeinschaften oft zur Sterilisation gezwungen wurden. Es gelang uns, den Diskurs zu beeinflussen, indem wir zeigten, dass die Umweltauswirkungen einer Person aus den Vereinigten Staaten zehn- oder sogar tausendfach schwerwiegender sind als die einer Person aus dem globalen Süden (Journal of International Affairs, Ernst U. von Weizsäcker).

In Rio 1992 wurden die wichtigsten Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung vereinbart, darunter das Verursacherprinzip (Nr. 16) und das Vorsorgeprinzip (Nr. 15). Zu oft zahlen die Schwächsten den Preis für die von mächtigeren Unternehmen und Staaten verursachte Umweltverschmutzung. Im selben Jahr, 1992, trat das Basler Übereinkommen in Kraft. Anlass dafür war einer der zahlreichen Verschmutzungsskandale im Abfallhandel, als der Frachter Khian Sea hochgiftige Verbrennungsofenasche aus den Vereinigten Staaten an einem Strand in Haiti abgeladen hatte. Das 1972 in Stockholm eingeführte Vorsorgeprinzip muss immer dann zwingend angewendet werden, wenn der Verdacht besteht, dass die Verschmutzung langfristige, unumkehrbare Auswirkungen hat und das Leben und die Lebensgrundlage von Menschen zerstört. Die «Beweislast» liegt dabei beim Verursacher, nicht bei den Leidtragenden der Verschmutzung. Das Vorsorgeprinzip spielte bei der Entwicklung neuer Umweltverträge wie dem Stockholmer Übereinkommen über chemische Verschmutzung und dem Rotterdamer Übereinkommen eine Schlüsselrolle. Beide verlangen eine vorherige Inkenntnissetzung und Zustimmung, bevor schädliche Produkte wie Asbest in ein Land eingeführt werden dürfen. Eine wichtige Rolle bei der Aushandlung dieser Übereinkommen spielten die indigenen Völker der Arktis, insbesondere Aktivistinnen wie Sheila Watt-Cloutier. Bei uns verwendete persistente organische Schadstoffe (POPs) wie DDT und andere Pestizide und Industriechemikalien wandern zum Nordpol und in andere abgelegene Regionen, wo sie Unfruchtbarkeit, Krebs und andere unheilbare Krankheiten verursachen können.

Dank Rio 92 hat die Umweltpolitik große Fortschritte gemacht. Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über den Klimawandel und die biologische Vielfalt wurden auf den Weg gebracht, und die wichtigsten Grundsätze der Rio-Konferenz wurden in nationale und regionale Rechtsrahmen umgesetzt, z. B. das Verursacherprinzip, das Vorsorgeprinzip und auch Grundsatz 10 über das Recht auf Zugang zu Gerichtsbarkeit, Information und Beteiligung an Umweltangelegenheiten. Dies mündete in der Aarhus-Konvention der UNECE, in deren Verwaltung auch die Zivilgesellschaft vertreten ist. Unsere Kolleginnen vom Black Sea Women's Club im ukrainischen Odessa erschienen mit der Aarhus-Konvention unter dem Arm zu einem Gerichtsverfahren, das sie in ihrer Heimatstadt ange-

strengt hatten, um sich gegen die Verschmutzung ihres Umfelds durch die Ölindustrie zu wehren. Der Richter gewährte ihnen Zugang zu den Umweltinformationen, was ihnen schließlich dabei half, den Prozess zu gewinnen.

Unsere ökofeministische Bewegung hat sich aktiv an der Umsetzung der Ergebnisse der Konferenz von Rio 92 beteiligt. Wir haben dafür gesorgt, dass die Women and Gender Constituency im Klimaverhandlungsprozess offiziell anerkannt wird, und sind somit seit 2006 eine starke zivilgesellschaftliche Interessenvertretung, die aufzeigt, was eigentlich im Mittelpunkt von Klimaprogrammen und -finanzierung stehen sollte: geschlechtergerechte Klimaschutzlösungen unter Einbezug weiblicher Führung und eine Abkehr von Praktiken, die Klima und Umwelt schädigen.

Der Bereich Umwelt und Gesundheit ist für unsere Organisation ein wichtiger Schwerpunkt. Die gesundheitlichen Auswirkungen von Chemikalien, Abfällen und Mineralien wie Quecksilber sind verheerend, da sie oft irreversibel sind und vor allem Kinder betreffen. Das Stockholmer Abkommen zum weltweiten Verbot der gefährlichsten Chemikalien führte dank der Beharrlichkeit der damaligen schwedischen Umweltkommissarin Margot Wallström und der tatkräftigen Unterstützung und des Engagements von Umwelt- und ökofeministischen Organisationen zur EU-Chemikalienverordnung REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restrictions of Chemicals). Und dank der kontinuierlichen Lobbyarbeit der Zivilgesellschaft, nicht zuletzt durch unsere Partnernetzwerke, wurde vor kurzem das globale Übereinkommen zum Verbot von Quecksilber verabschiedet. Dieses Jahr haben die Regierungen auf der UN-Umweltversammlung beschlossen, Verhandlungen über einen globalen Vertrag zur Beendigung von Plastikverschmutzung aufzunehmen.

Warum ist das gerade jetzt so wichtig, am Jahrestag von Stockholm+50? Weil wir jetzt über alle notwendigen wissenschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und technischen Lösungen für einen gerechten Übergang verfügen, um einen totalen Klima- und Umweltkollaps auf unserem Planeten zu vermeiden. Aber obwohl wir dieses Wissen haben, fehlt uns der politische Wille, und wir sehen starken Widerstand gegen Umweltpolitik sowie auch gegen die geschlechtergerechten Prinzipien dieses Übergangs.

Deswegen muss die ökofeministische Bewegung im Juni 2022 in Stockholm stark vertreten sein.

Sascha Gabizon ist internationale Direktorin der Organisation Women Engage for a Common Future (WECF).

Der Umwelt einen Preis zu geben, um sie so zu schützen – dieser Ansatz degradiert Pflanzen, Tiere und Ökosysteme zu Dienstleistern und nimmt dabei insbesondere die «Leistungen» in den Blick, die messbar und «nützlich» sind. Indigenen Völkern ist diese Sicht völlig unverständlich – also gerade denen, die Natur nutzen, ohne sie großflächig zu zerstören.

# Natur als Quelle von Profit?

Text: Thomas Fatheuer

Natur und Ökonomie, das ist eine schwierige Beziehung, und Ökonomisierung der Natur ein Reizthema. Während sie für die einen ein zentraler Hebel ist, um Naturschutz in der Mitte der Gesellschaft zu etablieren, führt sie für die anderen zu einer problematischen Monetarisierung und bereitet einer kapitalistischen Aneignung der Natur den Weg.

Die Debatte wird dadurch nicht einfacher, dass unter der Überschrift Ökonomisierung ganz Verschiedenes verstanden wird. Grob lassen sich zwei Grundlinien ausmachen, die aber oft nicht klar voneinander geschieden sind. Zum einen geht es darum, die verborgenen Leistungen der Natur sichtbar zu machen; so leistet ein gesunder Wald einen wichtigen Beitrag zu sauberem Trinkwasser. Zum andern kann man die Natur selbst wie ein Wirtschaftssystem beschreiben. Hiermit verknüpft sich die attraktive, aber eben problematische Perspektive, Naturschutz zu einer Quelle des Profites zu machen. Das Konzept des «Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation» (REDD) will den Erhalt von Wald monetär so stark belohnen, dass Entwaldung ökonomisch unattraktiv wird.

Der wohl erfolgreichste Ansatz im weiten Feld der Ökonomisierung ist das Paradigma der «Ecosystem Services» (ES), der Dienstleistungen der Ökosysteme. Das 2005 veröffentlichte «Millennium Ecosystem Assessment» (MA), eine Studie der Vereinten Nationen über den globalen Zustand von 24 Schlüssel-Ökosystemen, verhalf ihm zu einem bemerkenswerten internationalen Siegeszug, sowohl in der Sprache der globalen Umweltpolitik wie in der Wissenschaft. Intention des MA war es, die Services der Natur in einer Weise sichtbar zu machen, die auch für Ökonomen verständlich ist. Services, (Dienst-)Leistung, ist ein etablierter Begriff, mit dem sowohl eine breite Öffentlichkeit als auch die Ökonomie etwas anfangen kann.

Nun bedeutet der ES-Ansatz, also die Leistungen der Ökosysteme in den Blick zu nehmen, keineswegs zwingend Monetarisierung, aber er öffnet ihr Tür und Tor. Wir sind ja gewohnt, dass Dienstleistungen etwas kosten. Die meisten Services der Natur sind umsonst, und hier liegt laut ES-Ansatz angeblich das Problem. »We use nature because it's valuable, but we lose it because it's free«, wie es in einer fast schon klassischen Formulierung von Pavan Sukhdev heißt. Er wurde als Banker der Deutschen Bank zum Leiter des internationalen Projekts «The Economics of Ecosystems and Biodiversity» (TEEB). Erklärtes Ziel dieses Projektes ist es, den ökonomischen Wert der Services von Ökosystemen und der Biodiversität erfassbar zu machen, um diese effektiver vor Zerstörung

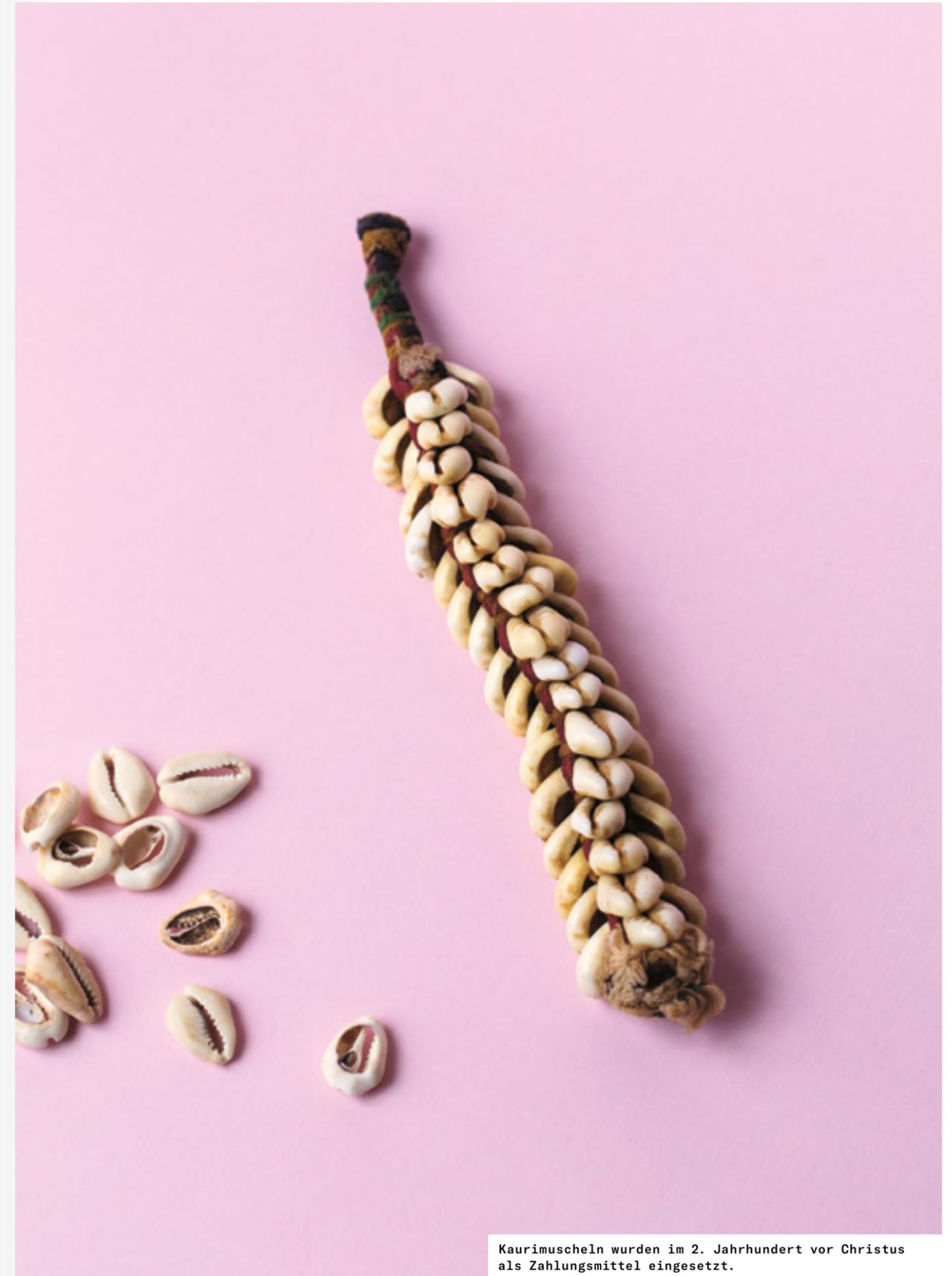
und Raubbau zu schützen. «Putting a Price on The Real Value of Nature», den Leistungen der Natur einen Preis geben – das sollte zur Lösung des Problems führen.

Und es wurde zu einer globalen Parole, verkündet von der Weltbank und unzähligen Akteuren bis in das Lager von NGOs wie dem WWF. Der Begriff Value, Wert, ist schillernd, er muss nicht unbedingt in Geld ausgedrückt werden. So kann der Service «Bereitstellung von Fischen» ganz einfach durch die Zahl der Fische oder in Tonnen ausgedrückt werden. Die Monetarisierung aber wurde zum Höhepunkt der Valorisierung – denn monetäre Werte sind allen vertraut, insbesondere der Politik. Und so wird seit Jahren zum Beispiel eifrig der ökonomische Wert der Bestäubungsleistungen der Bienen berechnet. Zwei Milliarden sind es, die laut den Angaben des deutschen Imkerbundes die fleißigen Insekten jährlich erwirtschaften.

Was ist nun daran falsch oder problematisch? Der Ansatz von Ökosystemdienstleistungen entwirft ein spezifisches Bild der Natur – die Natur wird zu einem Dienstleister der Menschen degradiert, ein radikal anthropozentrischer Ansatz. Und in den Blick geraten damit insbesondere die «Leistungen» der Natur, die dem Menschen dienen und die messbar sind. So wird eine Natur geschaffen, die die Ökonomie erfassen kann. Besonders sperrig erweist sich dabei der Blick auf die Biodiversität. Es ist allgemein anerkannt, dass die Diversität des Lebens die Voraussetzung seiner Zukunftsfähigkeit ist. Sie ist Daseinsgrundlage und daher nicht als ein Service für Menschen quantifizierbar.

Der Ansatz lässt die Leistungen der quantifizierten Natur als austauschbar und tendenziell handelbar erscheinen. So können nun Flüge im globalen Norden durch CO<sub>2</sub>-Reduzierungen im globalen Süden ausgeglichen werden, etwa durch Projekte, die Bäume pflanzen. Dieses Bild der handelbaren Natur stößt im globalen Süden auf großen Widerstand und ist indigenen Völkern völlig unverständlich – also gerade denen, die Natur nutzen, ohne sie großflächig zu zerstören.

Dr. Thomas Fatheuer hat viele Jahre in Brasilien gelebt und gearbeitet. Zuletzt hat er das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Rio de Janeiro geleitet. Seit 2010 lebt er wieder in Deutschland und ist als Autor tätig. Er hat zahlreiche Studien und Artikel zu Amazonien und der Ökonomisierung der Natur veröffentlicht.



Kaurimuscheln wurden im 2. Jahrhundert vor Christus als Zahlungsmittel eingesetzt.

Wie verteilen wir Verantwortung für unseren Planeten auf alle Schultern?  
Zwischen Nord und Süd? Innerhalb der Nationen?  
Eine kurze Geschichte der Umweltgerechtigkeit

# Allesfresser und Habenichtse



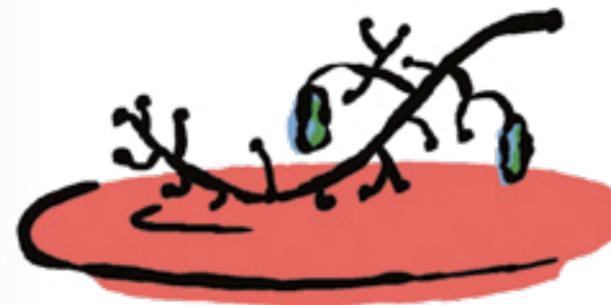
Dagegen hallte die Rede von Indira Gandhi in Stockholm nach, wonach die Armut die größte Umweltverschmutzung sei. Spätestens dann platzte auch die Wunde in der Umweltpolitik und mit ihr die Frage nach der internationalen Gerechtigkeit. Norden gegen den Süden. Und es sollte so bleiben, bis zur Verkündung der Sustainable Development Goals im Jahre 2015, die für alle Nationen gelten; das Leitbild der nachholenden Entwicklung wurde sang- und klanglos beerdigt. Damals, beim «Erdgipfel» in Rio de Janeiro 1992, standen Umwelt und Entwicklung noch konträr zueinander, der Norden wollte Umweltschutz, der Süden aber wollte Entwicklung.

Entschärft wurde der Gegensatz durch ein neues Prinzip im Umweltvölkerrecht, nämlich die *common but differentiated responsibilities*. Das sprichwörtliche Ei des Kolumbus! Es sagt, dass alle Staaten verantwortlich sind für die globale Umwelterstörung, doch keineswegs auf gleicher Stufe. Demzufolge verpflichteten sich die Industrieländer, die ersten Schritte zu tun, etwa die Emissionen zu reduzieren und gleichzeitig die Finanzen aufzubringen, um die Verluste in den ärmeren Ländern auszugleichen. Das Tauziehen darüber zieht sich bis heute hin, besonders in den Konferenzen in der Folge der Klimarahmenkonvention. Einen ähnlichen, bis heute andauernden Streit gibt es auch

Text: Wolfgang Sachs

Ein Foto macht Geschichte. Jenes Foto, aus dem Weltraum geschossen, zeigt die beleuchtete Erde, von Wolkenfeldern gesprenkelt und doch die Meere und die Kontinente klar sichtbar. Da ist sie, die eine Erde, unser aller Heimat. Das Bild vom blauen Planeten, mitgebracht von den Mondexpeditionen, löste die amerikanische und später dann weltweite Umweltbewegung aus. Der erste Earth Day im Jahr 1970 brachte 20 Millionen Amerikaner auf die Straßen, und im Jahr 1972 zierte das Bild symbolhaft sowohl den Weltbestseller «Limits to Growth» wie auch das Emblem der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Stockholm.

Aber das Foto verzerrt die Wahrnehmung. Das Planetenfoto kommt ohne Menschen, ohne Kulturen, ohne Gesellschaften aus. Es begann das Narrativ vieler Umweltberichte, wonach die Menschheit, also wir, der Erde gegenüberstehen. Aber wer ist «wir»? Kein Wunder, dass die Frage der Gerechtigkeit in den 70er Jahren keine Rolle spielt, weder die Kluft, die Süd- und Nordländer trennt, noch die Existenzrechte der Menschen, die direkt von der Natur leben. Höchstens noch die Ansätze einer Generationengerechtigkeit nach dem Motto «Wir haben die Erde von unseren Kindern geborgt» – im Rückblick von heute: eine monströse Pleite.



bei den Verhandlungen zur Biodiversitätskonvention, der zufolge die Gewinne, die sich aus der Nutzung biogenetischer Ressourcen ergeben, gerecht zu verteilen sind, und zwar zwischen den Nationen wie auch innerhalb jeder Nation. Um weitläufige Schutzgebiete ausweisen zu können, ist der Süden, reich an Biodiversität, überdies auf die finanzielle Umverteilung des Nordens angewiesen, der seinerseits die Mannigfaltigkeit des Lebens schon weitgehend vernichtet hat.

Die Definition von *sustainable development*, von nachhaltiger Entwicklung, wie sie die Brundlandtkommission 1987 vorlegte, half damals auch nicht viel weiter. Sie betonte die Gerechtigkeit zwischen den Generationen, die Gerechtigkeit innerhalb einer Generation hingegen fiel unter den Tisch. Wessen und welche Bedürfnisse sollen befriedigt werden? Soll nachhaltige Entwicklung das Bedürfnis nach Wasser, Boden und wirtschaftlicher Sicherheit oder das Bedürfnis nach Flugreisen und Bankguthaben erfüllen? Geht es um Überlebensbedürfnisse oder Luxusbedürfnisse? Denn die wirtschaftliche Spaltung in der Welt setzt sich in der ökologischen fort. Mit dem Reichtum wächst der ökologische Fußabdruck und umgekehrt.

## Die wohlhabende Hälfte der Weltbevölkerung verursacht 88 Prozent der Treibhausgasemissionen

So verursachte die wohlhabende Hälfte der Weltbevölkerung, also die Ober- und Mittelklassen aus Nordamerika, Europa, Asien und dem Mittleren Osten, im Jahr 2019 sage und schreibe 88 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen, während die andere Hälfte, also die Habenichtse, nur 12 Prozent der Emissionen verantwortete. Welch ein gigantischer Unterschied! Allein die Konsum- und Investitionstätigkeit der reichen 10 Prozent macht knapp die Hälfte der globalen Emissionen aus, während für die übrigen 90 Prozent der Weltbevölkerung noch die andere Hälfte übrigbleibt. Ohnehin hat die Nord-Süd-Trennung zwischen Staaten überlebt, spätestens mit dem Aufstieg der Schwellenländer wurde diese Spaltung auch innerhalb jeder Nation offenkundig.

Unter der diplomatischen Ebene erschallte in der Zivilgesellschaft der Ruf nach Umweltgerechtigkeit schon seit Ende der 70er Jahre. So protestierten nicht-weiße Gemeinden in den USA gegen Diskriminierung durch höhere Umweltbelastung, in Nordindien umarmten Frauen zuhauf Bäume im Zuge der Chipko-Bewegung, um diese vor kommerzieller Abholzung zu schützen. Tiefpunkte waren später die Morde an Chico Mendes 1988 im Amazonasgebiet durch Großgrundbesitzer und an Ken Saro-Wiwa in Nigeria im Widerstand gegen den Ölkonzern Shell im Jahr 1995. Umweltschützer, vor allem im globalen Süden, leben bis heute gefährlich: 228 Morde im Jahre 2020, besonders in Südamerika.

Darüber hinaus haben zahlreiche Bewegungen Umweltgerechtigkeit auf ihre Fahnen geschrieben. Man nehme nur La Via Campesina (Gründung 1992), verbreitet in 80 Ländern unter Kleinbauern, Landarbeitern und Fischern, die Ernährungssouveränität und Agrarökologie fordern. Oder die Tierrechtsbewegung seit den 80er Jahren, wonach Tiere Rechte haben und die Massentierhaltung deshalb abzulehnen sei. Schließlich die Bewegung zur Klimagerechtigkeit: Ihr Slogan «System Change not Climate Change» (2007, Klimakonferenz auf Bali) hat ein Licht auf die systemischen Ursachen der weltweiten Ungleichheit geworfen, die mit dem Klimawandel einhergeht – und damit auf die Industriegesellschaft, egal, ob kapitalistische oder sozialistische Systeme. Fridays for Future, Ende Gelände und Extinction Rebellion sind die Erben dieser Bewegung. Zuvor hatte sich der Weltkirchenrat in den 90ern für Umweltgerechtigkeit eingesetzt, mit der Enzyklika *Laudato si* zog die katholische Kirche 2015 nach. Neuerdings kommt noch die Initiative *Just Transition* dazu, angestoßen von den Gewerkschaften, die sich für Arbeitsplätze im Zuge der Umstrukturierung zu einer nachhaltigen Wirtschaft starkmacht.

## Ein Drittel der Weltbevölkerung lebt vom direkten Zugang zur Natur

Umweltgerechtigkeit hat nicht zuletzt eine rechtliche Bedeutung. Mit seiner Geburt erwirbt jeder Mensch ein fundamentales Gastrecht auf der Erde. Das ist der Kern der Menschenrechte. Ein Drittel der Weltbevölkerung lebt vom direkten Zugang zur Natur. Es bezieht Nahrung, Kleidung, Behausung, Medizin und auch Kultur unmittelbar aus den lokalen Naturräumen. Weil Savannen, Wald, Wasser, Ackerboden und auch Fische, Vögel oder Rinder für diese Gruppen unerlässliche Mittel zum Lebensunterhalt darstellen, hängen ihre Existenzrechte am Gedeihen dieser Ökosysteme. Deshalb haben Dürren und Hurrikane aufgrund der Erdobererwärmung eine menschenrechtliche Dimension, ebenso die Ausbeutung von Ressourcen zugunsten der Wohlhabenden in den Städten – wie Entwaldung und Überfischung sowie die 17 000 Bergwerke und 50 000 Staudämme (über 15 m) weltweit. Immer wieder geraten die Natur-Lebensräume der Armen ins Visier der internationalen Ressourcenwirtschaft.

Dank der transnationalen Vernetzung der indigenen Völker ist es gelungen, jene Erklärung der Vereinten Nationen 2007 zu errotzen, die ihnen Gerechtigkeit hinsichtlich ihrer Territorien zusagt. Zudem schufen die Vereinten Nationen 2012 die Rolle eines Sonderberichterstatters für Menschenrechte und Umwelt, was auch zum Erfolg führte: Ende 2021 wurde das Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt offiziell anerkannt. Gewiss, Papier ist geduldig, aber dennoch können Verfehlungen gegen Klima und Biodiversität nun juristisch verfolgt werden. So hat ein holländisches Gericht den Ölgiganten Shell im vergangenen Jahr dazu verurteilt, nigerianischen Bauern Wiedergutmachung zu zahlen, die Haus und Hof durch Rohrleitungslecks verloren hatten. Und die aufsehenerregende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, wonach die Bundesregierung die Freiheitsrechte der nachfolgenden Generationen nicht genügend berücksichtigt hätte, gehört ebenso in diese Linie der Rechtsklagen, die gerade weltweit auflaufen.

Um auf das Bild vom blauen Planeten zurückzukommen: Seine Symbolkraft wird sich nur dann erfüllen, wenn die Menschen auf dem Erdball von völkerrechtlichen Regeln zusammengehalten werden. Mit dem russischen Invasionskrieg gegen die Ukraine steht zu befürchten, dass die Weltordnung künftig nicht mehr durch ein multilaterales Regelwerk beherrscht wird, sei es noch so asymmetrisch, sondern durch einige Machtzentren, die vor Gewalt nicht zurückschrecken. Es würde das Recht der Stärkeren gelten und nicht die Stärkung des Rechts. Das lässt Böses für die Einheit der Menschheit ahnen, deren Symbol doch eigentlich das Foto vom blauen Planeten war.

Dr. Wolfgang Sachs ist freier Autor und war Hochschullehrer und Forschungsleiter am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie.

# Wie kommen menschliches Wohlergehen und ökologische Nachhaltigkeit zusammen?

Der Kampf gegen die Armut ist kein Hindernis für den Umwelt- und Klimaschutz – wenn Länder mit niedrigem Einkommen die wirtschaftliche, soziale und politische Teilhabe stärken und ihre Energiesysteme klimaneutral gestalten. Länder mit höherem Einkommen müssen ihre Emissionen und ihren Ressourcenverbrauch senken und die ärmeren in ihrer Transformation unterstützen.

Text: Imme Scholz

Am 14. Juni 2022 ist es 50 Jahre her, dass die indische Regierungschefin Indira Gandhi in ihrer fulminanten Rede in Stockholm sagte, dass Armut und Not die größten Umweltverschmutzer seien. Menschen mit unbefriedigten Grundbedürfnissen, darum ging es Gandhi, können nicht haftbar gemacht werden für Umweltbelastungen, die aus dem Wohlstandsmodell der führenden Industrienationen entstanden sind. Sie stellte in Aussicht, dass es möglich ist, Armut und Not zu überwinden, ohne die Natur dauerhaft zu beschädigen.

Und sie benannte drei Voraussetzungen dafür: Erstens dürften Industrienationen ihre Handelspolitik nicht nutzen, um wirtschaftlich schwächeren Ländern Vorgaben für den Umweltschutz zu machen. Denn damit würden sie die koloniale Ausbeutung, auf der ihr Reichtum auch gründet, nur fortsetzen. Zweitens sollte in globale Kooperation investiert werden, um alle Mensch-Umwelt-Krisen zusammenhängend anzugehen. Und drittens gehe es nicht an, das hohe Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt als Hauptursache für die Belastungen der Umwelt zu benennen. Schließlich sei es der enorme Ressourcen hunger weniger reicher Länder, der die Umwelt zerstöre, und die Dritte Welt habe nicht den notwendigen Zugang zu Wissen und Technologie, um ihre eigene Entwicklung umweltverträglich zu gestalten.

Damit stellte sie die Grundfragen, mit denen sich Politik und Wissenschaft seither befassen. Einzig die Frage nach dem Wirtschaftswachstum stellte sie nicht explizit. Das nahm dann der Brundtland-Bericht zu nachhaltiger Entwicklung 1987 ins Visier und stellte fest, dass Wirtschaftswachstum auf jeden Fall zu nachhaltiger Entwicklung gehöre. Es sei aber notwendig, dieses Wachstum so zu gestalten, dass es die Grundbedürfnisse aller Menschen nach Einkommen, Ernährung, Energie und Wasser erfülle und die Ressourcenbasis erhalte und stärke. Umwelt- und wirtschaftspolitische Entscheidungen müssten dafür zusammengeführt und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen ebenso wie Technologien und Risikomanagement umorientiert werden.

Wäre das gelungen, sähe unsere Welt heute anders aus. Der Klimawandel wäre aufgehalten worden, Böden wären weder vergiftet noch ausgelaugt, die Gewässer nicht verschmutzt und ausgetrocknet, Insekten würden leben, die Ozeane nicht von Plastikmüll durchseucht, die Städte wären menschenfreundlich und die gegenwärtige extreme Ungleichheit von Einkommen und Reichtum gar nicht erst entstanden. Was muss geschehen, um die Überwindung von Armut und Not doch noch mit dem Schutz von Umwelt und Natur übereinzubringen?

Drei, notwendigerweise unvollständige, Antworten:

Es ist tatsächlich nicht die schiere Zahl der Weltbevölkerung, die uns an den ökologischen Abgrund treibt, sondern die ungleiche Verteilung von Produktions- und Konsummacht und von politischer Macht.

Die Erforschung der Kämpfe um den Zugang zu Land, Wäldern und Wasser hat gezeigt, dass gerade Menschen, die auf und von dem Land leben, ein starkes Eigeninteresse daran haben, diese Ressourcen sorgfältig zu nutzen und zu schützen. Gehindert werden sie daran durch den machtvollen Zugriff einheimischer und internationaler Konzerne auf Rohstoffvorkommen, Land und Wasser und durch den Ausbau von Straßen und Staudämmen. Es sind aber nicht immer nur die Konzerne. Illegale Landnahme und Bergbau wirken auch dann zerstörerisch, wenn

Menschen auf der Suche nach Einkommen in wenig besiedelte Regionen wie das Amazonasgebiet vordringen. Viel wäre also erreicht, wenn die Missachtung von Gesetzen zum Schutz der Umwelt bestraft und die Zugangs- und Nutzungsrechte von Menschen geschützt würden. Wenn Gleichheit vor dem Gesetz bestünde und es weder Straflosigkeit noch Korruption gäbe.

## Auch Deutschland und die EU müssen Verantwortung für die sozialen und ökologischen Folgen der Rohstofferschließung übernehmen

Rohstoffe werden jedoch in aller Regel für den Weltmarkt ausgebeutet. Die Verantwortung, dies sozial und ökologisch gerecht zu organisieren, liegt damit auch bei den Unternehmen und Banken, die sie erschließen und kaufen, und den Gesellschaften, die sie nutzen. Das bedeutet, dass auch in Deutschland, in der EU tatsächliche Verantwortung für die sozialen und ökologischen Folgen der Rohstofferschließung übernommen werden muss. Das Machtgefälle zwischen reichen und armen Gesellschaften bedeutet aber bisher, dass ärmere Staaten kaum Mittel und Chancen haben, um durchzusetzen, dass dies auch geschieht. Noch stärker schlägt dieses Machtgefälle bei den globalen Auswirkungen des Klimawandels durch: Die EU könnte Strafgebühren für Güter aus Ländern beschließen, die mit sehr hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen hergestellt werden, egal ob diese Länder die Mittel haben, um den Ausbau erneuerbarer Energien zu forcieren oder nicht. Andersherum können Länder, die durch den Meeresspiegelanstieg bereits bedroht sind, die großen Emittenten nicht dafür bestrafen, dass sie ihr Existenzrecht missachten. Hier sind sie auf ernsthafte globale Zusammenarbeit bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens angewiesen, darauf, dass die reichen Länder eigene Ziele tatkräftig umsetzen und internationale Zusagen einhalten. Einklagen können sie dies als Staaten bisher nicht.

Was aber würde geschehen, wenn es gelänge, alle Menschen von Armut zu befreien? Mittlerweile leben deutlich mehr als die Hälfte aller Menschen in Städten, also in weniger naturnahen Umwelten und mit modernen Konsummustern, wengleich auch auf einem oft sehr niedrigen Niveau. Würde eine erfolgreiche Armutsbekämpfung die globalen Treibhausgasemissionen so stark erhöhen, dass es unmöglich wird, den Klimawandel aufzuhalten? Die Tatsache, dass China und Indien seit einigen Jahren den ersten bzw. zweiten Platz unter den vier absolut größten Treibhausgasemittenten besetzen – neben den USA und der EU, scheint dies zu bestätigen.

Eine neue Untersuchung von Forscher\*innen aus den Niederlanden, China und den USA zu den Zusammenhängen zwischen Einkommen, Konsum und Kohlenstoff-Fußabdruck kommt zu anderen Ergebnissen.

Zunächst die gegenwärtige Lage: Der Konsum der unteren 50 Prozent der Weltbevölkerung ist nur für zehn Prozent der globalen Emissionen verantwortlich. Die reichsten zehn Prozent hingegen produzieren die Hälfte der globalen Emissionen; das Verhältnis ist also spiegelbildlich. Der Kohlenstoff-Fußabdruck pro Kopf liegt bei Indien mit 1,3 t CO<sub>2</sub> unterhalb des zulässigen Spektrums, der von China (4,5 t CO<sub>2</sub>) liegt immer noch unter dem von Russland und Zentralasien (5,9 t CO<sub>2</sub>), der EU (6,3 t CO<sub>2</sub>) und den USA (14,5 t CO<sub>2</sub>).

Wie stark steigen die Emissionen, wenn die Armut verringert wird? Wenn nur die knapp 700 Millionen Menschen, die heute in extremer Armut leben (mit weniger als 1,90 USD pro Tag), die nächsthöhere Einkommensgruppe erreichen, steigen die globalen Emissionen um weniger als ein Prozent. Gelänge es, allen Menschen ein tägliches Einkommen von über 5,50 USD zu ermöglichen, stiegen die Emissionen um 18 Prozent. Das erscheint viel, gemessen an den Emissionen der oberen 10 Prozent Einkommensbezieher jedoch nicht. Bezogen auf einzelne Länder wirkt sich die Emissionsintensität der einheimischen Verbrauchsmuster natürlich auch auf den damit verbundenen Emissionsanstieg aus.

Armutsbekämpfung ist also aus Sicht des Klimaschutzes kein Hindernis – sie setzt aber wesentlich entschiedeneres Handeln aufseiten der Hocheinkommensländer selbst voraus. Sie müssen die eigenen Emissionen senken – ebenso ihren absoluten Rohstoffverbrauch – und die Länder mit niedrigem Einkommen dabei unterstützen, ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung voranzutreiben und den Ausbau ihrer Energiesysteme klimaneutral zu gestalten.



In dieser Hinsicht hatte Indira Gandhi also recht: Die Überwindung von Armut und Not muss nicht auf Kosten der Natur und der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen gehen. Aber ohne aktive Strategien in allen Ländern, reichen wie armen, und eine gestärkte internationale Kooperation dafür wird dies nicht gelingen. Vor zehn Jahren und 40 Jahre nach der Konferenz in Stockholm haben sich alle Länder dazu verpflichtet, als sie die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit 17 Zielen und Handlungsfeldern beschlossen haben. An der Umsetzung können wir sie messen.

Dr. Imme Scholz ist seit April 2022 Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

## Zum Weiterlesen:

Ramachandra Guha. 2002. *Environmentalist of the Poor*, *Economic and Political Weekly* (ein sehr schönes Porträt von Anil Agarwal vom Center for Science and Environment in Neu-Delhi, im Internet frei verfügbar)

Sharachandra Lélé. 1991. *Sustainable Development: A Critical Review*, *World Development*, Vol. 19, No. 6 (eine Kritik nachhaltiger Entwicklung mit Empfehlungen an Forschung und Politik, die teilweise erfüllt worden sind; in Universitätsbibliotheken zu finden)

Benedikt Bruckner et al. 2022. *Impacts of poverty alleviation on national and global carbon emissions*, *Nature Sustainability* (zum Zusammenhang von Armutsbekämpfung und Treibhausgasemissionen, im Netz frei verfügbar)

Maja Göpel. 2020. *Unsere Welt neu denken*, Ullstein Verlag



Lokal, rural, kommunal, so beschreibt sich Tewolde Berhan Gebre Egziabher. Und in dieser Verbundenheit für ländliche traditionelle Gemeinschaften setzt sich der 1940 geborene Äthiopier seit Jahrzehnten für ihre Interessen ein. Als Leiter der äthiopischen Umweltbehörde und mit der NGO Institute for Sustainable Development kämpft er für den Erhalt biologischer Vielfalt und für die Rechte von Bauern und Gemeinschaften an genetischen Ressourcen. 2000 erhielt er dafür den Alternativen Nobelpreis.

Eine besondere Gefahr für die lokalen Gemeinschaften sieht der Biologe in der Gentechnik. Zu seinen Erfolgen zählt deshalb das Cartagena-Protokoll, das den Einsatz von genetisch verändertem Saatgut unter strenge Bedingungen stellt und die natürliche Vielfalt schützt. Zudem arbeitete er das afrikanische Modellgesetz zur Gentechnik aus. Dadurch stärkte er die Belange der Bauern national und international.

«Ich finde, die ganze Welt ist eine Gemeinschaft», sagt der Wissenschaftler. Und lokale Gemeinschaften sollten so alle Möglichkeiten nutzen, ihre Rechte auch weltweit durchzusetzen. Dafür ist er unermüdlich unterwegs.



Jahrelang wurde Berta Cáceres (1971–2016) mit dem Tode bedroht. Dennoch setzte sie sich unermüdlich für die Rechte der indigenen Lenca in Honduras ein. Cáceres, selbst Lenca, organisierte den Widerstand gegen Großprojekte, die den Lebensraum der Indigenen bedrohten – und kämpfte vor allem gegen den Bau des Wasserkraftwerks und Staudamms Agua Zarca durch das Energieunternehmen Desa. Dafür bekam sie 2015 den Goldman-Umweltpreis.

Doch die Aktivistin wusste, wie gefährlich diese Aufmerksamkeit war. «Die Armee hat eine Todesliste, auf der die Namen von 18 Menschenrechtsaktivisten stehen – mein Name steht an der Spitze.» Aber sie habe nicht ein einziges Mal überlegt, aufzugeben, auch wenn sie wusste: «Ich bin in diesem Land mit völliger Gesetzlosigkeit verletzt. Wenn sie mich töten wollen, dann werden sie es tun.»

2016 wurde Berta Cáceres in ihrem Zuhause erschossen. Acht Männer wurden dafür inzwischen verurteilt, darunter ein Manager, der Sicherheitschef und in einem späteren Verfahren der ehemalige Direktor von Desa. Laut Staatsanwaltschaft war der Mord Teil eines Plans, jedes Hindernis gegen den Bau des Staudamms zu beseitigen. Berta Cáceres hat das Ende des Projekts mit ihrem Leben bezahlt.

Weltweit kann beobachtet werden, dass eine fortschrittliche Umweltpolitik nur unter demokratischen und friedlichen Bedingungen möglich ist. Sie ist auch immer angewiesen auf inklusive Prozesse, Transparenz und offene Kritik. So haben in Deutschland und weltweit Umweltaktivist\*innen entscheidend dazu beigetragen, eine ehrgeizige Umweltpolitik zu ermöglichen. Aber es warten noch große Herausforderungen – der Schutz des Klimas, der Meere und der biologischen Vielfalt.

## Demokratisch und inklusiv

Text: Steffi Lemke

Wenn sich im Sommer die Weltgemeinschaft zur Jubiläumskonferenz Stockholm+50 trifft, gibt es leider nicht viel Grund zum Feiern. Denn trotz wichtiger Erfolge schreiten die Klimakrise, die Zerstörung der Natur und die Übernutzung der Ressourcen weiter voran. Wir haben die Grenzen des Planeten in vielen Bereichen bereits weit überschritten. Die Weltgemeinschaft kämpft noch immer mit der Coronapandemie und ihren Folgen. Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine hat unermessliches Leid über die Zivilbevölkerung gebracht. Er überschattet auch internationale Bemühungen, die globalen Probleme zu lösen.

Dabei ist eine nachhaltige Entwicklung in der Umwelt-, Klima- und Naturschutzpolitik in besonderem Maße angewiesen auf internationale Zusammenarbeit. 1972 wurde dafür in Stockholm der Grundstein gelegt. Seitdem konnten wichtige Meilensteine erreicht werden:

- In Rio de Janeiro wurde 1992 das Prinzip nachhaltiger Entwicklung als internationales Leitbild anerkannt und die multilaterale Zusammenarbeit im Klimaschutz, im Kampf gegen Wüstenbildung, zum Schutz der biologischen Vielfalt und zum Waldschutz angestoßen.
- Der Rio+20-Gipfel hat im Jahr 2012 das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) als Stimme der Umwelt deutlich aufgewertet.
- 2015 gelang die Einigung auf das Pariser Klimaabkommen und die 2030-Agenda mit ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung, den SDGs.

Weitere Meilensteine liegen noch vor uns. Drei davon will ich hervorheben:

- Das Artenaussterben ist eine weitere existenzielle Krise neben der Klimakrise – der bisher jedoch noch nicht die gleiche Aufmerksamkeit zuteilwird. Beide Krisen sind aufs Engste miteinander verbunden. Es geht um unsere Lebensgrundlagen, um Wasser, um die Luft zum Atmen, um unsere Lebensmittel. Die Weltgemeinschaft braucht dringend einen ambitionierten neuen globalen Rahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt. Dafür werde ich mich auf der Weltnaturkonferenz CBD COP 15 einsetzen.
- Die letzte Weltumweltversammlung hat uns einem weiteren Meilenstein nähergebracht: einem rechtsverbindlichen Abkommen der Vereinten Nationen gegen Meeresschlamm und Plastikverschmutzung.

→ Ich will zudem eine Offensive für den Meeresschutz starten und setze mich in diesem Rahmen für neue globale Schutzzonen ein, für ein besseres nationales Management der Schutzgebiete und für eine verbindliche deutsche Meeresstrategie. Die Verhandlungen zu einem Übereinkommen zum Schutz der Biodiversität der Hohen See sind hier ein wichtiger Prozess.

Die Konferenz Stockholm+50 stellt mit dem Motto «Ein gesunder Planet für den Wohlstand aller» das Thema Gesundheit in den Mittelpunkt. Ein Fokus ist die Verantwortung zwischen den Generationen. Das ist aus meiner Sicht ein wichtiger Ansatzpunkt. Schließlich hat auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss zum Klimaschutzgesetz genau diese heutige Verantwortung zur Sicherung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen betont. Für junge Menschen spielen ökologische Themen und die notwendige Transformation eine herausragende Rolle. Sie müssen dementsprechend Gehör finden.

Natur- und Umweltschutz sind immer angewiesen auf inklusive Prozesse, Transparenz und offene Kritik. So haben in Deutschland und weltweit Umweltaktivist\*innen entscheidend dazu beigetragen, ehrgeizige Umweltpolitik zu ermöglichen. Es ist auch ihr Erfolg, dass sich diese Regierung als Erste dazu bekannt hat, Klimaschutz als Querschnittsaufgabe zu begreifen. Heute kann weltweit beobachtet werden, dass eine fortschrittliche Umweltpolitik nur unter demokratischen und friedlichen Bedingungen möglich ist und nicht in Autokratien und Diktaturen – auch wenn demokratische Entscheidungsprozesse manchmal mühevoll und langwierig sind. Die Umweltbewegung ist Teil einer lebendigen Demokratie und oft sogar Teil und Treiber der Demokratisierung.

50 Jahre nach Stockholm sind viele Umweltprobleme noch immer ungelöst. Es ist aber gelungen, sie ganz oben auf die politische Prioritätenliste zu setzen. In einem nächsten Schritt muss der Schutz der biologischen Vielfalt genauso entschieden vorangetrieben werden wie der Klimaschutz und mit Maßnahmen gestützt werden, die uns beiden Zielen gleichermaßen näherbringen. Umwelt- und Klimaschutz haben heute eine wachsende Zahl von Mitstreiter\*innen weltweit, die immer enger zusammenarbeiten. Darauf können wir aufbauen, um weiter daran zu arbeiten, die Lebensgrundlagen für uns und für künftige Generationen zu erhalten.

Steffi Lemke ist Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.

Internationale Handelsregeln – seien es die der Welthandelsorganisation (WTO) oder bilaterale Verträge – begünstigen ausbeuterische Verhältnisse. Und der neuste IPCC-Bericht warnt: Viele dieser Handels- und Investitionsabkommen schränken den politischen Spielraum für Klima- und Umweltschutz stark ein. Die EU verfügt mit ihrem attraktiven Binnenmarkt über viel Macht und Einfluss. Beides müssen wir jetzt nutzen.

# Für ein gutes Leben für alle, für eine Erde für alle



Text: Anna Cavazzini

Kleidung, Nahrungsmittel, Elektronik – diese und andere Alltagsprodukte werden in global verzweigten Wertschöpfungsketten produziert und international gehandelt. Die Arbeitsbedingungen in vielen Fabriken, insbesondere jenen des globalen Südens, sind häufig schlecht, der Lohn niedrig, die negativen Folgen für Klima und Umwelt hingegen hoch. All dies ist hinlänglich bekannt. Doch es kann – und muss – anders werden. Denn diese ausbeuterischen Verhältnisse sind kein Naturgesetz der Globalisierung, sondern werden durch die internationalen Handelsregeln – sei es durch die Welthandelsorganisation (WTO) oder bilaterale Verträge – begünstigt. Sogar der neuste IPCC-Bericht warnt: Viele dieser Handels- und Investitionsabkommen schränken den politischen Spielraum für Klima- und Umweltschutz stark ein.

Ein Beispiel ist der kaum bekannte Energiecharta-Vertrag (Energy Charter Treaty, kurz: ECT), der 1998 in Kraft getreten ist und Investitionen im Energiesektor schützt. Durch weitreichende Klagerechte, die Investor\*innen gewährt werden, können diese vor privaten Schiedsgerichten Milliarden Euro an Schadensersatz fordern, wenn sie ihre Investitionen gefährdet sehen – zum Beispiel durch den Kohle- oder Atomausstieg. Das steht im eklatanten Widerspruch zu dem Pariser Klimaabkommen ebenso wie zu den Zielen des EU Green Deal. Ich kämpfe deshalb im Europäischen Parlament für einen Ausstieg aus dem ECT und eine Einschränkung der gefährlichen Investor-Staat-Klagen, so wie das auf Initiative von uns Grünen auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurde.

## Mehr Verantwortung für die Folgen der Handelspolitik

Bei zahlreichen Handelsabkommen gibt es Spielraum, Nachverhandlungen auf den Weg zu bringen. Bereits zwei Mal hat das Europäische Parlament genau dies in Hinblick auf das EU-Mercosur-Abkommen gefordert. Dieses Abkommen zwischen der EU

und den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay zeigt, wie sehr die gegenwärtige Handelspolitik auf Kosten des Klimas geht. Der Abbau von Zöllen auf Agrarexporte wie Fleisch und Soja wird das nimmersatte Agrobusiness stärken und zugleich die Abholzung des Regenwaldes anfeuern. Unter der Präsidentschaft von Jair Bolsonaro hat die Abholzung des Amazonas wieder zugenommen; allein zwischen August 2020 und Juli 2021 wurden mehr als 13 000 Quadratkilometer gerodet. Der Amazonas ist keine Ressource, die wir folgenlos ausbeuten können, sondern die sterbende Lunge unseres Planeten. Die EU-Kommission nimmt dies nicht ernst: Sie hat das Abkommen ohne abgeschlossene Bewertung seiner möglichen Folgen verhandelt und keine verbindlichen, sanktionsfähigen Nachhaltigkeitsstandards verankert.

Beides brauchen wir: Vor der Verhandlung eines Abkommens müssen wir dessen soziale, menschenrechtliche und ökologische Folgen analysieren und die Ergebnisse dieser sogenannten Verträglichkeitsprüfung endlich ernst nehmen. Die Kapitel für Handel und nachhaltige Entwicklung in den Abkommen müssen endlich so ausgestaltet sein, dass eine Missachtung der darin festgeschriebenen Standards und Rechtsnormen tatsächlich Konsequenzen nach sich zieht. Als Grüne/EFA im Europäischen Parlament kämpfen wir dafür, dass die EU-Kommission endlich einen starken Reformvorschlag liefert. Doch eine Überarbeitung der TSD-Kapitel (Trade and Sustainable Development) wird nicht genug sein. Wir müssen die EU-Handelsstrategie und künftige Abkommen (zum Beispiel mit Chile, Neuseeland, Australien, Indien und den ASEAN-Staaten) an dem Pariser Klimavertrag sowie den Globalen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen ausrichten – und genau so steht es dank der Grünen auch im Koalitionsvertrag.

Kluge Anreizmechanismen für ökologische Güter und Dienstleistungen ebenso wie faire Wettbewerbsbedingungen im Einklang mit einer umweltfreundlichen Subventionspolitik – das müssen die handelspolitischen Grundpfeiler der EU sein. Eine Studie der Grünen/EFA im Europäischen Parlament hat diese Möglichkeiten für ambitionierte EU-Handelspolitik am Beispiel des Abkommens mit Neuseeland skizziert. Dazu gehört, sich gemeinsam darauf zu verpflichten, Subventionen für fossile Brennstoffe im Inland und Ausland auslaufen zu lassen und weitere umweltschädliche, produktionsbezogene Subventionen einzuschränken. Gleichzeitig können sich die Vertragsparteien gegenseitig darin unterstützen, den Übergang zu emissionsarmen, regenerativen und sozial verträglichen Agrarsystemen und einer nachhaltigen Fischerei zu gewährleisten – und gemeinsam daran zu arbeiten, international anerkannte Leistungsstandards, Zertifizierungsprozesse und Kennzeichnungen zur Unterstützung des nachhaltigen Handels zu entwickeln.

## Mehr Verantwortung in den Lieferketten

Darüber hinaus kann die EU unilaterale Instrumente einführen, um nachhaltiges Wirtschaften und Handeln zu fördern. Zwei dieser Instrumente befinden sich momentan im Gesetzgebungsverfahren: Die EU-Kommission hat Gesetzesentwürfe für Lieferkettenverantwortung allgemein sowie für entwaldungsfreie Lieferketten im Spezifischen vorgelegt. Jetzt arbeiten wir im Europäischen Parlament daran, diese Entwürfe zu verbessern. Der Kommissionsvorschlag für eine neue Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten konzentriert sich auf den Import von Rindfleisch, Kaffee, Kakao, Palmöl, Soja und Holz sowie deren Folgeprodukten. Die Importeure und Händler dieser Ware müssen sicherstellen, dass deren Herstellung weder zur Entwaldung noch zur Schädigung von Wäldern beigetragen hat.

Produkte, die mit Abholzung in Verbindung gebracht werden können, werden nicht mehr auf den EU-Binnenmarkt gelassen, selbst wenn die Entwaldung im betreffenden Drittland als legal angesehen wird. Das ist eine Kehrtwende – und ein riesiger Erfolg der Grünen und der Zivilgesellschaft, mit der wir jahrelang gemeinsam Druck gemacht haben. Und das müssen wir auch weiterhin: Leider berücksichtigt der Vorschlag entgegen der Forderung des Europaparlaments weder Kautschuk noch Mais. Zugleich beschränkt er sich nur auf Wälder und nicht auf andere Ökosysteme wie Sumpfbereiche und Savannen. Außerdem sieht er keine spezifische Sorgfaltspflicht für die Achtung der Rechte indigener Gemeinden vor, die von Entwaldung und Landkonflikten oft besonders stark betroffen sind. Für diese und andere Verbesserungen werden wir im Parlament kämpfen.

Das gilt auch für das EU-Lieferkettengesetz: Im Februar 2022 hat die EU-Kommission endlich ihren Entwurf vorgestellt. Unternehmen werden verpflichtet sein, ihre Geschäftstätigkeit, ihre Tochtergesellschaften und ihre Wertschöpfungsketten einer menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltprüfung zu unterziehen. Mit einigen Aspekten geht das Gesetz dabei sogar weiter als das deutsche Lieferkettengesetz. Der EU-Vorschlag umfasst beispielsweise die gesamte Wertschöpfungskette und nicht nur den ersten Zulieferer, und er deckt die Auswirkungen auf die Umwelt umfassender ab.

## Mehr Verantwortung für Menschen- und Arbeitsrechte

Allerdings hat auch der Vorschlag der EU-Kommission immense Schwachstellen: Kleine und mittelständische Unternehmen sind bisher vollständig ausgenommen, selbst wenn sie in Hochrisikosektoren tätig sind, und die Beschränkung der Sorgfaltspflicht auf «etablierte Geschäftsbeziehungen» kann zu erheblichen Schlupflöchern führen. Trotz alledem: Der Vorschlag geht in die richtige Richtung – und wir werden ihn noch besser machen! Doch die Arbeit an fairen Wertschöpfungsketten geht auch darüber hinaus weiter: Nachdem wir uns im Europäischen Parlament dafür starkgemacht haben, arbeitet die EU-Kommission nun an einem neuen Legislativvorschlag, der den Import von Produkten, die unter Einsatz von Zwangsarbeiter\*innen hergestellt wurden, verbietet.

Klar ist: Die EU verfügt mit ihrem attraktiven Binnenmarkt über viel Macht und Einflusspotenzial. Beides müssen wir nutzen. Ihrer Verantwortung für Menschen- und Arbeitsrechte, für Klima- und Umweltschutz wird die EU nur gerecht, wenn sie ein ambitioniertes Lieferkettengesetz und ein Gesetz für entwaldungsfreie Lieferketten vorlegt. Doch das ist nur der Anfang: Handels- und Investitionspolitik müssen einen Beitrag leisten, um diese Ziele zu erreichen und diese Normen zu achten, und müssen sich deshalb daran ausrichten. Denn Handelsabkommen sind die Verfassung der Weltwirtschaft. Um deren Regeln neu zu schreiben, müssen wir eine neue Generation von Abkommen schaffen: Für ein gutes Leben für alle, für eine Erde für alle.

Anna Cavazzini sitzt seit 2019 für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europaparlament und kämpft für einen nachhaltigen EU-Binnenmarkt und eine gerechte Globalisierung. Seit November 2020 ist sie Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.

# Was wachsen darf, was schrumpfen muss

Text: Jörg Haas

«Die Grenzen des Wachstums». Dieser vor 50 Jahren erschienene Bericht des Club of Rome ist bis heute eine der am meisten zitierten, einflussreichsten und unverändert umstrittensten Publikationen der Geschichte der Umweltpolitik. Er erschien in 35 Sprachen mit einer Gesamtauflage von über 30 Millionen. Zusammen mit «Der stille Frühling» von Rachel Carson zählt er zu den frühen Klassikern der Umweltbewegung.

Die Analyse modellierte damals mit einem World3 genannten Computermodell die Interaktion von fünf stilisierten Variablen im Zeitraum von 1972–2100: Bevölkerungszahl, Technologie, industrielle Produktion, nichterneuerbare Ressourcen und Umweltverschmutzung. Das Bruttosozialprodukt, das gemeinhin im Begriff des Wirtschaftswachstums gemeint wird, war nicht dabei, sondern allenfalls mittelbar im Begriff der industriellen Produktion enthalten.

Die Autor\*innen modellierten mehrere Szenarien, die unter anderem unterschiedliche Ressourcenverfügbarkeit und unterschiedliche Technologieentwicklung annahmen. Die meisten führten zu einem Kollaps im Laufe des 21. Jahrhunderts. Jedoch betonte der Club of Rome, dass der Bericht auch eine positive Botschaft enthielt: Bei vorausschauender Politik könnte dieser Kollaps vermieden werden.

Die Autor\*innen veröffentlichten nach 20 und 30 Jahren jeweils Updates des Berichts, die die ursprünglichen Ergebnisse im Grundsatz bestätigten. Die Ressourcenverfügbarkeit war jedoch nicht die erste Grenze, an die das Weltsystem stieß. Dagegen erwies sich die Umweltverschmutzung in der Form von ungiftigen, auf den ersten Blick scheinbar harmlosen Stoffen wie CO<sub>2</sub> und nun auch Plastik als das bisher hartnäckigste Problem, das nur schwer in den Griff zu bekommen ist und unsere globalen ökologischen Systeme aus der Balance bringt.

Auch unabhängige Analysen bestätigten im Wesentlichen die ursprünglichen Ergebnisse. Die Yale-Wissenschaftlerin Gaya Herrington verglich 2021 Ergebnisse des World3-Modells mit empirischen Daten und fand dabei eine gute Übereinstimmung, insbesondere mit den Szenarien, die eine erhöhte Ressourcenverfügbarkeit (BAU2) und eine beschleunigte Technologieentwicklung (CT) annahmen. Sie führen jedoch beide zu einem Niedergang des industriellen Outputs ab 2040, allerdings mit stark unterschiedlichen Konsequenzen.



Der Bericht war von Anfang an äußerst umstritten, auch offenkundige Falschbehauptungen wie die Aussage, der Bericht habe einen Kollaps für 1990 prognostiziert, fanden weite Verbreitung. Er generierte eine Kontroverse, die bis heute andauert. Denn es bleibt am Ende ein Dilemma: Unsere Gesellschaften sind bisher auf Wirtschaftswachstum angewiesen – von der sozialen Sicherung über die Steuern bis zur Stabilität des Finanzsystems. Selbst die für die Energiewende notwendigen Investitionen generieren einen Wachstumsimpuls. Und während die Energiewende im Grundsatz auf große Zustimmung stößt, wäre eine Schrumpfung des Bruttosozialprodukts um die Größenordnungen, in denen es im Klimaschutz geht, sicherlich nicht machbar. Auch eine Schrumpfung von Endgrößen der Konsumption wie Wohnfläche oder Mobilität pro Kopf für den globalen Norden wird – auch wenn sicherlich wünschenswert – politisch schwer durchsetzbar sein.

Letztlich muss es darum gehen, präzise auseinanderzuhalten, was wachsen darf und was schrumpfen muss: Naturverbrauch in seinen verschiedenen Dimensionen muss radikal schrumpfen. Die umweltrelevanten Endgrößen des menschlichen Konsums (Wohnfläche pro Kopf, Mobilitätskilometer etc.) müssen im globalen Süden sicherlich noch etwas steigen, im Norden zumindest stabil gehalten werden. Und das Wachstum des Bruttosozialprodukts ist in dieser Perspektive nicht die zentrale Zielgröße, sondern allenfalls Resultante und gegebenenfalls Bedingung für die wirtschaftliche Stabilität.

Einen wichtigen Beitrag bietet auch der im Jahr 2011 vom Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) in die Debatte gebrachte Begriff der Großen Transformation. Der auf den Sozialhistoriker Karl Polanyi zurückgehende Begriff betont erst einmal das Prozesshafte, Dynamische der anstehenden Veränderung. Meist noch adjektivisch als «sozial-ökologisch» qualifiziert, macht



er deutlich, dass es nicht um eine marginale Justierung einer ansonsten doch wunderbar laufenden Wirtschaft geht, sondern um eine grundlegende Veränderung der wesentlichen Systeme, die unsere Lebensweise bestimmen: Energie, Transport, Wohnen, Ernährung, Industrie.

Dabei greifen technologische Veränderungen mit solchen des Lebensstils oft eng ineinander: Der Wechsel von der autozentrierten Stadt zum attraktiven Mix aus Fahrrad und E-Bike, einem vernetzten öffentlichen Nahverkehr und verschiedenen Sharing-Diensten – darunter ein Rest aus elektrifizierter, geteilter Automobilität – setzt auf ein ineinandergreifendes System aus technischer Innovation, Infrastrukturen und dadurch ermöglichten Verhaltensänderungen. Die in vielen Talkshows immer wieder geführte Debatte «Lebensstil versus Technologie» erweist sich in dieser Sichtweise als falsche Dichotomie.

Unter dem Blickwinkel der Transformation der für unseren Umweltverbrauch wesentlichen Systeme Energie, Transport, Wohnen und Ernährung werden zu einem einzelnen Zeitpunkt durchgeführte Ökobilanzen für einzelne Technologien fragwürdig. So mag die CO<sub>2</sub>-Bilanz von Elektromobilität bei einem mit Kohlestrom betriebenen Stromsystem gegenüber einem effizienten Diesel nicht besonders überzeugend ausfallen. Versteht man die Umstellung jedoch als Teil einer großen Transformation von Energie- und Transportsystem, ergibt sie schon eher Sinn.

Eine solche Transformation braucht viele Jahre, auch wenn sie aufgrund der Versäumnisse der vergangenen 50 Jahre jetzt rasend schnell gehen muss. Dabei gibt es kein Allheilmittel. Auch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung, von vielen Ökonomen hochgelobt,

wird allenfalls eine unterstützende Rolle haben (siehe Cullenward/Victor in diesem Heft).

In jedem der Sektoren müssen Transformationspfade erforscht werden, die technische Praxen, Infrastrukturen und Technologien mit Verhaltensänderungen verschränken, müssen gesellschaftliche Koalitionen für den Wandel geschmiedet und politisch wirksam gemacht werden, um die Quadratur des Kreises von Ambition und Pragmatismus zu schaffen. Die sich häufenden Krisenmomente müssen für Quantensprünge in die richtige Richtung genutzt werden, anstatt in alte Muster zurückzufallen.

Technologische Entwicklungen sind unverzichtbar, doch ihre Umsetzung kann nicht mehr allein dem Gewinnmotiv überlassen bleiben. Ihre Chancen müssen genutzt werden, um den ökologischen Fußabdruck zu verringern, nicht um uns Träume zu erfüllen. Ob Flugtaxi oder Weltraumtourismus, Überschallflug und Bitcoin-Manie: Nicht alles was technisch möglich ist und individuelle Wünsche oder gar Profitgier erfüllt, ist auch dem Allgemeinwohl dienlich. Denn dann treibt das Wachstum der Wünsche, nicht selten sogar Habgier, die Welt in den Abgrund. Eine kluge gesellschaftlich verhandelte Selbstbeschränkung tut an diesen Stellen not: Unsere Welt hat genug für die Bedürfnisse von allen, aber nicht für die Habgier von allen (M. Gandhi).

Die Große Transformation wird bei alledem nicht linear verlaufen. Die Geschichte wird sich wohl unvermeidlich im Zickzack vorwärtsbewegen. Dabei geht es bei allen Rückschlägen und in wachsenden ökologischen Krisen immer darum, das Ziel im Blick zu behalten: die schnellstmögliche gesellschaftlich durchhaltbare Transformation unserer Lebens- und Wirtschaftsweise in Richtung 100 Prozent erneuerbarer Energien, einer naturverträglichen Landnutzung und einer umfassenden Kreislaufwirtschaft.

Wir werden beim jetzigen Stand der Dinge nicht mehr ungeschoren davonkommen. Die «Einschläge» kommen näher: Brennende Wälder, tauender Permafrost, Hitzewellen und schmelzende Polkappen sind nur einige Warnsignale. Zu massiv sind zahlreiche globale Ökosysteme beschädigt, vom Klima über die Meere und die Wälder bis zu den Böden. Doch mit einer großen Anstrengung können vielleicht die kommenden Krisen als Transformationsmomente genutzt werden, die den von den Modellen des Club of Rome prognostizierten Kollaps in den 30er bis 50er Jahren dieses Jahrhunderts noch verhindern und wenigstens eine «sanfte Landung» (Adam Tooze & Jonathan Barth) ermöglichen können.

Die Solidarität mit den Verwundbarsten unserer Weltgesellschaft ist dafür Voraussetzung. Der beste Moment zur Einleitung der Großen Transformation wäre vor 50 Jahren gewesen. Der zweitbeste ist heute – und sie ist in Teilen schon unterwegs.

Jörg Haas ist Referent für Internationale Politik der Heinrich-Böll-Stiftung.

# Warum Klimapolitik mehr sein muss als die Bepreisung von Kohlenstoff

Text: Danny Cullenward und David G. Victor

Seit 30 Jahren ist sich die Fachwelt fast geschlossen einig: Die Bepreisung von Kohlenstoff- und anderen Treibhausgasemissionen ist das intelligenteste und kosteneffizienteste Mittel, um die Erderwärmung abzubremsten. Schließlich erfordert die Abkehr der Weltwirtschaft von fossilen Brennstoffen Investitionen in Höhe von Billionen Dollar. Und bei solchen Größenordnungen können Marktmechanismen zu einem sinnvollen Ressourceneinsatz beitragen.

Als Wissenschaftler sind wir nun mit der akademischen Argumentation für Kohlenstoffbepreisung vertraut und schätzen die zugrunde liegende Theorie. Allerdings sehen wir in unserer Arbeit mit Unternehmen und Regierungen, die an vorderster Front des Wandels agieren, kaum Anzeichen dafür, dass dieser Konsens der Fachwelt auch in der Realität funktioniert – oder jemals funktionieren wird.

In unserem kürzlich erschienenen Buch «Making Climate Policy Work» haben wir versucht, diese Kluft zwischen Theorie und Praxis zu erklären. Wir beschreiben darin die strukturellen politischen Hindernisse, die einer ernsthaften Kohlenstoffpreispolitik im Wege stehen. Wir erklären, warum staatlich geführte Industriepolitik und Regulierung besser funktionieren. Die Bepreisung von Kohlenstoff gehört hierbei sicherlich zum Instrumentarium, spielt aber nur eine relativ kleine, unterstützende Rolle im Rahmen einer transformativen Industriepolitik und Regulierung.

Wir sehen drei Hauptprobleme bei der Bepreisung von Kohlenstoff. Erstens schafft sie eindeutige politische Probleme, da sie sich spürbar auf Energiepreise auswirkt. Die Theorie basiert richtigerweise darauf, einem bekannten Marktversagen entgegenzuwirken: Solange Klimaschäden die Verursacher nichts kosten, geht die übermäßige Kohlenstoffverschmutzung weiter.

Wirtschaftlich gesehen ist Kohlenstoffbepreisung also ein elegantes Mittel. Die politische Seite ist jedoch weniger schön. Nur an wenigen Orten, vor allem

in Europa, sind Wähler\*innen deutlich und konsequent dazu bereit, spürbare Kostenauswirkungen auf den eigenen Energieverbrauch hinzunehmen. Beispiele für politische Wankelmütigkeit gibt es zuhauf, darunter die zahlreichen Bemühungen, im Zuge der aktuellen Energiekrise die Steuern auf Benzin und andere Energiedienstleistungen wieder zu senken. Von dieser harschen politischen Realität ist die Fachwelt freilich nicht begeistert. In der Praxis lässt sich politische Unterstützung für eine langfristige Klimapolitik umso leichter sichern, je weniger die damit einhergehenden Kosten in den Schlagzeilen auftauchen und an den Zapfsäulen fühlbar sind.

Zweitens empfiehlt die Fachtheorie einen gesamtwirtschaftlichen Ansatz. Demnach sollten alle Branchen dem gleichen Kohlenstoffpreis unterliegen und so mögliche wirtschaftliche Ineffizienzen vermieden werden. Ein gemeinsamer Kohlenstoffpreis gewährleistet, dass kein Sektor gezwungen wird, Emissionen zu reduzieren, die sich in einem anderen Sektor billiger senken ließen.

In der Praxis ist jeder Sektor anders betroffen, vor allem in der Anfangsphase einer massiven Transformation. Einige Sektoren können auf raschen Wandel gut reagieren, wie der Aufstieg von erneuerbaren Energien und Elektro-PKW zeigt. Andere Branchen, wie Zement und Stahl, stehen noch ganz am Anfang ihres Weges in eine saubere Zukunft und sind auf den globalen Rohstoffmärkten einem Verdrängungswettbewerb ausgesetzt. Einige stark regulierte und vom Handel abgeschirmte Branchen, wie die Elektrizitätswirtschaft, können Kostensteigerungen leichter tragen. Wieder andere reagieren sehr empfindlich auf verbraucherorientierte Energiepreise, wie zum Beispiel Kraftstoffe.

Die Klimapolitik macht sich ihre Arbeit sehr viel schwerer, wenn sie dem Konsens über die Kohlenstoffpreise folgt. Denn die Verknüpfung von Sektoren verlängert auch den Hebel politischer Gegner.

In ihrem Buch «Making Climate Policy Work» beschreiben unsere Autoren, welche Hindernisse einer ernsthaften Kohlenstoffpreispolitik im Weg stehen – und warum nur eine staatliche Industriepolitik zum Ziel führen kann.

Bemühungen, die in einem Sektor politisch gangbar wären, sind an die politischen Grenzen des am wenigsten fortschrittlichen Sektors gebunden. In unserem Heimatstaat Kalifornien ist genau das der Grund, warum sich unser Kohlenstoffpreissystem nicht deutlich auf Emissionen auswirkt. Da der staatliche Kohlenstoffmarkt auch Kraftstoffe für den Verkehr abdeckt, ergeben sich politisch sensible Kostenauswirkungen, die die mächtige Öl- und Gaslobby des Staates gerne und laut kommuniziert. Die Ölpolitik erschwert so die Kohlenstoffpolitik.

Der Staat umgeht dieses Problem, indem er viel ehrgeizigere, aber weniger spürbare branchenspezifische Maßnahmen zur Sanierung des Stromnetzes und zur Investition in Elektrofahrzeuge ergreift. Wenn kalifornische Politiker\*innen sagen, ihr Staat sei Vorreiter im Klimaschutz, dann meinen sie damit den Kohlenstoffmarkt; wenn Analyst\*innen jedoch untersuchen, was tatsächlich Umweltverschmutzung verringert und Investitionen ankurbelt, stoßen sie auf sektorspezifische Branchenmaßnahmen.

Drittens: Laut Theorie ist die nationale Einführung von Kohlenstoffpreisen ein Schritt auf dem Weg zu internationalen Kohlenstoffpreisen und einer engeren globalen Zusammenarbeit. Das ist falsch. Nur an ausgesuchten Orten, wie etwa in der EU, war es möglich, Kohlenstoffpreise grenzüberschreitend einzuführen – eben weil es gemeinsame EU-Rechtsverfahren gibt und die Erwartung herrscht, dass ein europaweiter Markt zuverlässig funktionieren wird. Diese Bedingungen treffen aber nirgendwo anders auf der Welt so zu. Seit drei Jahrzehnten engagieren sich politische Eliten für eine Kohlenstoffbepreisung. Darunter fällt heute ein Fünftel der weltweiten Emissionen, was allerdings nur zu einem globalen Durchschnittspreis von etwa drei US-Dollar pro Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalent geführt hat. Nur für etwa vier Prozent der Emissionen gilt das notwendige Preisniveau zur Erreichung der Erwärmungsziele des Pariser Abkommens.

Der Fachkonsens über die CO<sub>2</sub>-Bepreisung hat viele Initiativen angeregt, die zwar in der Theorie elegant sind, in der Praxis aber zwangsläufig zu Problemen führen. Glücklicherweise ist den meisten gewählten Volksvertreter\*innen diese Dynamik bekannt. Deshalb reagieren sie auf entsprechende politische Gelegenheiten hauptsächlich mit industriepolitischen und regulatorischen Maßnahmen.

Der brutale Einmarsch Russlands in der Ukraine hat die Notwendigkeit, die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas – und damit von Öl und Gas überhaupt – zu überwinden, nur noch dringlicher gemacht. Europa hat in bewundernswerter Weise reagiert, und zwar nicht in erster Linie mit der Kohlenstoffbepreisung, sondern mit einem massiven Plan für langfristige Investitionen in direkte Alternativen wie Wasserstoff und erneuerbare Energien sowie in Elektrifizierung und Effizienz. Der europäische Kohlenstoffmarkt ist der beste der Welt. Er wird weiterhin eine unterstützende Rolle spielen und ergänzend zu sektorspezifischen Maßnahmen die kosteneffiziente Einführung etablierter kohlenstoffarmer Technologien fördern.

Diese schlechte Nachricht für Kohlenstoffpreise ist eigentlich eine gute Nachricht für die Klimapolitik. Sie führt direkt zu strategischen Empfehlungen, die besser geeignet sind, der Erderwärmung aufzuhalten, und die bereits in gewissem Umfang und mit wenig Aufsehen befolgt werden. Da echter Fortschritt weniger von den Märkten als vielmehr von Regierungen abhängt, legen unsere Arbeiten auch nahe, dass das Kompetenzniveau und die Effizienz von Regierungen von wesentlicher Bedeutung sind. Die führenden Köpfe in dieser neuen, saubereren Welt werden politische Unterstützung für Maßnahmen mit komplexen staatlichen Fähigkeiten kombinieren, die für die Umsetzung einer sektoralen Strategie erforderlich sind. Europa steht hier wahrscheinlich besser da als die Vereinigten Staaten.

Aber auch Europa muss sich darauf konzentrieren, was Volkswirtschaften wirklich verändert – die Industriepolitik, nicht marginale Marktsignale. Das ist wichtig, denn beim Klimawandel kommt es nicht so sehr auf das Handeln einzelner politischer Systeme an, sondern vielmehr darauf, was sich auf breiterer Basis reproduzieren lässt, um weltweite Emissionen einzudämmen.

Dr. Danny Cullenward ist politischer Direktor bei CarbonPlan und stellvertretender Vorsitzender des kalifornischen Beratungsausschusses für den Emissionshandel (Cap-and-Trade).

David G. Victor ist Professor für Innovation und öffentliche Ordnung an der University of California, San Diego, und Non-Resident Senior Fellow an der Brookings Institution.

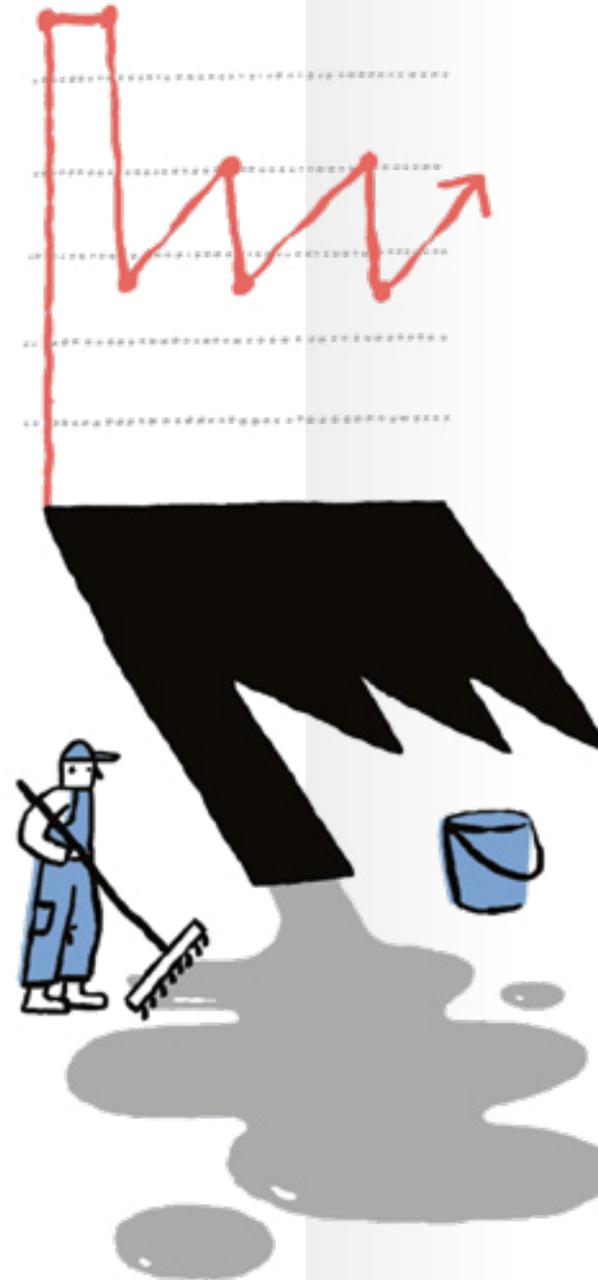


Illustration: Julia Schubert

Künstliche Intelligenz, Geoengineering: Angeblich sollen Technologien die Welt retten, ohne dass wir unser Verhalten ändern müssen. Die Folgen dieses Hypes kann (und darf) indes kaum jemand einschätzen.

# Blinder Glaube

Text: ETC Group

In einer Zeit, in der die Welt eine noch nie da gewesene Erosion biologischer und kultureller Vielfalt erlebt, muss die Gesellschaft auch die rasante Entwicklung extremer Technologien berücksichtigen. Das gilt für datengesteuerte Technologien bis hin zu synthetischer Biologie und Versuchen, das gesamte Erdsystem zu manipulieren. Meist sind es mächtige transnationale Unternehmen, die diese Technologien auf den Markt bringen, unterstützt von Staaten, die im internationalen Wettlauf nicht ins Hintertreffen geraten wollen. Dabei gibt oft das Wissen lokaler und indigener Communities, insbesondere von Frauen, wirkungsvolle Antworten auf die Biodiversitäts-, Klima- und Ernährungskrise der Menschheit.

Um nun in Hinsicht auf diese neuen Technologien einen angemessenen Rechtsrahmen zu schaffen, brauchen wir transparente Kontrollsysteme, um ihre potenziellen Vor- und Nachteile zu bewerten. Man spricht hier von Technologiefolgenabschätzung (TA).

Ginge man nach den in den Medien gehypten Versprechungen, käme man zu dem Schluss, dass unsere Zukunft unvermeidlich von Technologien wie künstlicher Intelligenz (KI), Gentechnik (GT) und der Manipulation des Erdsystems (Geoengineering) geprägt sein wird. In Wirklichkeit aber sind dies alles Beispiele für Technologien, die den Markt bereits erreicht haben, bevor sie auf ihre potenziellen Risiken für Gesellschaft und Umwelt hin bewertet wurden. Sie sind zumeist auch ein Produkt von Szientismus – des blinden Glaubens, dass allein Naturwissenschaften und von ihr abgeleitete Technologien die Probleme der Menschheit lösen können.

In den 90er Jahren zum Beispiel behaupteten Gentechnik-Befürworter\*innen, dass sich mit dieser Technik die Welt ernähren und der Einsatz giftiger Chemikalien reduzieren ließe. 30 Jahre später sind mehr als 800 Millionen Menschen unterernährt, und in unserer Nahrung, unseren Körpern und unserer Umwelt zirkulieren so viele giftige synthetische Chemikalien wie nie zuvor. Und zwar in besonders hohem Maße bei der Nutzung gentechnisch veränderter Nutzpflanzen. Auswirkungen, die bereits in den frühen Entwicklungsphasen der Gentechnik vorhergesagt wurden. Dennoch war und bleibt der Gesellschaft fast jede Möglichkeit verwehrt, Gentechnik einem systematischen TA-Prozess zu unterziehen.

Eine TA ermöglicht bestehende Technologien zu bewerten und Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Am wirksamsten ist sie jedoch, wenn sie bereits im Vorfeld verschiedene Optionen für die Zukunft prüft. So lassen sich schädliche Auswirkungen noch vor Einführung neuer Technologien antizipieren und verhindern. Denn sind sie erst einmal auf dem Weltmarkt eingeführt, argumentiert die Industrie, dass die Überwachung ihrer Auswirkungen zu kostspielig sei. Je stärker sich eine Technologie durchgesetzt hat, desto schwieriger wird es, sie zu überwachen oder zu steuern.

Die besten TA-Ansätze bringen hingegen bereits in einem frühen Stadium der Technologieentwicklung vielfältiges Wissen und verschiedene Perspektiven in die politische Entscheidungsfindung ein, in der Regel im Rahmen eines deliberativen Forums. Die Teilnehmenden können alternative Lösungsansätze für die Probleme vorschlagen, die die neue Technologie laut ihren Befürworter\*innen zu lösen verspricht.

Gelingt es uns nicht, solch integrative und rechenschaftspflichtige TA-Systeme aufzubauen, liegen die Entscheidungen über risikoreiche Technologien praktisch in den Händen von Milliardär\*innen, Großunternehmen und deren Lobbys. Bill Gates etwa fordert die Welt auf, dem Beispiel seines Unternehmens zu folgen und bis 2030 «netto» klimaneutral zu werden. Dies würde bedeuten, dass wir die Kontrolle über unsere Ökosysteme an digitale Unternehmensplattformen abgeben und weltweit Geoengineering-Techniken einführen.

Die Politiker\*innen scheinen immer stärker zu solchen risikoreichen Ansätzen zur Bekämpfung des Klimawandels zu neigen, obwohl derzeit keine Beweise dafür vorliegen, dass sie überhaupt funktionieren würden. Die eigentliche Ursache des Klimawandels – ein auf fossilen Brennstoffen basierendes industrielles Produktions- und Konsumsystem – bliebe durch Geoengineering unangetastet, sodass sich der Klimawandel mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter beschleunigen würde.

Inzwischen arbeiten die Tech-Tintanen auch mit John Deere, Bayer und anderen landwirtschaftlichen Megakonzernen zusammen, um das Ökosystem auf der Erde bis ins letzte Detail zu digitalisieren und Beschäftigte in Landwirtschaft und Fischerei durch Präzisionsroboter und neue Chemikalien zu ersetzen. Sie fördern strategisch jede noch so weit hergeholte Technologie, um den Status quo zu erhalten, der ihren Interessen entspricht.

50 Jahre nach der ersten Stockholmer Konferenz beweisen uns mehrere Umwelt- und Gerechtigkeitskrisen, wie schlecht uns eine Politik gedient hat, die auf unternehmerischem Hype basiert. Echte nachhaltige Governance muss in den kommenden Jahren partizipativen Formen der TA Vorrang einräumen, damit Entscheidungen über die Zukunft der Menschheit kritisch und verantwortungsbewusst getroffen werden.

**Dieser Artikel wurde von der ETC Group verfasst. Die Organisation setzt sich dafür ein, der Menschheit mehr Kontrollmöglichkeiten über neue Technologien zu geben – und widersetzt sich der Dominanz von Unternehmen auf die Gestaltung des Planeten.**



Menschenrechte

gibt es nicht ohne Umweltschutz – und nicht ohne starke Worte. Nnimmo Bassey, geboren 1958, hat das vor mehr als 30 Jahren erkannt. Aus seinem Kampf für Demokratie in seiner Heimat Nigeria wurde einer für all die Bauern, Fischer, Familien, die im Niger-Delta an den zerstörerischen Folgen der Ölförderung leiden. Der Architekt prangerte an: die Ölkonzerne, die nigerianische Regierung, das UN-Umweltprogramm.

Er gründete Friends of the Earth, war Leiter von Environmental Rights Action und ist Direktor Health of Mother Earth Foundation. Erfolgreich brachte Bassey mit seinen Mitstreitenden Shell vor Gericht und erreichte viele Millionen an Schadenersatz. Dafür wurde er 2010 mit dem Alternativen Nobelpreis (Right Livelihood Award) ausgezeichnet.

Bassey kämpft auch mit Poesie für eine bessere Welt. Im Gedicht «Return to being» träumt er von einer Zukunft ohne Ausbeutung der Erde: «As daughters and sons of the soil pick up pieces of sacred hills, rivers, forests/Mother Earth awakes, embraces her visible and invisible children/And finally humans return to being.»



Kein Geld – keine umweltzerstörerischen Großprojekte: Das ist der Ansatz von Heffa Schückings «urgewald». 1992 gründete die Biologin, geboren 1959, die NGO im westfälischen Sassenberg, zunächst um die Zerstörung der Regenwälder zu verhindern. «Wir waren der Meinung, dass Deutschland als globale Wirtschaftsmacht eine Organisation braucht, die sich mit den Umwelt- und Menschenrechtsfolgen der Aktivitäten deutscher Banken und Konzerne im Ausland beschäftigt», sagt Schücking. Dafür bekam sie 1994 den Goldman-Umweltpreis.

Statt die nächste Jane Goodall zu werden, wie sie es einst erträumt hatte, kämpft Schücking mit ihren Mitstreitenden von «urgewald» erfolgreich gegen Staudammprojekte, Atomkraftwerke, Waffenexporte und aktuell gegen Finanzierungen für die Kohleindustrie – und zwar mit intensiv recherchierten Fakten, Bildern und Geschichten von Betroffenen, die sie den Darstellungen von Banken und Konzernen entgegenstellen.

Auf Aktionärsversammlungen und mit medialer Aufmerksamkeit machen sie die katastrophalen Auswirkungen der Kohlegewinnung vor Ort sichtbar, bis die Investitionen dort für die Geldgeber zum Reputationsrisiko werden. Eine Strategie, die wirkt: Fünf der weltweit größten Investoren haben ihr Geld aus der Kohle zurückgezogen.



«Wir hinken 35 Jahre hinterher», sagt Pat Mooney. «1963 sagte John F. Kennedy, wir haben den Willen, den Hunger zu beenden. 1974 sagte Henry Kissinger, in zehn Jahren gibt es keine hungrigen Kinder mehr. 1996 hieß es, wir halbieren den Hunger bis 2015 – und heute hungern mehr Menschen als je zuvor.» Der 1947 geborene Kanadier ist Chef der NGO ETC Group und setzt sich seit den 70er Jahren mit den Auswirkungen moderner Technologien auf Landwirtschaft und ländliche Gemeinschaften auseinander.

Mooneys Herzenthema: der Erhalt ökologischer Vielfalt. Dafür bekam er 1985 den Alternativen Nobelpreis. «Man muss verstehen, dass für die Lösung des Hungerproblems die Vielfalt ganz zentral ist. Die über eine Milliarde Hungernden werden nicht primär durch Nahrungsmittelhilfe ernährt oder von Monsanto oder Cargill, sondern von ihren Nachbarn», sagt Mooney.

Doch die Lebensgrundlagen der Kleinbauern sieht er durch Nanotechnologie und Geoengineering bedroht. Denn großflächige Eingriffe in die Erdatmosphäre oder in den Boden hätten verheerende Folgen wie etwa Dürren, erklärt der Agrarexperte. Es gibt die nächsten 35 Jahre viel zu tun.

Der Poetische, der Erdverbundene, die Mutige, die Charismatische, die Aufklärerin und der Beharrliche: Sie alle tragen oder haben dazu beigetragen, den Planeten zu einem besseren Ort zu machen. Gewürdigt wurden sie von Daniela Zinser, die als freie Journalistin in Berlin lebt. Und Tanya Teibtner, die als Illustratorin ebenfalls in Berlin lebt.

## Onlinedossiers

### Weltklimarat IPCC – 6. Sachstandsbericht

In unserem Dossier begleiten wir die Verhandlungen zum 6. Sachstandsbericht des IPCC mit kritischem Blick und schauen vor allem auf die Themen Net-Zero, «overshoot» von 1,5 Grad sowie auf hochriskante Geoengineering-Technologien wie solares Geoengineering (SRM) und technologische CO<sub>2</sub>-Entnahme (Carbon Dioxide Removal, CDR). Gemeinsam mit dem Zentrum für Internationales Umweltrecht (CIEL) haben wir im IPCC-Dossier zwei Briefings zum zweiten und dritten Teilbericht des IPCC veröffentlicht: «1.5°C – Point of No Return? Warum spekulative Technologien keine Lösung sind» (deutsch und englisch) und «IPCC Unsummarized – Unmasking Clear Warnings on Overshoot, Techno-fixes, and the Urgency of Climate Justice» (deutsch und englisch). [boell.de/de/ipcc](http://boell.de/de/ipcc)

### Radikaler Realismus für Klimagerechtigkeit

In diesem Dossier geben wir einen Überblick über transformative Pfade hin zu einer klimagerechten 1,5°Grad-Welt und zeigen, dass viel mehr machbar wäre, als in der allgemeinen klimapolitischen Debatte derzeit für machbar oder politisch realistisch gehalten wird. [boell.de/einleitung-radikaler-realismus](http://boell.de/einleitung-radikaler-realismus)

### Biodiversität

Täglich verlieren wir Ökosysteme, Arten und biologische Vielfalt – überall auf der Welt. Wie lässt sich biologische und genetische Vielfalt schützen? Welche Trends bedrohen und zerstören unsere Ökosysteme? Und was hat das mit globaler Gerechtigkeit zu tun? Unser Dossier zeigt aktuelle Entwicklungen und Hintergründe. [boell.de/dossier-biodiversitaet](http://boell.de/dossier-biodiversitaet)

## Geoengineering Monitor

Gemeinsam mit der ETC Group und Biofuelwatch betreiben wir die zivilgesellschaftliche Informationsplattform Geoengineering Monitor, die viele Materialien, aktuelle Entwicklungen sowie Hintergrundinformationen zum Thema Geoengineering bietet, u. a. auch Podcasts und eine interaktive Weltkarte zu Geoengineering-Projekten. [geoengineeringmonitor.org](http://geoengineeringmonitor.org)

Interaktive Weltkarte zu Geoengineering-Experimenten und -Projekten: [map.geoengineeringmonitor.org](http://map.geoengineeringmonitor.org)

## Schriftenreihe

**Kohle, Kapital und Konflikte. Das Kraftwerk Rampal in Bangladesch, der Schutz der Sundarbans und die Rolle deutscher Unternehmen**

Die Studie des Asienexperten Dieter Reinhardt zeigt, wieso der Bau dieses Kohlekraftwerks ein beispielhafter Anachronismus ist: Er verhindert den Ausbau erneuerbarer Energien, der wegen des Klimawandels notwendig ist und für den Bangladesch das Potenzial besitzt; und er schwächt den Küstenschutz, der angesichts steigender Meeresspiegel Vorrang haben müsste. [boell.de/kohle-kapital-und-konflikte](http://boell.de/kohle-kapital-und-konflikte)

### Der Preis auf CO<sub>2</sub>

Sowohl in Deutschland als auch international erlebt die Debatte um die Bepreisung von Treibhausgasemissionen eine Renaissance. Der Klima- und Energieexperte Felix Chr. Matthes untersucht in dieser Studie die relevanten Elemente einer CO<sub>2</sub>-Bepreisungsstrategie und gibt einen Überblick über Ausgestaltungs-kriterien und Wirkmechanismen. [boell.de/der-preis-auf-co2](http://boell.de/der-preis-auf-co2)

## Podcasts

**Linda Schneider – Zum aktuellen Sachstandsbericht des Weltklimarats | Böll.Interview**

Gerade hat der Weltklimarat seinen 6. Sachstandsbericht veröffentlicht, der auch Handlungsempfehlungen gegen die Erderhitzung enthält. Im Interview bewertet Linda Schneider, unsere Referentin für Umwelt- und Klimapolitik, vorgeschlagene Strategien wie z.B. das hochriskante Geoengineering oder andere großtechnologische Ansätze.

**Imeh Ituen & Tatu Hey – Umwelt-rassismus in Deutschland | Böll.Interview**

Was ist Umweltrassismus, und wer ist in den USA und in Deutschland auf welche Weise davon betroffen? In diesem Podcast stellen Imeh Ituen und Tatu Hey die wichtigsten Ergebnisse ihrer gleichnamigen Studie vor. Die Studie ist als E-Paper erschienen. [boell.de/podcasts](http://boell.de/podcasts)

## Atlas

### Plastikatlas

Plastik ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Plastikprodukte erleichtern vieles, doch sie gefährden auch unsere Gesundheit und überhäufen unseren Planeten mit Müll. Der Plastikatlas bietet Daten und Fakten über eine Welt voller Kunststoff und zeigt: Die Hauptursache für die Plastikkrise liegt nicht bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern, sondern bei international agierenden Unternehmen. [boell.de/plastikatlas](http://boell.de/plastikatlas)

## Buch

### Pack aus! Plastik, Müll & ich

Mit der Buchgestalterin Gesine Grotrian haben wir in enger Zusammenarbeit mit Jugendlichen ein Buch für Menschen ab 12 Jahren entwickelt, das schnörkellos, bunt und klar verständlich Geschichte, Herstellung und Risiken unseres Plastikkonsums beschreibt. [boell.de/pack-aus-plastik-muell-und-ich](http://boell.de/pack-aus-plastik-muell-und-ich)

# «Werden wir der Natur dieses Mal gerecht.»

Text: Sunita Narain

Anil Agarwal, Gründungsdirektor des Zentrums für Wissenschaft und Umwelt (CSE) in Indien, war bei der ersten UN-Konferenz 1972 in Stockholm dabei und erzählte oft, dass die Seen der Gastgeberstadt so stark mit Industrieabwässern verschmutzt waren, dass man einen Kamerafilm darin entwickeln konnte. Diese Seen sind heute wieder kristallklar. Man könnte also durchaus argumentieren, dass sich in den letzten



50 Jahren viel getan hat. Aber nicht wirklich. Zwar haben die Länder erreicht, dass ihre Umwelt auf der lokalen Ebene sauberer geworden ist. Indessen haben sie jedoch immer mehr Emissionen in die Erdatmosphäre entlassen. 50 Jahre später geraten die Auswirkungen des Klimawandels außer Kontrolle.

Im Vorfeld von Stockholm+50 haben wir es mit einer zunehmend ungleichen Welt zu tun, in der sich Armut und Ausgrenzung verschärfen und die Risiken des Klimawandels nicht mehr nur die Armen, sondern auch die Lebenswelt der Reichen betreffen. Wenn die Welt den Jahrestag von Stockholm+50 begeht, muss sie das Problem nicht nur benennen, sondern auch den Weg in die Zukunft weisen.

Sie muss zum Beispiel über Konsum und Produktion sprechen. Diesem Aspekt, diesem unangenehmsten aller Gespräche, können wir nicht mehr länger ausweichen. Der globale ökologische Rahmen ist ein Flickenteppich aus zahlreichen Abkommen – über Ozon, Klima und biologische Vielfalt bis hin zu Wüstenbildung und gefährlichen Abfällen. Beim Zusammenflicken dieses Rahmens wurde klar, dass sich das Handeln eines Landes über Grenzen hinweg auch auf andere auswirkt. Die Welt muss also auf globaler Ebene handeln, kooperativ vorgehen, weil wir voneinander abhängig sind.

Aber zu dieser Zeit haben wir auch die Welthandelsorganisation (WTO) gegründet. Dass die ökologischen Regelwerke und die WTO einander entgegenwirken, haben wir nie richtig verstanden. Das von uns entwickelte Wirtschaftsmodell basiert auf einem Ausverkauf von Arbeit und Umwelt. Wir haben die Produktion dorthin verlegt, wo die Kosten dafür niedriger sind – und damit Überproduktion befeuert, da die Fertigung billiger ist und die Güter zu Wegwerfware geworden sind. Wir haben ferner dafür gesorgt, dass nun alle Länder an dieses Wachstumsmodell gebunden sind. Alle Länder wollen an dieser möglichst billigen globalen Fertigung teilhaben. Dabei leiden Umweltschutz und Arbeitsbedingungen. Die Armen der Welt streben danach, wohlhabender zu werden. Das bedeutet wiederum noch mehr Güter, Konsum und Abfall.

Heute hat COVID-19 diese unkontrollierte Praxis der Billig- und Massenproduktion und des ungezügelter Konsums zwar unterbrochen, aber das war nur ein vorübergehender Effekt. Wenn sich die Welt wieder erholt, haben wir die Wahl, es besser zu machen,

zumal uns COVID-19 Lehren erteilt hat, die wir nicht vergessen dürfen.

Erstens haben wir den Wert von Wanderarbeitskräften erkannt, die bislang unsichtbar waren und heute für die Industrie wesentlich geworden sind. Diese Arbeitskraft ist nach Hause zurückgekehrt – nicht nur in Indien, sondern überall auf der Welt. Wir haben gesehen, wie sich das auf die Produktion auswirkte. Die Industrie ist bereits sehr bemüht, ihre Arbeitskräfte zurückzuholen, und bietet bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Das wird die Produktionskosten erhöhen.

Zweitens verstehen wir heute den Wert von reiner Luft und gesunden Lungen – wir alle haben gespürt, wie der Lockdown die Umweltverschmutzung vermindert hat, und wissen es nun zu schätzen. Auch diese Investitionen in die Umwelt werden die Produktionskosten erhöhen.

Drittens verstehen wir den Wert von Investitionen in Land-Agrar-Wasser-Systeme. Die Menschen sind in ihre Dörfer zurückgekehrt und bauen sich ihre Existenzgrundlage wieder auf. Es ist an der Zeit, dort zukunftsfähige, nachhaltige, naturfreundliche und gesundheitsfördernde Lebensmittelproduktionssysteme aufzubauen.

Viertens: Wir befinden uns jetzt in der Welt des Homeoffice. Wenn sich wieder eine neue Normalität einpendelt, werden wir hybride Systeme haben wollen, um mobil arbeiten zu können, mit weniger Wegezeiten, aber dennoch mit Interaktionen und Kollaborationen, die unsere Welt bereichern. Dies wird auch das Konsumverhalten verändern.

Und fünftens können sich Regierungen aufgrund ihrer angespannten Finanzlage und steigenden Ausgaben keine Verschwendung mehr leisten. Also werden sie in die Kreislaufwirtschaft investieren wollen – sie werden Wege finden müssen, um Abfälle zu verwerten und mit weniger mehr zu erreichen.

All dies hat das Potenzial, unser Konsumverhalten und unsere Fertigungspraktiken grundlegend zu verändern. Wenn sich die Welt trifft, um den 50. Jahrestag unseres Dialogs über den Menschen und die Folgen seine Handelns für die Umwelt zu begehen, bietet sich die Gelegenheit, unserer Natur dieses Mal gerecht zu werden. Dieses Mal haben wir es mit der existenziellen Krise des Klimawandels zu tun, die uns allen deutlich vor Augen steht. Wir dürfen keine Zeit mehr mit Reden verschwenden. Das ist keine Option mehr.

Dr. Sunita Narain ist Publizistin und Umweltschützerin. Sie ist Leiterin des Zentrums für Wissenschaft und Umwelt (CSE) in Indien und Herausgeberin der Zeitschrift *Down To Earth*.

Fotografie: Katja Hoffmann/laif

## Der besondere Tipp

### Veranstaltungen

**Babys machen? «Eizellspende» und Reproduktionspolitik**  
8.-29. Juni

**Der CO<sub>2</sub>-Preis: Leitinstrument der Klimapolitik? (online)**  
15. Juni (Mi), 17.00-18.30 Uhr

**(De)Koloniale Erinnerungen in der DDR (online)**  
21. Juni (Di), 17.00-19.00 Uhr

**Ausstellung: New Queer Photography**  
24. Juni-21. August

**Green Cities 2035: Klimaneutrale Kommunen mit neuen Allianzen (online mit Livestream)**  
30. Juni (Do), 17.00-19.00 Uhr

**Öffentlichkeit, digitale Netzwerke und politische Kommunikation (online)**  
Berliner Brasiliendialoge: Die entscheidenden Wahlen in 2022  
6. Juli (Mi), 18.00-20.00 Uhr

### Atlas

**Pestizidatlas**  
In immer mehr Ländern der Welt sind Pestizide inzwischen ein fester Bestandteil der landwirtschaftlichen Produktion. Die Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, auf Tiere und Pflanzen sind gravierend. Der Atlas präsentiert Daten und Fakten rund um das Thema Pestizide in der Landwirtschaft und zeigt, wie es besser ohne sie gehen würde.  
[boell.de/pestizidatlas](http://boell.de/pestizidatlas)

### Böll.Thema

**Ich jetzt? Klima, Gesellschaft, Politik – Verantwortung übernehmen**  
Ohne die Übernahme von Verantwortung ist eine freiheitliche Demokratie nicht möglich. Ob individuell und institutionell, privat, zivilgesellschaftlich, politisch, wirtschaftlich. Dieses Heft stellt u.a. Menschen vor, die Verantwortung übernehmen.  
[boell.de/thema](http://boell.de/thema)

### Böll.Fakten

**Smarte Technologie gegen den Klimawandel**  
Maschinelles Lernen könnte Strategien zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel unterstützen.  
15 Fakten über Künstliche Intelligenz und ihre Bedeutung im Kampf gegen den Klimawandel.  
[boell.de/boell-fakten](http://boell.de/boell-fakten)

### Dossier

**Ukraine**  
Der brutale russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und seine Konsequenzen für die ukrainische Gesellschaft und die Zukunft Europas sind Gegenstand dieses Online-Schwerpunkts. In loser Folge berichten oder kommentieren ukrainische Partnerinnen und Partner sowie grünahe Stimmen aus Deutschland und Europa die aktuellen Entwicklungen.  
[boell.de/ukraine](http://boell.de/ukraine)

### Podcasts

**Putins Krieg und die russische Zivilgesellschaft | Böll.Fokus**  
«Putins Krieg» ist auch ein Krieg gegen die russische Zivilgesellschaft – Repressionen, Memorial-Verbot, Einschränkung von Menschenrechten, Verhaftungen von Zivilistinnen und Zivilisten. Ein Blick nach Russland.

**Bosnien-Forum 2022: Europas vergessene Verantwortung | Böll.Fokus**  
Vor 30 Jahren begann der Krieg in Bosnien. Heute haben die Menschen dort Angst, dass wieder militärische Konflikte beginnen könnten. Hat Europa die Region vergessen?

**Ungarn nach den Wahlen – der ewige Orbán? | Böll.Fokus**  
Orbán's Fidesz-Partei bekam 53 Prozent der Stimmen und kann zum vierten Mal in Folge mit einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit regieren.

**Wärmewende | Böll.Spezial**  
Die Wärmewende galt bisher als schlafende Riesin der Energiewende. Aus vielen Gründen ist es nötig, sie aufzuwecken. Wie es funktioniert und welche Voraussetzungen es braucht, besprechen wir in dieser Folge zur Wärmewende.  
[boell.de/podcasts](http://boell.de/podcasts)

### E-Paper

**Analyse und Bewertung eines Strafzolls auf russische Öl- und Gasimporte**  
Von Steffen Bukold  
[boell.de/e-paper](http://boell.de/e-paper)

### böll.brief

**Transformation der Automobilindustrie: Was jetzt zu tun ist**  
[boell.de/boellbrief](http://boell.de/boellbrief)

### Impressum

**Herausgeberin**  
Heinrich-Böll-Stiftung e.V.  
Schumannstraße 8, 10117 Berlin  
T 030 - 2 85 34 - 0  
F 030 - 2 85 34 - 109  
info@boell.de  
www.boell.de  
Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

**Konzept und fachliche Beratung**  
Barbara Unmüßig und Lili Fuhr

**Redaktion**  
Elisabeth Schmidt-Landberger  
Martin Reichert

**Schlussredaktion**  
Susanne Dittrich

**Art Direktion / Gestaltung**  
State, Berlin  
www.s-t-a-t-e.com

**Titel-Illustration**  
State

**Druck**  
Kern GmbH Bexbach

**Papier**  
Umweltpapier + Umweltsiegel

**Bezugsbedingungen**  
Zu bestellen bei oben genannter Adresse  
Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0  
Fotos und Illustrationen wie angezeigt

[twitter.com/boell\\_stiftung](https://twitter.com/boell_stiftung)  
[facebook.com/boellstiftung](https://facebook.com/boellstiftung)  
[youtube.com/user/boellstiftung](https://youtube.com/user/boellstiftung)  
[soundcloud.com/boellstiftung](https://soundcloud.com/boellstiftung)  
[flickr.com/photos/boellstiftung](https://flickr.com/photos/boellstiftung)  
[instagram.com/boellstiftung/](https://instagram.com/boellstiftung/)

«Man kann die Umwelt nur schützen, wenn man den Menschen Macht gibt, wenn man sie informiert, wenn man ihnen hilft, zu verstehen, dass diese Ressourcen die ihren sind und dass sie sie schützen müssen.»

Böll.Thema 22–2

50 Jahre internationale Umweltpolitik

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über 100 Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit

den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 33 Auslandsbüros ist sie weltweit gut vernetzt. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

[www.boell.de](http://www.boell.de)

Hier geht's zur Onlineausgabe

